

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Credit: CC BY 2.0/www.flickr.com/photos/splinson/16992319850/in/album-72157649695288553/

## KONVERSION DER INDUSTRIE SICHERT ARBEITSPLÄTZE

## die internationale

### USA

**Trumps Niederlage bremst die autoritäre Rechte, Vierte Internationale**..... 3

### Corona-Krise

**Zusammenlaufende Krisen, beherrscht von der Covid-19-Pandemie, Vierte Internationale**..... 6

**Corona: Regierungsversagen und notwendige Gegenwehr, Sekretariat der ISO**..... 12

### Dossier

**Konversion: Arbeitsplätze sichern und Klima schützen!**..... 15

### Theorie

**Zur Konstitution des bürgerlichen Staates, Jakob Schäfer**..... 39

### Ernest Mandel

**Über das Werk von Ernest Mandel sinnvoll diskutieren! Manuel Kellner**..... 48

## inprekorr

### Polen

**Der „Große Kompromiss“, Agnieszka Graff**..... 50

**Der Beginn einer Kulturrevolution, Vierte Internationale**..... 57

### Rezension

**Ökologischer Leninismus in Zeiten von Corona, Julien Salingue**..... 61

### Gilgit Baltistan (Pakistan)

**Baba Jan endlich in Freiheit! Pierre Rousset**..... 64

## IMPRESSUM

*die internationale* wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

*die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

### Redaktion:

Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul  
Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer,  
Michael Weis (V.i.S.d.P.)

### Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

### Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln  
Postbank Frankfurt  
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04  
BIC: PBNKDEFF

### Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

*die internationale*  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

### Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org)
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at)
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# TRUMPS NIEDERLAGE BREMST DIE AUTORITÄRE RECHTE

Erklärung des Büros der IV. Internationale

■ Die Wahlen in den USA haben Trumps Projekt einen schweren Schlag versetzt. Biden konnte 80 Millionen Wählerstimmen und 306 Wahlmänner- und -frauen des Wahlleutekollegiums auf sich vereinen, was einen Vorsprung von über 70 Wahlleuten vor Trump bedeutet. Trotz der durch die Pandemie verursachten Schwierigkeiten war die Wahlbeteiligung die höchste seit 1908. Dieser große Vorsprung erschwerte es Trump erheblich, das Ergebnis weiter anzufechten, und machte den Weg für Bidens Nachfolge frei. Wir begrüßen Trumps Niederlage, denn sie bedeutet eine Schwächung der reaktionärsten und autoritärsten Kräfte dieses Planeten.

■ Drei Wochen lang blieb Trump stur bei seiner Taktik, die Niederlage nicht einzugestehen und falsche Anschuldigungen über angeblich massiven Wahlbetrug zu verbreiten. Doch aufgrund völligen Fehlens in puncto Planung und Organisation stand er mit seinem Versuch, das Wahlverfahren zu untergraben, von vornherein auf verlorenem Posten. Sogar innerhalb der Republikanischen Partei büßte er an Unterstützung ein und war damit gezwungen, Bidens Sieg mehr oder weniger anzuerkennen. Seine von ihm immer noch weiter verbreiteten Verschwörungstheorien und seine Untergrabung des Wahlverfahrens finden jedoch bei seinen Wähler\*innen eine starke Zustimmung und werden mit Sicherheit dazu beitragen, die ohnehin schon recht wackelige Demokratie in den USA noch weiter zu schwächen.

■ Dies alles ist Teil eines weiter reichenden Trends, in dem sich neue Formen autoritärer, wissenschaftsfeindlicher und verschwörungstheoretischer Ideologien schnell über viele Länder hinweg verbreiten. Diese Ideen spiegeln die Trostlosigkeit der Situation und das Misstrauen gegenüber etablierten Institutionen wider und werden von Kräften der extremen Rechten befeuert und manipuliert. Aufgrund ausbleibender Massenmobilisierungen und Siege,

die von progressiven Kräften vorangetrieben worden wären, besteht die Gefahr, dass sich diese Art von Ideen immer weiter ausbreitet. Unsere Aufgabe besteht deshalb darin, mit all unserer Kraft diese Strömungen zu isolieren, sie zu bekämpfen und anzuprangern, da sie den Weg zu einem Autoritarismus der extremsten Art bereiten.

■ In diesem Zusammenhang ist Trumps Niederlage tatsächlich ein Ereignis, das den Schwung des sich weltweit ausbreitenden Autoritarismus ausbremst und durch das den mächtigsten dieser neuen autoritären Anführer in Polen, Ungarn, der Türkei, Indien, den Philippinen und Brasilien jetzt kräftiger Gegenwind ins Gesicht bläst.

■ Mit Bidens neuer Mannschaft bleibt es beim „business as usual“ der amerikanischen Demokratie, bei der die Regierung, ganz gleich ob demokratisch oder republikanisch, den Interessen der großen Konzerne und des US-amerikanischen Imperialismus dient. Seine ersten Personalentscheidungen zeigen, dass Biden nicht vor hat, diesen Kurs zu ändern, sondern dass er sich weiterhin von den innerhalb der demokratischen Partei aufkeimenden linken Elementen distanziert und sie zu isolieren sucht. Andererseits gehen die sozialen Kämpfe in den USA weiter: Krankenpflegekräfte, Lehrer\*innen und auch systemrelevante Arbeitskräfte in Sektoren wie z. B. Transport oder Nahrungsmittelversorgung streiken und versuchen, mit Protesten und Aktionen ihre Gesundheit zu schützen, während die Pandemie inzwischen unkontrolliert über das Land schwappt. Schwarze und Latinos demonstrieren weiter gegen die rassistische Polizeigewalt, inzwischen fast immer auch mit Unterstützung von Weißen und Asiat\*innen. Die gewaltigen antirassistischen Proteste brachten zirka 20 Millionen Menschen auf die Beine, hatten großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und ließen eine internationale Bewegung entstehen.

■ In anderen Teilen der Erde lassen uns soziale Massenbewegungen und auch einige Siege hoffen, dass widerstandsbereite und offensive Volksbewegungen trotz Rückschlägen und Unterdrückung weiterhin ihr Haupt erheben. In Bolivien haben wir den Sieg der MAS [Movimiento al Socialismo] erlebt, der es mithilfe einer massiven Unterstützung durch das Volk und breiter Mobilisierung gelang, einen von den USA initiierten Putsch abzuwehren. In Chile gelang es der Volksbewegung, Pinochets Verfassung zu kippen und damit dank der Massenmobilisierung den Weg für größere Veränderungen in der Gesellschaft freizumachen. In Polen stellt eine beispiellose, von Frauen angeführte Volksbewegung eine riesige Herausforderung für die reaktionäre Hegemonie im Land dar. In Brasilien konnte die Linke bei den Kommunalwahlen einen historischen Durchbruch feiern. In Thailand, Belarus und Hongkong erleben wir Massenmobilisierungen, die zeigen, dass das Volk willens ist, sich trotz aller Schwierigkeiten, Hindernisse und staatlicher Unterdrückung durch den Staat für eine bessere Zukunft zu organisieren und zu kämpfen.

■ Dennoch bleibt die allgemeine Situation für die unteren Klassen und Emanzipationskämpfe sehr schwierig. Die ganze Welt wird von der zweiten Pandemiewelle hart getroffen, die Zahl der Todesfälle steigt ebenso wie die Zahl der Menschen, die auf Intensivstationen behandelt werden müssen. Die Maßnahmen, die zur Eindämmung des Virus angeordnet wurden, werden von den Bevölkerungen immer weniger akzeptiert, da sie als Konsequenz aus dem Versagen der Regierung, während der ersten Welle der Pandemie das Gesundheitssystem auszubauen und zu stärken, wahrgenommen werden.

■ Die kompletten und partiellen Lockdowns wirken sich auch sehr stark auf die Wirtschaft aus, wo sich die schlimmsten Prognosen in die wahrscheinlichsten Szenarien verwandeln. Wie es aussieht, werden die Kosten dieser Krise auf die Schultern der einfachen Bevölkerung abgewälzt, was eine weitere Verschlechterung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation nach sich ziehen wird. Wie wir bereits zuvor kritisiert haben, werden diejenigen am härtesten getroffen sein, die ohnehin Opfer sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit sind, also Migrant\*innen, schwarze und ethnische Minderheiten, Frauen und LGBT.

■ Darüber hinaus werden Lockdown-Maßnahmen und Ausgangssperren von Regierungen benutzt, um demokratische Freiheiten zu limitieren und zu beschneiden, was die Möglichkeiten, sich zu organisieren und zu mobilisieren,

erheblich erschwert. Aber auch da, wo keine Massenbewegungen wie in Chile oder Thailand stattfinden, gibt es in Betrieben, Wohnvierteln und Gemeinschaften lokale Kämpfe, die die Ablehnung jener repressiven Lockdown-Maßnahmen deutlich machen, mit denen das Versagen der Regierung, für die vorhersehbare zweite Welle zu planen, kaschiert werden soll. Es wird immer klarer ersichtlich, dass die Strategien der Regierung vor allem den Konzernen zugute kommen, auch wenn dafür bestimmte Sektoren (vor allem Hotellerie und Reiseunternehmen für den Massentourismus) bis zu einem bestimmten Grad geopfert werden müssen. Wo immer die öffentlichen Ausgaben verstärkt werden, wird das durch eine Explosion der öffentlichen Schulden gegenfinanziert, wodurch sich das aktuelle Problem weiter verschlimmert und letztendlich der Arbeiterklasse sämtliche Kosten aufgebürdet werden.

■ Feminist\*innen haben sich weiterhin vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, auf die Frage der Gewalt gegen Frauen fokussiert. Die Zunahme von häuslicher Gewalt während des Lockdowns war unübersehbar und brachte einige Regierungen dazu, Programme aufzulegen, die es Frauen ermöglichen sollten, Vorfälle zu melden und Haushalte zu verlassen, die sie mit gewalttätigen Partnern teilen. Diese Projekte erwiesen sich, genau wie andere aufgrund der Pandemie eingeführte Maßnahmen, als unzureichend und leider allzu kurzlebig.

■ Einer der Sektoren, in denen die Widersprüche besonders augenfällig sind, ist der Bildungssektor. Hier besteht das Infektionsrisiko darin, dass verschiedene Generationen unter Bedingungen zusammengebracht werden, in denen Abstandhaltung und physische Barrieren nur sehr schwer zu implementieren sind. Junge Menschen haben jedoch ein Recht auf gute Bildung. Nun kann aber einerseits Online-Unterricht oft nur unzureichend stattfinden, weil Geräte, zuverlässiger Internet-Zugang und entsprechende Arbeitsbedingungen nicht garantiert werden können, andererseits haben jedoch die Lehrkräfte das Recht, unter sicheren Bedingungen zu arbeiten und mit geeigneten technischen Ressourcen für Online-Unterricht ausgestattet zu werden. Regierungen nutzen den Anspruch der Menschen auf das Recht auf Bildung und eine Zukunft für die junge Generation, um Bildungseinrichtungen offen zu halten trotz der sehr realen Gefahr, dass dadurch die Ausbreitung von Covid-19 begünstigt wird.

■ Die Klimabewegung hat sich über virtuelle Meetings weiterhin organisiert und ist in ihrer Radikalität und Vielfalt so lebendig und aktiv wie eh und je. Sie ist in einer guten Position, Biden auf sein Versprechen festzunageln,

dass die USA unter seiner Präsidentschaft der Weltklimakonferenz (COP) wieder beitreten werden. Das Thema des Kampfes für Klimagerechtigkeit, für ein Ende der Kohlenstoffemissionen und für eine tiefgreifende Veränderung unseres Energie- und Produktionssystems muss als echte Alternative zum kapitalistischen und extraktivistischen System wieder einen Platz ganz oben auf der Liste einnehmen.

■ Das Thema Demokratie steht in vielen der aktuellen Kämpfe im Mittelpunkt. Die Menschen fordern das Recht, sich gegen den wachsenden Autoritarismus und die Abkopplung der politischen und neoliberalen Klassen vom Elend der unteren Klassen entscheiden zu können. Wir unterstützen diese Kämpfe für Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

■ Wir unterstützen und kämpfen sowohl auf lokaler als auch auf breiterer Ebene leidenschaftlich für einen Sieg der Kämpfe und Bewegungen und versuchen dabei gleichzeitig, ihre objektive Konvergenz deutlich zu machen. Wir kritisieren energisch das Versagen aller kapitalistischer Regierungen, auf die Pandemie angemessen zu reagieren, ihren zunehmenden Rückgriff auf Verschwörungstheorien, reaktionäre Ideologien und Autoritarismus. Es ist daher überaus dringlich, für antikapitalistische Strukturmaßnahmen (Enteignung von Banken, Pharma- und Energiekonzernen u. a.) zu kämpfen, für eine Sonderbesteuerung der reichen und großen Konzerne sowie für eine globale Alternative, die auf sozialer, wirtschaftlicher, Gender- und Umweltgerechtigkeit basiert.

30. November 2020

■ Übersetzung: A. H.



## Neu bei ISP



Ergun Aydinoglu

### Die kurdische Bewegung in der Türkei

Aus dem Englischen  
von Klaus E. Lehmann  
205 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 978-3-89900-157-0

lieferbar

Das Buch beschäftigt sich vor allem mit dem Aufstieg der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) als einer bewaffneten Organisation *sui generis* in den 1980er Jahren und mit den Charakteristika ihrer politischen und organisatorischen Kultur. Sie ist um das »Charisma von Öcalan« herum aufgebaut und hat in fast vier Jahrzehnten zahlreiche Veränderungen durchgemacht. In dieser Zeit ist auch eine breite kurdische soziale Bewegung mit teilweise gespannten Beziehungen zur PKK entstanden.

Das Buch legt einen Schwerpunkt auf den Friedensprozess, den die PKK mit dem türkischen Staat seit 1999 und der AKP-Regierung seit 2007 begonnen hat, in dem es von beiden Seiten zu zahlreichen taktischen Manövern kam.

Es wird auch auf die Entwicklungen in der autonomen Kurdenregion Rojava in Nordsyrien und der Kurdenregion im Irak eingegangen.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

# ZUSAMMENLAUFENDE KRISEN, BEHERRSCHT VON DER COVID-19-PANDEMIE

---

Im Jahr 2020 kam es zu einer Konvergenz großer Krisen, wobei die Covid-19-Pandemie, die zunächst ihren Höhepunkt im zweiten Quartal zu haben schien, nun wieder ein beispielloses Infektionsniveau erreicht.

## ■ Erklärung des Büros der Vierten Internationale

---

■ Hinzu kommen die extremen Auswirkungen der Klimakrise: Waldbrände in Kalifornien und Brasilien, weit verbreitete Überschwemmungen in Asien; weiterhin erleben wir eine verstärkte neoliberale Offensive, in der kapitalistische Regierungen versuchen, die Verluste aus der Zeit der Lockdowns wettzumachen; sodann das Wiederaufflammen lokaler Konflikte wie im östlichen Mittelmeerraum vor dem Hintergrund eines fortgeführten Kampfs um geopolitische Hegemonie. Gleichzeitig spielt die Ungewissheit über den Ausgang der US-Präsidentenwahlen eine gewisse Rolle in der internationalen Lage. Es ist noch zu früh, um bestimmen zu können, wie die Welt am Ende des Jahres 2020 aussehen wird und inwieweit sie sich tiefgreifend verändert haben wird.

Die kombinierten Auswirkungen dieser Krisen machen weiterhin deutlich, wie stark die Lohnabhängigen und Armen – in besonderem Maße Frauen, Schwarze und ethnische Minderheiten sowie die Landbevölkerung – unter all diesen Krisen leiden. Vermehrte Todesfälle und der Verlust an Arbeitsplätzen, Lebensgrundlagen, Bildung und Wohnraum haben eine weltweit zunehmende Verarmung und Enteignung einer breiten Schicht zur Folge. Es haben sich Kämpfe und Bewegungen entwickelt, die sich gegen autoritäre Regierungen stellen und die sich um die Gesundheit ihrer Bevölkerung sorgen. Diese Bewegungen stellen nicht zuletzt die unsicheren Bedingungen einer

Politik der „Rückkehr an den Arbeitsplatz“ infrage, deren ausschließliches Ziel es ist, der kapitalistischen Wirtschaft nützen, und sie betonen den besonderen Platz von Frauen und ethnischen Minderheiten bei den lebenswichtigen Arbeitsplätzen. Diese Bewegungen traten spektakulär hervor, als *Black Lives Matter* in den USA sowohl gegen Rassismus als auch Polizeigewalt anging. Nicht nur breitete sie sich als Solidaritätsbewegung rasch auf der ganzen Welt aus, sie kämpfte auch gegen die jeweiligen lokalen Ausdrucksformen von Rassismus und Polizeigewalt.

### **Anhaltende Pandemie**

Anfang Juni, fünf Monate nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie, hatte sie weltweit bereits mehr als 400 000 Todesfälle verursacht, mit mehr als 6,8 Millionen offiziell registrierten Fällen in 216 Ländern – mehr als 3 Milliarden Menschen waren um April herum zu Hause eingesperrt.

Als sich die Pandemie dann in Europa zurückzubilden begann, nachdem sie in China und in Ostasien zu Beginn des Frühjahrs zurückgegangen war – in Nord- und Südamerika aber besonders akut blieb –, stellte sich die Frage, inwieweit es eine zweite, galoppierende Infektionswelle geben würde oder ob das Virus zu einer gutartigen Form mutieren würde. Es herrschte weiterhin hochgradig Unsicherheit.

Mitte Oktober 2020 lag die Gesamtzahl der Todesfälle weltweit bei 1,2 Millionen und die Zahl der bestätigten

Infektionen stieg auf über 40 Millionen. Die USA, Indien und Brasilien führen weiterhin die Liste der Todesfälle und Infektionen an, aber die Infektionsrate steigt überall, besonders stark in Europa, wo das Vereinigte Königreich mehr als 43 Tausend Todesfälle und Frankreich und der Spanische Staat jeweils mehr als 33 Tausend registrierten.

In vielen Ländern wird die Zahl der Infizierten, Kranken oder Verstorbenen notorisch unterschätzt, zum einen wegen des politischen Willens bestimmter Führer, den Ernst der Lage zu leugnen, und zum anderen wegen des Mangels an Test-Kits, fehlender Einweisungen ins Krankenhaus und des Mankos, die Zählungen zu zentralisieren.

Angesichts der Gesundheitskatastrophe des globalisierten Neoliberalismus versuchten viele Regierungen unter dem Druck der Ärzteschaft und der öffentlichen Meinung, die Kontrolle wiederzuerlangen, indem sie energische Maßnahmen ergriffen. Das Ergebnis war eine deutliche Eindämmung der Epidemie – zu Beginn des Frühjahrs in China und in Fernost, im Spätfrühjahr in Europa und Neuengland –, was in Gesellschaften, die durch die Wucht der Krankheit und die ergriffenen staatlichen Maßnahmen traumatisiert waren, zu einer mehr oder weniger weitgehenden Lockerung des Lockdowns unter Beibehaltung gewisser Schutzmaßnahmen führte. In den meisten Ländern Nord- und Südamerikas, in Indien und anderen Ländern Asiens und Afrikas entwickelte sich die Pandemie weiterhin langsam fort, mit sehr uneinheitlichen Schutzmaßnahmen. In einigen Ländern wie Argentinien oder den Philippinen herrscht seit März ein ununterbrochener Lockdown!

Mit Herbstanfang auf der Nordhalbkugel zeichnet sich in Europa und im Nahen Osten eine große zweite Infektionswelle ab, mit neuen Beschränkungen, von verlängerten Quarantänezeiten für Reisende bis hin zur Wiedereinführung repressiv durchgesetzter Schließungen und Ausgangssperren (oft regional differenziert) in einer Reihe von europäischen Ländern.

### **Wirtschaftskrise**

Die Folgen der Verlangsamung der Wirtschaft – die direkt und indirekt durch Maßnahmen der Freiheitseinschränkung (ohne oder mit völlig unzureichenden finanziellen Ausgleichsmaßnahmen) verursacht wurde und die vor dem Hintergrund einer bereits seit langem sich anbahnenden Finanzkrise entwickelt – zeichnen sich inzwischen deutlicher ab: ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um durchschnittlich 10 % in den OECD-Ländern (Europa, Nordamerika, Japan, Südkorea, Australien ...) im zweiten Quartal 2020 (zum Vergleich: während der

vorangegangenen Finanzkrise 2009 ging das BIP um 2,3 % zurück); ein Rückgang um 25 % in Indien, 20 % in Großbritannien, 17 % in Mexiko, 14 % in Frankreich, 9,5 % in den USA, 7,8 % in Japan. Der Produktionsrückgang betrug bereits im ersten Quartal 2 bis 3 %. Die chinesische Führung verkündet jedoch, dass die Erholung in China bereits im 2. Quartal stattgefunden habe: +3,2 % (gegenüber –7 % im ersten Quartal). Auf jeden Fall wird das Welt-BIP nach den derzeitigen Prognosen im Jahr 2020 um etwa 6 % zurückgehen und nicht vor 2023 wieder das Vorkrisenniveau erreichen – ohne damit eine weitere mögliche Verschärfung der Pandemiesituation in Rechnung zu stellen.

Im März gab es in China Dutzende Millionen Arbeitslose, im April 2020 bis zu 22 Millionen Arbeitslose in den USA – und obwohl angekündigt wurde, dass diese Zahlen in den folgenden Monaten stark zurückgehen würden, scheint es, dass die neu geschaffenen Arbeitsplätze viel prekärer und gegenüber der Zeit vor der Krise vermehrt Teilzeitarbeitsplätze sind. In den USA wird die Zahl der derzeit Beschäftigten auf 11,5 Millionen weniger als im Februar geschätzt. In der Europäischen Union ist die Zahl der Arbeitslosen auf 7,8 % gestiegen, mit großen Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden!

In einer wachsenden Zahl von Ländern des Südens, deren strukturelle Schwierigkeiten sich mit der Covid-19-Krise verschärfen, bahnt sich eine neue Schuldenfalle an: eine Verringerung der Devisenreserven, eine starke Verschlechterung der Handelsbedingungen durch den Rückgang der Rohstoffpreise, begleitet von einer Abwertung der Währungen dieser Länder gegenüber dem US-Dollar. Neunzehn Länder des Südens haben ihre Zahlungen bereits ausgesetzt und in 28 Ländern herrscht zurzeit ein hohes Überschuldungsrisiko. Die G20-Länder, der IWF und die Weltbank unterstützen unermüdlich die Gläubiger und verschärfen – mittels Notfinanzierungen, die hauptsächlich in Form von Krediten gewährt werden – die Verschuldung der Länder des Südens, während sie gleichzeitig die Anwendung neoliberaler Sparpolitik vorantreiben. Die Rückzahlungen werden in den kommenden Jahren höher ausfallen und die Arbeiter\*innen und die sonstige arbeitende Bevölkerung noch mehr belasten. Die Vierte Internationale unterstützt die verschiedenen Mobilisierungen von Bewegungen, die auf internationaler Ebene für die Abschaffung der illegitimen Schulden kämpfen.

### **Schäden durch die Offensive der Bourgeoisien und ihrer Regierungen**

Kapitalist\*innen und ihre Regierungen drängen darauf, dass die abhängigen Beschäftigten an die Arbeit zurückkeh-

ren und dass die Bevölkerung konsumiert, was immer die Folgen für die Gesundheit und die öffentlichen Finanzen sind. Auf der anderen Seite versuchen sie, im Namen des Kampfes gegen die Pandemie – mehr oder weniger extrem – andere Freiheiten einzuschränken: sich zu bewegen, sich zu treffen oder zu feiern, um Kosten für Tests, Nachverfolgung, Isolierung und Unterstützungsleistungen zu vermeiden.

■ Massive Hilfsprogramme für Unternehmen (oft unabhängig von ihrer tatsächlichen Krise) werden in Kraft gesetzt, einschließlich Kurzarbeit und Steuersenkungen für eine nachhaltige Produktion, von China bis zu den USA und den verschiedenen europäischen Ländern.

Auf ihrer Ebene hat die Europäische Union ein europäisches Konjunkturprogramm in Höhe von 750 Milliarden Euro über 3 Jahre proklamiert, etwas mehr als die Hälfte davon in Form gemeinschaftlich zu tragender Schulden – und im Gegenzug Kontrolle der jeweiligen nationalen Politik ihrer Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren (dies ist teilweise ein Propagandaeffekt, da es in Wirklichkeit gerade mal 1 % der öffentlichen Ausgaben ausmacht).

■ Die öffentlichen Dienste stehen unter immer größerem Druck; es gibt keine massiven Investitionen in das öffentliche Gesundheitswesen, in die Bildungsfürsorge für ältere Menschen und Kinder und in die Unterstützung für Behinderte oder in andere Sektoren, die durch die Gesundheitskrise in sehr große Schwierigkeiten geraten sind! Vielmehr erleben wir ein weiteres Eindringen von Privatkapital in Sektoren, die zumindest in Europa bislang als Teil des Öffentlichen Sektors betrieben wurden.

■ Gleichzeitig wird eine zunehmend autoritäre Politik umgesetzt. Nach dem Kampf gegen den Terrorismus ist es der Kampf gegen die Pandemie, der zur Rechtfertigung freiheitsraubender Maßnahmen herangezogen wird: Überall Polizei; Strafzahlungen für diejenigen, die Quarantänen oder das Tragen von Masken nicht einhalten – nachdem man deren Wirksamkeit mal gelobt, mal geleugnet hatte; Abriegelungen und Ausgangssperren, die das gesellschaftliche Leben verbieten.

Diese Politik geht einher mit der Stigmatisierung der Jugend und der breiten Bevölkerung, insbesondere rassistisch unterdrückter Menschen – ob aus alteingesessenen Gemeinschaften oder aus neueren Zuwanderungen –, die als gedankenlos und unverantwortlich dargestellt werden, als wollten sie sich nicht schützen.

■ Überall wird das Arbeitsrecht unterminiert, die Flexibilität, die ursprünglich im Namen einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation durchgesetzt wurde, wird aufrechter-

halten, und Unternehmensschließungen werden erleichtert;

■ Die Gewerkschafts-, Vereinigungs- und Demonstrationsrechte wurden während der Lockdowns stranguliert und bleiben eingeschränkt; oft unterliegen sie Regelungen, die einem Ausnahmezustand nahekommen;

■ Gleichzeitig erleben wir harte Maßnahmen gegen Migrant\*innen, insbesondere an der Südgrenze der USA oder am Mittelmeer.

Aber die Erschütterungen dieser multidimensionalen Krise tragen auch zu einem verschärften Konkurrenzkampf zwischen den Großmächten und zwischen anderen Ländern bei: zwischen den USA und China, zwischen den USA von Trump und dem Rest der Welt, angefangen beim Iran; mit Putins Russland; zwischen Erdogans Türkei und seinen Nachbarn, zum Beispiel der Streit mit Griechenland, der sich zusehends zuspitzt, während europäische Mächte wie Frankreich unter Macron den Konflikt anheizen. Das korrupte aserbaidische Regime, das die finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung seiner Willkürherrschaft verlor, startete mit Unterstützung der türkischen Luftwaffe und syrischer Söldner eine Offensive gegen die Armenier in Karabach. Es versucht, die Unterstützung durch die eigene Bevölkerung zurückzuerlangen und jede Möglichkeit eines demokratischen Prozesses hinauszuzögern.

Was schließlich die Umweltkrise betrifft, so mag sich der Rückgang der Weltproduktion im Frühjahr zwar kurzzeitig positiv auf den Grad der weitergehenden Umweltverschmutzung und den Treibhauseffekt des Klimas ausgewirkt haben, doch die Tendenz zur Zunahme der Umweltschäden ist nach wie vor stark ausgeprägt: Die Großbrände des Jahres 2020 in Australien, Brasilien, im gesamten Amazonasgebiet und in den USA sind sowohl das Ergebnis zunehmender Dürren, die durch den Klimawandel und die neoliberale Landwirtschaft verursacht werden, als auch bisweilen ausgemachter Brandrodungen.

### **Gesundheitliche und soziale Auswirkungen**

In Bezug auf die Politik des Coronavirus-Screenings und die Art der Tests, die Schutzmaßnahmen (Masken, Zugangsbeschränkungen, Quarantänen ...), die Krankenhausversorgung und -ausstattung oder etwa die Impfstoffforschung: Es gibt eine Unmenge Konkurrenz und neoliberale Misswirtschaft sowie bürokratische Ineffizienz, verbunden mit dem Risiko neuer traumatischer Abriegelungen und neuer Krankenhauskrisen, die außer

Kontrolle geraten, während das Gesundheitspersonal erschöpft und oft in besonderem Maß vom Coronavirus betroffen ist.

So haben wir erlebt, dass reiche Länder (angefangen bei den USA), die Epidemie viel weniger wirksam bekämpft haben als einige Länder, die als arm gelten (Vietnam, Kuba ...), die aber eine Tradition gemeinschaftlicher Gesundheitsversorgung haben.

Wir haben in der Pandemie auch starke soziale und rassistisch motivierte sowie alters- und geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen gesehen! Beschäftigte für die Grundversorgung im Gesundheits-, Reinigungs- und Transportsektor, die oft Frauen und/oder durch Rassismus Benachteiligte sind; prekär und informell Beschäftigte, die sich nicht den Luxus leisten können, ihre Arbeit aufzugeben, die oft sehr krankheitsanfällig sind, aber den größten Teil ihres Einkommens verlieren; die arbeitenden Klassen, oft rassistisch unterdrückt, die unter den Folgen überfüllter Lebensbedingungen und schlechter Ernährung leiden; Migrant\*innen und Arbeiter\*innen im Ausland; Bauern, Bäuerinnen und Indigene in den Ländern des Südens; gefährdete Menschen über 65 Jahre und ganz allgemein Menschen, die an chronischen Krankheiten leiden: Auch wenn hier und da Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Künstler\*innen und Politiker\*innen vom Covid-19 betroffen sind, haben zweifellos diejenigen, die Opfer von Armut und mehrfacher Unterdrückung sind, den höchsten Tribut gezollt!

Vor allem Frauen erleben verstärkt die Risiken und die Last ihrer beruflichen und familiären Aufgaben sowie die Macho-Gewalt, die mit der Pandemie und den Abriegelungen erzeugt oder verstärkt wurden.

Angesichts der sozialen Katastrophen, die durch die Schließungen und Abriegelungen rasch herbeigeführt wurden, brachen viele – aber nicht alle – Regierungen vorübergehend mit dem Dogma der Haushaltsstrenge und gewährten soziale Unterstützungsleistungen: wiederum von China bis zu den USA, einschließlich verschiedener europäischer Länder. Diese Zulagen von einigen hundert Euro, die als Einmalzahlung oder monatlich gezahlt wurden, haben als minimaler sozialer Stoßdämpfer gedient und sogar dazu beigetragen, dass einige der unteren Bevölkerungsschichten den politischen Führern ein wenig mehr Sympathie entgegenbrachten, wie dies bei Bolsonaro in Brasilien der Fall war.

Diese Politik neuer sozialer Sicherheitsnetze ist jedoch konjunkturell bedingt und eindeutig nicht Ausdruck eines neokeynesianischen Wendepunkts bedeutender Sektoren

der Bourgeoisie. Die Explosion der Staatsverschuldung wird langanhaltende und schwerwiegende Folgen haben, da sie als Vorwand für die Vertiefung struktureller Konterreformen dienen wird, die auf Arbeitsverträge, Gewerkschaftsrechte und soziale Sicherungssysteme abzielen. Die Regierungen werden die Staatsschulden abtragen und bereiten dazu die neoliberale Rechnung vor (im Besonderen, was die Reste des öffentlichen Dienstes angeht), indem sie erneut den Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit pflegen. Nirgendwo ziehen Regierungen die hohen Einkommen und hohen Vermögen heran, deren Besitz sogar gestiegen ist. Nirgendwo werden Pharmaunternehmen in einer Zeit großer Not verstaatlicht.

Die Auswirkungen digitaler Armut sind während der Pandemie gestiegen:

- Zugang zum Online-Unterricht. Mit Kämpfen von Lehrer\*innen auf allen Ebenen für Online-Unterricht, um die Risiken zu verringern, die der Präsenzunterricht in Bildungseinrichtungen mit sich bringt, die nicht auf physische Distanz und die Einhaltung von Barrieremaßnahmen ausgerichtet sind, wurden einige Siege errungen; dies muss ergänzt werden durch Kämpfe für den Zugang der Schülerinnen und Schüler zum Internet, zu Geräten und Arbeitsräumen;
- der Zugang zu staatlichen und kommunalen Dienstleistungen ist zunehmend nur noch über das Internet möglich;
- das Internet-Shopping hat massiv zugenommen, sodass diejenigen, die nicht über die notwendigen Werkzeuge verfügen (Internet, Kreditkarte) wachsende Schwierigkeiten haben; hinzu kommt die zunehmende Ausbeutung derjenigen, die im Vertrieb arbeiten (z.B. Amazon oder Zustelldienste).

### **Die Folgen auf der politischen Ebene und bei den Kämpfen**

In diesem allgemeinen Kontext leiden die Legitimität der Regierungen wie auch die Einsicht in die vorherrschende Profitlogik; es hat sich gezeigt, dass sie nicht in der Lage sind, eine solche Katastrophe zu bewältigen. Die Arbeiter\*innen, insbesondere jene in der Grundversorgung und „an vorderster Front“ der Pandemiebekämpfung, sind symbolisch aufgewertet worden. Aber aufgrund der kombinierten Ängste vor Krankheit, Arbeitslosigkeit und Repression ist der Weg des Kampfes für viele im Moment sehr schwierig! Der Widerstand hat es nicht geschafft, zu wachsen und an die Hoffnungsschimmer im Juni anzuknüpfen.

In vielen Ländern (wenn nicht sogar in den meisten) sind die großen Gewerkschaften in der Pandemiekrise völlig abgetaucht. Nicht nur sind sie noch zurückhaltender geworden und vermeiden noch mehr jeden größeren Konflikt, sie haben oft nicht einmal etwas zur Krisenpolitik der herrschenden Klassen zu sagen. Dennoch spielen sie nach wie vor eine wichtige Rolle in den täglichen Abwehrkämpfen der Arbeiter\*innenklasse. Deshalb wird es in Zukunft in vielen Ländern – noch mehr als in der Vergangenheit – darauf ankommen, in den Gewerkschaften eine klassenkämpferische Politik zu betreiben und die begrenzten Initiativen, die von Gewerkschaften oder Strömungen mit einem kämpferischeren Ansatz ergriffen werden, zu verallgemeinern.

Viele der brodelnden oder latenten sozio-politischen Bewegungen aus der Zeit vor der Pandemie sind durch die Verschärfung der Repression in Hongkong, Algerien und Ägypten abgewürgt worden. Soziale und demokratische Bewegungen wurden während der Epidemie auch in Chile, Irak, Frankreich, Katalonien ... unterdrückt. Ist ein rasches Wiederaufflammen in diesen Ländern möglich?

Dafür wird es erforderlich sein, genauer zu analysieren, was aus den Basis-Strukturen geworden ist, die sich auf die Solidarität stützen, die während der Pandemie in der Bevölkerung aufgebaut und die in mehreren Ländern entwickelt wurde.

Glücklicherweise haben sich seit Ende des Frühjahrs mehrere Massenbewegungen behauptet, die auf unterschiedlichen Grundlagen stehen, aber einen gemeinsamen Hintergrund des Kampfes für Demokratie und gegen das Funktionieren einer auf Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaft haben:

- Die Bewegung gegen Rassismus und Polizeigewalt, die in den USA ihren Anfang nahm, ist immer noch sehr stark – in Europa auch in Solidarität mit Migrant\*innen auf einer begrenzteren, aber prinzipiellen Grundlage (wie die jüngsten Demonstrationen in Deutschland);
- das Wiederaufleben der Revolte im Libanon gegen die Korruption des konfessionellen Regimes aus Anlass der Explosion des Hafens von Beirut;
- der Aufstand in Mali;
- der Massenaufbruch in Belarus gegen die Herrschaft Lukaschenkos und seine ständig manipulierten Wahlen;
- die Revolte der thailändischen Jugend gegen die diskreditierte Monarchie;
- Der Wahlsieg der MAS im ersten Wahlgang in Bolivien als Ergebnis einer Massenmobilisierung;

■ Der Volksaufstand in Chile hat für den 25. Oktober ein Referendum über die Verfassung der Pinochet-Diktatur erzwungen – eine Ablehnung wäre ein bedeutender Sieg.

Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise Bewegungen gegen den Klimawandel und die massive Umweltverschmutzung und allgemeiner für ökologische Kämpfe einen neuen Aufschwung, unter Einbeziehung der Lehren aus der Pandemie, nehmen können; oder zu welchem Wiederaufleben für die feministischen Bewegungen, die sich in den letzten Jahren an der Spitze der Kämpfe behauptet haben, es kommen wird.

Es gibt immer noch das Potential für Kämpfe und Aufstände gegen eine herrschende Ordnung, die angesichts einer Profitklemme und einer wachsenden Delegitimierung versucht, sich durch einen allgemeinen Autoritarismus zu stärken, aber mit bestimmten Führern, die manchmal sogar aus Sicht der Bourgeoisie sehr abenteuerlich sind. Aber dieses Potenzial hatte bisher aufgrund der Angst vor der Pandemie und des Durcheinanders der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen große Schwierigkeiten, einen entsprechenden Ausdruck zu finden. Bislang ist es nicht gelungen, das Kräfteverhältnis zu verändern und eine Alternative zum Kapitalismus glaubwürdiger zu machen.

In dieser Situation setzen sich die reaktionärsten und autokratischsten, verschwörerischsten und rassistischsten Ideologien extrem rechts durch, strukturieren sich und finden Unterstützer oder gar Anführer, um die Unterdrückten und Ausgebeuteten anzugreifen, die auf diese Weise an die Macht gelangen oder an ihr festhalten, wie Trump, Putin, Bolsonaro, Xi Jinping, Modi, Duterte, Rohani, Netanjahu, Erdogan, Orban, Kaczynski ... wobei die „vorzeigbareren“ Führer sie auch noch ermutigen, indem sie nämlich Angriffe auf demokratische Prinzipien durchführen, wie es sie in ihrem jeweiligen Land seit Jahrzehnten nicht gegeben hat.

Die Wahlen vom 3. November in den USA werden ein entscheidendes Ereignis sein: Sollten sie zu einer (wahrscheinlich illegitimen) Wiederwahl von Trump führen, könnte das die Situation noch weiter verschärfen, und zwar mit einer Polarisierung, bei der die extreme Rechte einen Vorteil erlangen würde, verbunden mit Risiken einer Massenrevolte. Würde Trump hingegen aus dem Amt gejagt, würde ein wichtiges Glied in der Kette der rechtsextremen und autoritären Regierungen wegfallen. Wir haben keine Illusionen, was Biden repräsentiert oder was er vorhat, aber

es wäre weltweit frischer Wind für ausgebeutete und unterdrückte Menschen im Kampf.

### Schlussfolgerung

Die Arbeiterbewegung, die sozialen Bewegungen (und wir selbst) sind entwaffnet, hin- und hergerissen zwischen der Notwendigkeit, sich einerseits um die Gesundheit zu kümmern und sich vor der Pandemie zu schützen, und andererseits dem Widerstand gegen freiheitsbeschränkende Maßnahmen der Regierungen, die die soziale Sicherung und die öffentlichen Gesundheitssysteme zerstört haben.

Revolutionär\*innen und antikapitalistische Aktivist\*innen stehen vor großen Aufgaben! Wir müssen helfen, Einheitsfronten der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen autoritäre Regierungen und ultraliberale Programme zu schmieden und zu stärken.

In der Notsituation, in der wir uns befinden, ist es überall unerlässlich, massiv in öffentliche und frei zugängliche Dienstleistungen zu investieren, angefangen bei den Gesundheitssystemen und der massiven Wiederbelebung von Sozialhilfe- und Wohnungsbauprogrammen, die mittels Besteuerung der Reichen und der Gewinne sowie der Verhinderung von Dividendenzahlungen finanziert werden. Es ist erforderlich, die Pharmaindustrie und andere Industrien von allgemeinem Interesse wie Energie, das Bankensystem und die Wasserversorgung zu vergesellschaften. Die Produktionslinien sollten umgestellt werden, um die immensen sozialen Bedürfnisse zu befriedigen und nicht die tödlichen Industrien der Rüstung, der umweltschädlichen Chemikalien, der Luxusgüter usw. Die Landwirtschaft muss auf nachhaltige Systeme der Bodenbearbeitung und der natürlichen Ressourcen neu ausgerichtet werden. Diskriminierende Politik muss gestoppt, Grenzen müssen geöffnet werden, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen und den Austausch zwischen den Menschen zu fördern, anstatt sie in Konkurrenz zueinander zu setzen und Kriege zu provozieren!

Wir müssen der Selbstorganisation der Bevölkerung und des Gesundheits- und Pflegepersonals einen zentralen Platz einräumen. Die wirksamsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sind diejenigen, die am breitesten akzeptiert werden, weil sie von der Bevölkerung selbst zusammen mit den Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegewesen festgelegt werden. Es geht darum, die Macht über unser Leben zurückzugewinnen.

Auf diesem Weg, in den Kämpfen, im Widerstand gegen den destruktiven Kapitalismus, für Demokratie und für eine alternative und nachhaltige Wirtschaftspolitik,

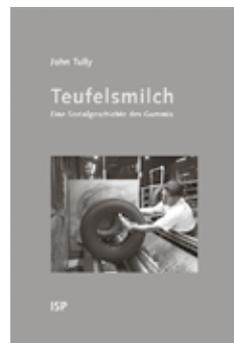
liegt die Möglichkeit, die heute ungünstigen nationalen Kräfteverhältnisse zu verändern und eine ökosozialistische Alternative für die Menschheit zu konkretisieren.

19. Oktober 2020

■ Übersetzung: Jakob S.



## Neu bei ISP



John Tully

### Teufelsmilch

Eine Sozialgeschichte des Gummis

Aus dem Englischen  
von Klaus E. Lehmann  
482 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro  
ISBN 978-3-89900-144-0  
erscheint im Januar 2021

Für die moderne Welt ist Gummi genauso wichtig wie Öl oder Stahl. Dies zeigt sich schon an der Bedeutung internationaler Großkonzerne wie Michelin, Firestone oder Goodyear, die den Weltmarkt genauso beherrschen wie die Öl- oder die Automobilkonzerne. Es erstaunt daher, dass es bislang keine größere kritische Geschichte dieses Rohstoffs und seiner Herstellung gab. Dabei war Kautschuk lange eine der wichtigsten Kolonialwaren, die in Indochina, Südamerika oder dem Kongo unter äußerst brutalen Bedingungen gefördert wurden. Auch Häftlinge der Nazis mussten in den Konzentrationslagern synthetischen Gummi für die IG Farben fertigen. »Teufelsmilch« zeigt beispielhaft, wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung von Mensch und Natur keine Grenzen kennt.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

# CORONA: REGIERUNGS- VERSAGEN UND NOT- WENDIGE GEGENWEHR

**1** Einen Erfolg hat der „Lockdown light“ bisher nicht gebracht. Die Regierung hat die Kontrolle über die Entwicklung der Pandemie verloren, die Zahlen der Infizierten und der Toten steigen unverdrossen weiter, Krankenhäuser und Gesundheitsämter geraten an ihr Limit. Hotspots können nicht lokalisiert werden. Klar ist nur eins: Das Virus zirkuliert in der jüngeren Bevölkerung und wird von ihr in die älteren Altersgruppen getragen. Es infizieren sich die Jungen, sterben tun die Alten. Laut Robert-Koch-Institut ist die 7-Tage-Inzidenz bei den jungen Erwachsenen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren besonders hoch. Von den bislang 17.602 Corona-Toten insgesamt waren bislang jedoch über 11.000 in einem Alter über 80. In der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen gab es mehr als 1500 Tote und bei den 50- bis 59-Jährigen noch über 500.

Es hat auch nicht den Anschein, als wollten Bund und Länder noch ernsthaft etwas tun, um Infektionsverläufe nachzuvollziehen. Sie hangeln sich jetzt mit blinden Maßnahmen (AHA-Regeln und ungezielten Kontaktverboten) durch die kommenden Wochen, bis die ersten Impfungen da sind. Dann wird ihre Strategie aufgegangen sein, die Pandemie mit Kontaktverboten einzudämmen und auf einen schnellen Impfstoff zu hoffen – an den zutage getretenen Schwachstellen der öffentlichen Infrastruktur jedoch nichts zu verändern und den bisherigen Stiefel weiterzuführen, dass der Staat seine Infrastrukturaufgaben mehr und mehr Privaten überlässt.

Die Strategie der Regierenden wird aufgegangen sein, und trotzdem wird sie ein Beispiel für eine gescheiterte Seuchenbekämpfung genannt werden müssen. Denn der Impfstoff nimmt nur kurzfristig den Druck aus dem Kessel; an den Ursachen der zunehmenden Verbreitung von Seuchen ändert sich dadurch nichts. Ursachenbekämpfung haben die Herrschenden nicht betrieben, sie können es auch nicht, ohne ihre Wirtschaftsweise in Frage zu stellen.

**2** Warum hat die Regierung die Kontrolle verloren? Im Wesentlichen aus zwei Gründen:

- Beim ersten Lockdown im Frühjahr ist zutage getreten, warum er überhaupt notwendig war: weil nicht ausreichend Masken, Beatmungsgeräte, Krankenhausbetten, insbesondere in der Intensivmedizin zur Verfügung waren; und weil es in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und in den Gesundheitsämtern an Personal fehlte. Kurz: Weil die verschiedenen Bundesregierungen seit den 90er Jahren das öffentliche Gesundheitssystem durch seine Ausrichtung an betriebswirtschaftlicher Rationalität ausgeblutet haben.

Schutzmaterial ist danach angeschafft worden, an der Personalknappheit und -überlastung hat sich trotz Applaus nichts geändert, nicht einmal durch Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Nach wie vor werden Krankenhäuser stillgelegt, auf die Gesundheit des Personals wird hier so wenig Rücksicht genommen wie in den Betrieben überhaupt. Das ist der Hintergrund für die Panik der Regierenden, das Gesundheitssystem könnte kollabieren, bevor ein Impfstoff in ausreichender Menge parat steht. Die Panik ist berechtigt, doch dass es soweit kommt, haben sie selbst verursacht.

- Die Maßnahmen, die flächendeckend verhängt werden, zielen darauf ab, den zwischenmenschlichen Kontakt zu unterbinden, damit das Virus sich nicht ausbreitet. Das ist an sich richtig, wenn es denn erstens konsequent und zweitens situationsgerecht durchgesetzt würde. Beides ist nicht der Fall. Nur zwei Beispiele: Kinos und Theater werden geschlossen, obwohl sie vorschriftsgemäß aufgerüstet haben; Jugendliche werden von der Parkbank gescheucht, aber der „Black Friday“ darf stattfinden, der spült ja Geld in die Kassen. Menschengedränge in Geschäften wird geduldet, überfüllte Busse auch, aber in den Pflegeheimen gibt es keine Kontrollen, ob sich das Personal an die Vorschriften hält (in anderen Betrieben im Übrigen auch nicht).

Was in den nicht konsum- und dienstleistungsnahen Betrieben passiert, darüber erfährt man kaum etwas. Die Gewerbeaufsicht wird nicht aufgestockt, damit mehr Kontrollen durchgeführt werden können. Der Staat übt weiterhin keinen Druck aus, dass gerade in Branchen, die als „systemrelevant“ gelten wie etwa Transport und Logistik, Belegschaften nicht behindert werden in ihren Versuchen, Interessenvertretungen aufzubauen, die auch auf die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze achten könnten.

Technische und organisatorische Maßnahmen wie der Einbau von Filteranlagen in öffentlichen Räumen, die kostenlose Ausgabe von FFP2-Masken, die Aufstockung von öffentlichen Transportmitteln finden nicht statt. Dabei wären sie billiger als die Kompensierung von Einnahmeausfällen bei Großbetrieben, die nur Mitnahmeeffekte produzieren.

Sicher gibt es, wie immer und überall, Menschen, die sich gegenüber ihren Mitmenschen nicht verantwortungsbewusst verhalten. Ihnen gegenüber müssen sinnvolle Maßnahmen auch mit Nachdruck durchgesetzt werden. Das Corona-Management der Regierungen ist jedoch geprägt von Vernachlässigung, Inkonsequenz und Willkür.

Die letzte Novelle des Infektionsschutzgesetzes setzt dem Ganzen die Krone auf: Ohne dass es im Geringsten den Schutz vor Corona verbessern würde, werden der Bundesregierung vorauseilend umfangreiche Vollmachten erteilt, die ihr erlauben, das Parlament zu umgehen – und der Bundestag stimmt auch noch zu.

**3** Die Last der Pandemie wird auf die Privatmenschen abgewälzt, Freiheitsrechte werden ohne Not beschnitten, eine kollektive Schulterung in Form von Aufrüstung der Infrastruktur und Sonderhilfen für die prekären Teile der Bevölkerung, die in Notlagen nichts zusetzen haben, findet nicht statt. Die großzügig ausgegossenen Geldmittel kommen bei Hartz-IV-Beziehenden, Solo-Selbständigen, Kulturschaffenden, Obdachlosen oder Flüchtlingen nicht oder kaum an, die Vermögen der 119 Milliardär\*innen in Deutschland hingegen sind seit Ausbruch der Pandemie im März um 20 Prozent gestiegen.

Unternehmen in der Informations- und Medizintechnik, in der Pharmaindustrie und im Internethandel verdienen sich mit Corona eine goldene Nase. Deutsche Milliardär\*innen verzeichneten während der Pandemie einen Vermögensanstieg bis zu 77 Prozent.

**4** Die Kontaktbeschränkungen bilden ein ernsthaftes Hindernis für die Mobilisierung einer Gegenwehr. Das nutzen viele Unternehmen für eine regelrechte Ausbeutungsoffensive, vor allem in der Automobilindustrie:

Daimler etwa nutzt die Gunst der Stunde schamlos, um mehrfach gegebene Zusagen in Bezug auf Arbeitsplatzsicherungen zu brechen und sogar mit der Stilllegung des Stammwerks Untertürkheim zu drohen, Opel droht mit mehreren tausend betriebsbedingten Kündigungen in Rüsselsheim ...

Das dicke Ende, nämlich die vollen ökonomischen Auswirkungen der Lockdowns, wird aber erst noch kommen. Trotz Kurzarbeitergeld lag die Zahl der Erwerbslosen im November um eine halbe Million über der des Vorjahrs. Und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Regierung die Milliarden, die sie so großzügig vorwiegend an die Vermögenden ausgeschüttet hat, von den Prekären und den abhängig Beschäftigten wieder zurückverlangt – wann also die Schuldenbremse wieder zum obersten Gebot wird.

**5** In dieser Situation schlagen wir die folgenden Forderungen für einen Aktionsplan vor – auch für eine Zeit „nach Corona“:

- Die Reichen müssen mit einer Sondervermögensabgabe („Corona-Steuer“) belastet werden; die Last der aufgenommenen Schulden darf nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden.
- Kein Geld für Großbetriebe, sondern für Prekäre.
- Sofortmaßnahmen für den Ausbau sowie mehr und besser bezahltes Personal in der Daseinsvorsorge und in der öffentlichen Infrastruktur.
- Masken, Impfstoffe und andere Schutzmaßnahmen müssen gerecht und kostenlos verteilt werden.
- Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens muss gestoppt werden: keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern, Beseitigung des Systems der Fallpauschalen.
- Am Gesundheitswesen dürfen Private nicht verdienen: Der gesamte Gesundheitssektor gehört in öffentliche Hand, Pharmakonzerne gehören enteignet.
- Gewerkschaften und Betriebsräte müssen ihre Kontrollrechte in Bezug auf Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb wahrnehmen und sie dort erstreiten, wo sie ihnen verwehrt werden.
- Verbot von Entlassungen; Verbot jeglicher Einschränkung der Koalitionsfreiheit, insbesondere auf betrieblicher Ebene.
- Gerade die am meisten benachteiligten Menschen benötigen einen wirksamen Gesundheitsschutz. Das heißt auch Aussetzung von Sanktionen, Stromsperrungen und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Obdachlose und Illegalisierte, Ausbau von Frauenhäusern für Opfer sexueller Gewalt. Niemand darf zurückgelassen werden!

- Massentierhaltung, Waldrodungen zugunsten von Verkehrsflächen, Ackerland und Siedlungen sowie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft müssen verboten werden; Kohleausstieg jetzt!
- Internationale Solidarität mit den Opfern der Klimakatastrophe weltweit.
- Trotz der Beschränkungen: Wir müssen aktiv werden.
- Gesundheits- und Arbeitsschutz in den Betrieben selbst in die Hand nehmen.
- Gegen Privatisierung und Ökonomisierung konsequent vorgehen.
- Lasst uns eine starke soziale Front gegen Gewerkschaftsbekämpfung, Entlassungen und Spardiktate bilden!

Sekretariat der Internationalen Sozialistischen Organisation/  
Vierte Internationale (ISO), 6.12.2020



## Ernest Mandel bei ISP

Ernest Mandel

### **Macht und Geld**

#### **Eine marxistische Theorie der Bürokratie**

318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro

2000, ISBN 978-3-929008-73-9

Mandels Buch ist ein wesentlicher Beitrag zur Erneuerung der klassischen marxistischen Theorie über das Verhältnis von Bürokratie, Staat und Gesellschaft. Mandel analysiert die gesellschaftlichen und historischen Wurzeln der Bürokratie sowohl des kapitalistischen Staates als auch der Arbeiterorganisationen und der nicht-kapitalistischen Gesellschaften. Er untersucht – ausgehend von den Analysen Lenins, Luxemburgs, Trotzki und anderer sowie den Überlegungen von Ludwig von Mises, Robert Michels, Max Weber und neueren Ansätzen zur Bürokratietheorie –, welche Bürokratien die Gesellschaften in Ost und West tatsächlich herausgebildet haben.

Die scharfsinnige Untersuchung stellt all diejenigen Theorien in Frage – stalinistische, sozialdemokratische und offen bürgerliche –, die behaupten, bürokratische Organisationen seien ein notwendiges Übel moderner Gesellschaften. Demgegenüber zeigt Mandel die gesellschaftlichen Bedingungen auf, unter denen die Bürokratie »absterben« kann.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

[neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

[www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)



# KONVERSION: ARBEITSPLÄTZE SICHERN UND KLIMA SCHÜTZEN!

Die uns nicht zuletzt vom Klimawandel aufgezwungene Aufgabe einer grundlegenden Umstrukturierung der profitgetriebenen produktivistischen Industriegesellschaften beinhaltet, dass verschiedene Sektoren der Industrie deutlich geschrumpft und/oder radikal umgebaut werden müssen.

**Ein Dossier mit 3 Beiträgen**

Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Stahlindustrie mit sicheren Arbeitsplätzen

**SEITE 17**

Krise der Autoindustrie und ökologischer Umbau

**SEITE 26**

Wachsende Bedeutung der Losung „Vergesellschaften“

**SEITE 35**

Die Texte von Klaus Meier liefern für drei Industriesektoren wertvolle Anregungen dafür, wie das von statten gehen kann: Die Automobilindustrie, die Stahlindustrie und die Chemieindustrie. Die Artikel zur Stahlindustrie und zur Chemieindustrie (letzteren bringen wir in der folgenden Ausgabe der „Internationale“) befassen sich stark mit technischen Fragen, der stofflichen Seite der Produktion – Aspekte, die in linken Publikationen ansonsten eher selten behandelt werden. Das ist für jemand wie mich, der in der Schule mit Physik und Chemie auf Kriegsfuß stand, gewöhnungsbedürftig. Aber ein solcher Umbau der Gesellschaft hat eben viel mit notwendigen Veränderungen in der stofflichen Seite der Produktion zu tun. Insofern hängt unsere politische Glaubwürdigkeit auch davon ab, ob wir zu diesen „technischen Dingen“ etwas zu bieten haben. Das Besondere an den nachfolgenden Texten ist, dass da ein Linker über technische Fragen schreibt, ohne die Klassenfrage aus dem Auge zu lassen und ohne sich in technischen Fachsimpeleien zu verlieren. Klaus Meier als Naturwissenschaftler versteht es, die komplizierten technischen Aspekte in einer Art und Weise aufzubereiten, dass sie auch für Laien und Technikbanausen einigermaßen gut verständlich sind.

Der Text zur Konversion der Autoindustrie ist die ideale Handreichung für Aktivist\*innen und solche, die es werden wollen. Wer für die Konversion der Autoindustrie eintritt, hat allerdings ein Problem: Er/sie ist marginalisiert. Das gilt für die Gesellschaft insgesamt und insbesondere für die Betriebe der Autoindustrie und deren Zuliefererbetriebe. Wohl nur wenige gewerkschaftliche Aktivist\*innen in der Autoindustrie getrauen sich momentan, in Betriebsversammlungen ihren Kolleg\*innen eine Konversion der Autoindustrie in Richtung Straßenbahn, Bus und Bahn als praktikable

Alternative zur Kahlschlagoffensive ihrer Bosse vorzuschlagen. Das heißt: Im betrieblichen Alltag ist das Thema nicht „wirmächtig“.

Wir stehen vor der Aufgabe, das Thema zunächst an die wenigen aufgeschlossenen Kolleg\*innen heranzutragen. Der ehemalige VW Betriebsrat Stefan Krull versucht im Umfeld des VW Konzerns, Debatten zum Thema Konversion innerhalb von Vertrauensleutegremien zu organisieren. Michael Clauss von Daimler Untertürkheim hat angeboten, dass gerne Leute von „Fridays for Future“ bei ihren VK-Treffen sprechen können. Solche Angebote für den Dialog zwischen eher klimabewegten Gruppen und Beschäftigten der Autoindustrie gilt es zu nutzen. Vielleicht wäre es auch hilfreich, einen Erfahrungsaustausch zwischen gewerkschaftlich Aktiven aus der Autoindustrie und der Bahnindustrie anzuregen. Aber das sind alles keine Massenversammlungen.

Sicherlich ist es zudem eine Aufgabe, solche Debatten auch außerhalb der Betriebe, im politischen Raum, anzustoßen. Erfreulicherweise hat sich in der Frage der Konversion Bernd Riexinger klar positioniert. Auch Klaus Dörre, Professor an der Uni Jena mit guten Beziehungen zu den Gewerkschaften, könnte für dieses Thema Türen ins gewerkschaftliche Spektrum öffnen. Nicht unwahrscheinlich, dass im Rahmen einer Kampagne gegen die im September in München stattfindende „Internationale Automobilausstellung“ (IAA) das Interesse am Thema deutlich wächst.

Für all die künftig zu führenden Gespräche und Debatten sind die vorliegenden Texte eine gute inhaltliche Unterfütterung. Es hängt von uns ab, was wir daraus machen.

Paul Michel



# EINE CO<sub>2</sub>- NEUTRALE STAHLINDUSTRIE MIT SICHEREN ARBEITSPLÄTZEN

Ähnlich wie in der Autoindustrie droht ein gewaltiger Abbau von Arbeitsplätzen. Der Erhalt dieser Industrie in der heutigen Form kann schon aus ökologischen Gründen nicht das Ziel sein. Die Frage stellt sich: Wie lässt sich diese Industrie nach ökologischen Maßstäben umbauen. **Klaus Meier**

Deutschland ist mit einer jährlichen Produktion von 42,4 Millionen Tonnen Rohstahl (2018) der siebtgrößte Stahlhersteller weltweit bzw. der größte in der EU 28, noch vor Italien, Frankreich und Spanien. Bereits 2019 kam es zu einem konjunkturellen Einbruch.

## 1. Stahlindustrie in der Krise

Die sog. Corona-Krise hat die Lage weiter verschärft. Die Arbeitsplätze und viele Stahlstandorte sind nicht mehr sicher. Zusätzlich zur ökonomischen Krise gibt es auch eine wachsende Diskussion um die klimaschädliche Wirkung der Stahlproduktion. Es ist offensichtlich: Die Stahlindustrie befindet sich in einer schweren Krise.

## 2. Verfahren zur industriellen Stahlerzeugung

Um die ökologischen Probleme beim Stahl verstehen zu können, muss man einen Blick auf die Technologie werfen. Die Stahlerzeugung basiert heute im Wesentlichen auf zwei Verfahrensrouten, der Primärstahlerzeugung mittels des Oxygenstahlverfahrens (BOF – Basic Oxygen Furnace) sowie der Sekundärstahlerzeugung im Elektrostahlverfahren (EAF – Electric Arc Furnace). 70 % des Rohstahls (29,7 Mio. t) wurden 2018 in Deutschland über die Hochofen-Konverter-Route erzeugt. 30 % (12,7 Mio. t) über die Elektroofenroute [Wir19].

Neben dem BOF- und dem EAF-Verfahren gibt es noch die sogenannte Direktreduktion (DRI – direct reduced iron). 2018 wurden damit weltweit knapp 100 Millionen Tonnen Stahl erzeugt<sup>1</sup>. Dabei ist zwischen einem nicht weiter interessanten kohlebasierten Verfahren mit Drehrohrofen sowie einem gasbasierten Verfahren zu unterscheiden. Die gasbasierten Verfahren haben das Potenzial zur Entwicklung einer klimaunschädlichen Stahlproduktion. Bei den gasbasierten Verfahren war das Midrex-Verfahren mit einem Anteil von rund 65 % im Jahr 2017 dominant [Mid20]. Dabei wird in einem sog. Schachtofen Eisenerz im Gegenstromprinzip mit Erdgas zu sog. Eisenschwamm vorreduziert. Das Erdgas kann dabei auch mit einem variablen Wasserstoffanteil angereichert werden. Der Wasserstoff wird zuvor in einem Reformier durch die Spaltung von Erdgas gewonnen. Die Weiterverarbeitung des Eisenschwamms erfolgt im elektrischen Lichtbogenofen (EAF), wo der Eisenschwamm z.T. den dort sonst eingesetzten Stahlschrott ersetzt. Bereits eine erdgasbasierte Direktreduktion erzeugt gegenüber der heute dominanten Oxygenstahlproduktion (BOF) weniger CO<sub>2</sub>. Durch die Zuführung eines höheren Wasserstoffanteils können die Emissionen weiter reduziert werden.

## 3. Massive CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Stahlindustrie

Beim Oxygenstahlverfahren entstehen heute die größten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Deutlich weniger prozessbedingte Emissionen entstehen beim Elektrostahlverfahren. In der Summe emittieren heutige Hüttenwerke über die Hochofenroute (BOF) für jede Tonne produzierten Stahl rund 2000 kg CO<sub>2</sub>. Die deutsche Stahlindustrie stand 2018 für CO<sub>2</sub>-Emissionen von rund 63 Mio. Tonnen<sup>2</sup>, wovon der mit Abstand größte Teil beim Oxygenstahlverfahren angefallen ist. Das ist ein Anteil von 7,3 Prozent an den gesamten deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Betrachtet man nur die Hochöfen in Duisburg, so stehen diese allein für 2,5 % des deutschen Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes [Mül19].

## 4. Stahlproduktion: Ein Energiefresser

Weiterhin ist die Stahlproduktion ein sehr energieintensiver Produktionsbereich der Industrie. In [Ger11] wird angegeben, dass rund 7,5 % der gesamten weltweiten Energienachfrage durch die Stahl- und Eisenindustrie entstehen. Die Energie wird an unterschiedlichen Stellen in der Stahlproduktion benötigt, der größte Teil fließt in

die Rohstahlerzeugung, also die Reduktion der Eisenerze. In den Hochofenprozessen werden wiederum rund 80 % des Energiebedarfes für die Rohstahlerzeugung benötigt und nur 20 % für das Gießen und die Formgebung [Ger11]. Für das Jahr 2018, in dem in Deutschland 42,4 Millionen Tonnen Rohstahl produziert wurden, lag der dafür eingesetzte Energieverbrauch bei 156 TWh<sup>3</sup>.

## 5. Hoher Transportaufwand

Ein weiteres Problem, das mit der Stahlproduktion einhergeht, ist die massive Transportbelastung der Verkehrsträger. Die zu transportierende Stahlmenge betrug laut der Wirtschaftsvereinigung Stahl in 2017 rund 140 Millionen Tonnen [Wir19]. Davon entfallen 49,6 % auf den Transport mit der Bahn, 31,1 % auf die Binnenschifffahrt und immerhin noch 19,3 % auf den LKW-Verkehr. Die mit LKWs transportierte Menge belief sich 2017 auf 27 Millionen Tonnen. Das entspricht 1,04 Millionen Lastwagen, beladen mit Eisen und Stahl, die jedes Jahr Autobahnen und Straßen belasten<sup>4</sup>.

## 6. Stahlverbrauch nach Wirtschaftsbereichen

Die deutsche Stahlindustrie ist stolz darauf, dass der Stahl in fast allen Wirtschaftssektoren ein wichtiges Gut darstellt. Die Zahlen in Grafik 1 zeigen allerdings, dass die Hauptmenge, nämlich 61 % in der Bauindustrie und für den Automobilbau verbraucht wird. Diese Bedeutung dürfte aber nicht in Stein gemeißelt sein. Würde die Bauindustrie statt auf Stahlbeton auf mehr Holzbau setzen und würde es zu einer Abkehr vom Autoindividualverkehr hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln kom-

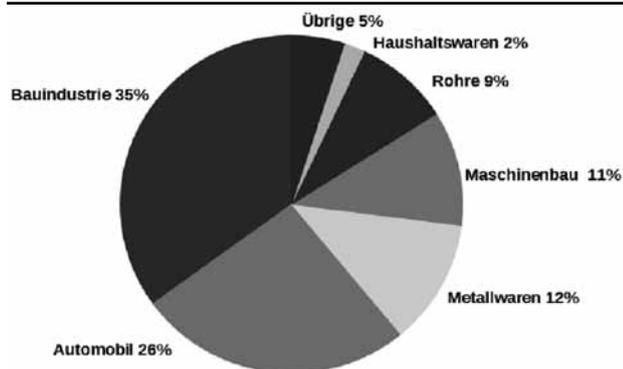
men, würde dies automatisch dazu führen, dass der deutsche Stahlverbrauch um die Hälfte sinken würde. (Grafik 1)

## 7. Verfahren zur CO<sub>2</sub>-neutralen Stahlproduktion

Momentan wird weltweit in den Hochöfen nahezu ausschließlich auf Kohle und Koks zur chemischen Entfernung von Sauerstoff aus dem Eisenerz<sup>5</sup> gesetzt (Reduktion von Erz zu Eisen). Aber genau dadurch entsteht am Ende der Prozesskette eine sehr große Menge an CO<sub>2</sub>, die freigesetzt wird. Die Rolle des Kohlenstoffs bei der Stahlherstellung kann aber auch von Wasserstoff übernommen werden kann. Dann entsteht am Ende der Prozesskette kein CO<sub>2</sub> mehr, sondern unschädlicher Wasserdampf (H<sub>2</sub>O)<sup>6</sup>. Die klassische Hochofenroute ist dafür aber ungeeignet. Es bedarf einer Umstellung der Produktionsanlagen auf eine mit Wasserstoff modifizierte Direktreduktion (DRI), wobei als Produkt zunächst H<sub>2</sub>BI (Hydrogen-Hot Briquetted Iron) entsteht<sup>7</sup>, der anschließend in Elektrolichtbogenöfen (EAF) zum gewünschten Stahl verarbeitet werden kann. Die heute existierenden DRI-Verfahren arbeiten vornehmlich mit Erdgas. Bereits dabei sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich ab. Durch die Zumischung von Wasserstoff kommt es zu einer verringerten CO<sub>2</sub>-Emission. Technologisch gesehen ist der Schritt von einem Wasserstoffanteil von beispielsweise 60 % im Reduktionsgas hin zu 100 % dann eher als klein anzusehen. Anlagenbauer, die Direktreduktionsanlagen herstellen, haben in Pilotanlagen bereits bewiesen, dass das Verfahren auch mit 100 % zugeführtem Wasserstoff gut arbeitet. Das ist der Weg zur CO<sub>2</sub>-neutralen Stahlproduktion.

Ein Problem liegt allerdings in der Herkunft des Wasserstoffs. In den heute existierenden DRI-Anlagen wird er mittels des sog. Dampfreformierungsverfahrens aus Erdgas gewonnen. Das ist natürlich keine Lösung, denn in diesem Prozess wird neben Kohlenmonoxid ebenfalls klimaschädliches CO<sub>2</sub> in erheblichen Mengen freigesetzt<sup>8</sup>. Eine klimafreundliche Wasserstoffherstellung kann allerdings mit Hilfe von Elektrolyseverfahren erreicht werden, bei denen Wasser mittels grünem Strom in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt wird<sup>9</sup>. Eingesetzt werden kann erneuerbarer Wind- oder Solarstrom. Zusätzlich kann die in der Stahlerzeugung und -weiterverarbeitung notwendige Prozesswärme durch elektrische Energie (grüner Strom) statt durch fossile Energieträger bereitgestellt werden. Auf diese Weise ließen sich 95 % der heutigen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Stahlherstellung direkt vermeiden.

**GRAFIK 1**



Grafik 1: Stahlverbrauch in Deutschland nach Wirtschaftssektoren in 2017, Angaben in Prozent, Zahlen nach [Wir19]

Die technologischen Hürden für eine klimafreundliche Stahlproduktion sind heute eher als gering einzustufen. Allerdings bleibt der Kostenfaktor. Insbesondere die klimafreundliche Wasserstoffherstellung mittels Elektrolyseverfahren ist heute noch kostenintensiv. Und natürlich entstehen auch Kosten bei der Umstellung der Produktionsanlagen weg von der klassischen Hochofenroute hin zum DRI-Verfahren.

Es gibt noch eine weitere Frage, nämlich die Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom in Deutschland, um grünen Wasserstoff für die Stahlproduktion herstellen zu können<sup>10</sup>. Die Ludwig-Bölkow-Systemtechnik [Bün17] gibt an, dass eine vollständige Kohle/Koks-Substitution in der Stahlindustrie eine Wasserstoffnachfrage in Deutschland von 2,4 Millionen Tonnen pro Jahr hervorrufen würde. Um diese Mengen elektrolytisch herzustellen, wäre eine Bereitstellung von grünem Strom im Umfang von ca. 130 TWh pro Jahr erforderlich<sup>11</sup>. Um diese Menge richtig einordnen zu können, muss man wissen, dass 2019 in Deutschland lediglich 236 TWh erneuerbarer Strom erzeugt wurden<sup>12</sup>.

## 8. Die Krise der deutschen Stahlindustrie

Für ein vertieftes Verständnis ist es wichtig, die ökonomische Lage der Stahlbranche in Deutschland zu kennen. Die deutsche Stahlindustrie befindet sich in einer massiven Krise. Bereits 2019 gab es einen konjunkturellen Einbruch. 2020 führte dann die Corona-Krise zu einer deutlichen Verschärfung der Lage. Im ersten Quartal 2020 lag die Stahlerzeugung um rund 16 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Im zweiten Quartal ging es noch tiefer bergab und die Stahlproduktion sank um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr [Wel20]. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Stahl warnte im Juni 2020: „Die Nachfrage ist dramatisch eingebrochen, und die Erholung wird voraussichtlich zäh und langsam verlaufen. Zugleich spitzt sich auch das Problem der globalen Überkapazitäten zu.“ [Die20] Die Situation hat sich auch verschärft, weil US-Präsident Trump massive Strafzölle gegen Stahlimporte in die USA verhängte. Dadurch entstanden Umleitungseffekte von Stahllieferungen u.a. aus China und Osteuropa in die EU-Staaten.

Die deutschen Stahlproduzenten haben in dieser Situation flächendeckend Kurzarbeit angemeldet. Der Stahlhersteller Salzgitter AG erklärte im Juni 2020, dass seine Kapazitäten um bis zu 70 Prozent unterausgelastet seien [Die20]. Daher wurde sogar ein Hochofen stillgelegt. Anfang August 2020 sickerte durch, dass die Georgsmari-

## SCHRIFTENREIHE „ÖKOSOZIALISMUS: ANALYSE + PERSPEKTIVEN“

Dieser und der darauf folgende Text von Klaus Meier entsprechen dem Heft Nr. 67 (September 2020) bzw. Nr. 68 (Oktober 2020) der Schriftenreihe „Ökosozialismus: Analyse + Perspektiven“. Die Hefte werden in unregelmäßigen Abständen Analysen zur ökosozialistischen Strategiediskussion in Broschürenform herausgegeben. Sie verstehen sich als Diskussionsbeiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen Antwort auf die globale ökologische Krise. Die Schriften sind im Internet zu finden auf den Seiten des Netzwerks Ökosozialismus (oekosozialismus.net) sowie teilweise der *Sozialistischen Zeitung* (sozonline.de).

Die Bestellung von Broschüren oder die Anforderung von Referenten zu Veranstaltungen, Arbeitskreisen oder Zoom-Meetings zur Erläuterung und Diskussion der Broschüreninhalte und zu den gemachten Vorschlägen kann erfolgen über: [MeierKlaus13@yahoo.de](mailto:MeierKlaus13@yahoo.de)

enhütte in Niedersachsen um Nothilfen aus dem WSF-Fonds der Bundesregierung nachgesucht hat. Das könnte entweder eine Geldspritze oder ein direkter Einstieg des Staates in das Unternehmen sein.

Besonders dramatisch ist die Lage beim größten deutschen Stahlhersteller, Thyssenkrupp. Der Konzern, der allein in Deutschland 27.000 Beschäftigte hat, steht angesichts der weltweiten Stahlüberproduktion aber auch eigenen Missmanagement<sup>13</sup> am Abgrund. Das Unternehmen gab im Sommer 2020 den Abbau von 6000 Stellen bekannt, trotz eines staatlich abgesicherten Kredits von einer Milliarde Euro [Mül20-1]. Im November 2020 verkündete der Konzern dann, dass die vernichteten Arbeitsplätze sogar auf 11.000 steigen würden [Mül20-2]. Das dürfte aber nur der Anfang sein. Die Konzernspitze will das 200 Jahre alte Unternehmen in viele Einzelteile filetieren. Im Sommer 2020 war es die lukrative Aufzugssparte, die für 17,2 Milliarden Euro unter den Hammer gebracht wurde<sup>14</sup>. Die Konzernbereiche Anlagenbau, Federn und Stabilisatoren sowie ein Edelstahlwerk mit insgesamt 20.000 Beschäftigten sollen aus dem Konzern ausgegliedert und ebenfalls verkauft werden [Mül20-3]. Einem Grobblechwerk in Duisburg steht die Schließung bevor. Die Stahlbranche, das Herzstück des Konzerns, soll ausgegliedert und vielleicht sogar mehrheitlich an neue Partner abgegeben werden.

Mitte Oktober 2020 machte der britische Konzern Liberty Steel<sup>15</sup> genau dafür ein Angebot. Obwohl die Thyssenkrupp-Aktie kurzfristig um 25 % stieg, legte sich die Euphorie schnell wieder. Eine Börsenzeitung [Akt20] charakterisierte Liberty Steel: „Bereits in Großbritannien hatte der Konzern einst marode Stahlwerke gekauft. Große Investitionen und der Erhalt von Arbeitsplätzen sind von Liberty-Inhaber Sanjeev Gupta aber nicht zu erwarten.“ Jürgen Kerner von der IG Metall verwies auf die erforderlichen Milliarden-Investitionen für klimaneutralen Stahl und erklärte zum Angebot von Liberty Steel [Bus20]: „Wie sollte ein anderer Hersteller, dem selbst das Geld auszugehen droht, die nötigen Investitionen finanzieren?“ Das ist genau das Problem. Mit den heutigen klammen Stahlkonzernen wird es nicht möglich sein, in klimaneutralen Stahl in einer angemessenen Zeitspanne zu investieren. Allerdings ist auch eine mögliche Staatsbeteiligung an Thyssenkrupp nach dem Vorbild der Lufthansa in der Diskussion. Die IG Metall macht sich für dieses Modell stark. Auch die Thyssenkrupp-Chefin Martina Merz zeigte sich nicht abgeneigt: „Eine Staatsbeteiligung ist eine Option.“ Gegen diesen Weg stellte sich NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, einmal mehr mit dem abgegriffenen neoliberalen Argument, dass der Staat „nicht der bessere Unternehmer“ sei<sup>16</sup>. Ansonsten blieb er jede Antwort und Perspektive schuldig.

Die vorliegenden Informationen verdeutlichen, dass bei Thyssenkrupp alles in die falsche Richtung läuft. Der Konzern wird zerlegt und von einer Arbeitsplatzsicherung ist nicht die Rede. Und das obwohl die Bundesregierung den Umbau mit einem Kredit von einer Milliarde Euro finanzierte und die Bundesanstalt für Arbeit erhebliche

Kurzarbeitsgelder für den Konzern zur Verfügung gestellt hat<sup>17</sup>.

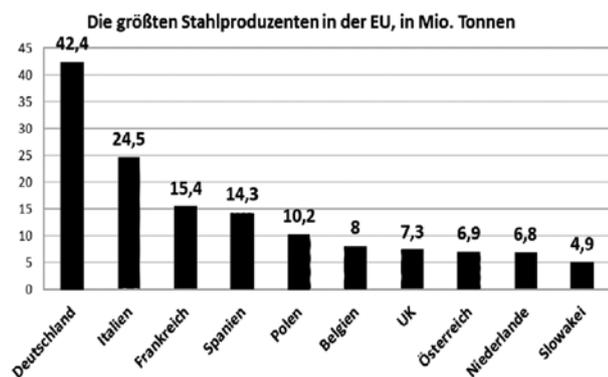
### 9. Globales Monopoly-Spiel der Stahlkonzerne

Um die Problematik in Deutschland zu verstehen, muss man einen Blick auf die Entwicklung der globalen Stahlbranche werfen. Die Stahlindustrie in Europa ist ein wichtiger Arbeitgeber, leidet aber unter der internationalen Überproduktion. Deutschland ist mit einem Marktanteil von 25 Prozent der größte Stahlhersteller in der EU, weltweit liegt die hiesige Stahlbranche auf Platz sieben. Allerdings entfallen auf die Bundesrepublik nur 2,6 Prozent der weltweiten Stahlerzeugung – vergleichsweise ist Deutschland also ein kleiner Player.

Der größte Teil der deutschen Stahllexporte, rund vier Fünftel, geht in die EU. Danach folgen die USA mit einem weiteren Fünftel als großer Abnehmer deutschen Stahls. Seit Trump jedoch 25 Prozent Strafzoll unter anderem auf europäischen Stahl verlangt, sinken die Ausfuhren deutschen Stahls nach Übersee. Schon 2018 gingen laut US-amerikanischer Außenhandelsdaten die Stahllexporte aus Deutschland in die USA von 1,4 Millionen Tonnen 2017 auf 1,3 Millionen Tonnen um sieben Prozent zurück. Allerdings sind gleichzeitig die deutschen Exporte in die EU um 10 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 4,5 Mio. Tonnen. Der EU-Stahlmarkt steht auch unter starkem Einfuhrdruck aus der Türkei: Die Importe lagen 2018 im Durchschnitt um mehr als 50 Prozent höher als im Vorjahr [Pro18]. (Grafik 2)

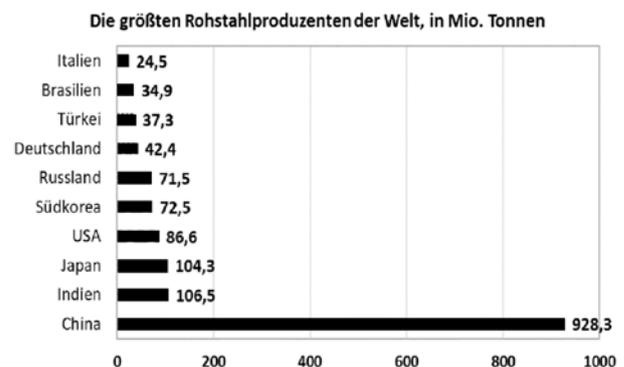
Um Einsparungen zu realisieren und Synergien zu bündeln, plant Thyssenkrupp und der indische Stahl-

**GRAFIK 2**



Grafik 2: Die 10 größten Rohstahlproduzenten in der EU 2018. Die gesamte EU Rohstahlproduktion lag 2018 bei 167,7 Mio. t, Anteil Deutschland: 25,3 %, Daten nach [Wir19]

**GRAFIK 3**



Grafik 3: Die 10 größten Rohstahlproduzenten der Welt in 2018, Daten nach [Wir19]

riese Tata zu fusionieren. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen stimmten die Aufsichtsräte beider Unternehmen Mitte 2018 für einen Zusammenschluss. Im Frühjahr 2019 lehnte die EU-Kommission die Fusion ab. Durch den Zusammenschluss wäre Europas zweitgrößter Stahlkonzern mit rund 48.000 Beschäftigten und Werken in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden entstanden [Pro18]. (Grafik 3)

### 10. Verzweifelte Stahlkonzerne bieten CO<sub>2</sub>-neutralen Stahl an

Die Krise der europäischen Stahlindustrie ist inzwischen so tief, dass die kapitalistischen Stahlmanager plötzlich ihr Herz für den Klimaschutz entdeckt haben. Sie bieten an, die enormen Emissionen bei der Produktion von Stahl durch den Einsatz von DRI-Verfahren in Kombination mit dem Einsatz von Wasserstoff zu senken. Um glaubwürdig zu sein, existieren mittlerweile Pilotprojekte bei Arcelormittal, Thyssenkrupp, Salzgitter und Voestalpine. Der Stahlkonzern Arcelormittal, der in Hamburg als einziges Werk in Westeuropa eine Direktreduktionsanlage zur Reduktion von Eisenerz betreibt, fordert mehr Unterstützung durch die Politik für eine klimafreundliche Stahlproduktion<sup>18</sup>. Der Europachef von Arcelormittal, Aditya Mittal, klang bei der Vorlage seines ersten Klimaschutzberichts fast wie ein Umweltschützer [Reu20]: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für uns alle“. Es sei verständlich, dass sich derzeit die Aufmerksamkeit stark auf die Bewältigung der Coronakrise richte. „Nichtsdestotrotz bleibt der Klimawandel eine riesige langfristige Herausforderung, die in den kommenden Jahrzehnten hohe Aufmerksamkeit und Fortschritte erfordern wird.“ Arcelormittal Europe wolle mit zwei verschiedenen Methoden seinen Kohlendioxid-Ausstoß bis 2030 um 30 Prozent senken und bis 2050 eine klimaneutrale Produktion erreichen [Reu20]. Die Gesamtkosten für die Umsetzung beider Varianten bezifferte das Unternehmen auf 45 bis 65 Mrd. Euro. Ähnlich argumentiert der Salzgitter-Konzern.

Laut einer Studie des Think-Tanks Agora Energiewende [Ago19] würden die Kosten pro Tonne Rohstahl mit einem CO<sub>2</sub>-neutralen Verfahren von heute durchschnittlich 391 Euro auf 532 Euro bis 630 Euro ansteigen<sup>19</sup>. Der Salzgitter-Konzern präsentiert bereits eine erste Rechnung. Man sei bereit, für eine Einführung des Wasserstoffverfahrens in der Stahlindustrie eine Summe von 1,25 Mrd. Euro auszugeben.<sup>20</sup> Die Voraussetzung dafür sei aber, dass erhebliche staatliche Subventionen bereitgestellt

würden. Weiterhin solle die Politik die regulatorischen Rahmenbedingungen für die neue Wasserstofftechnologie bereitstellen.<sup>21</sup>

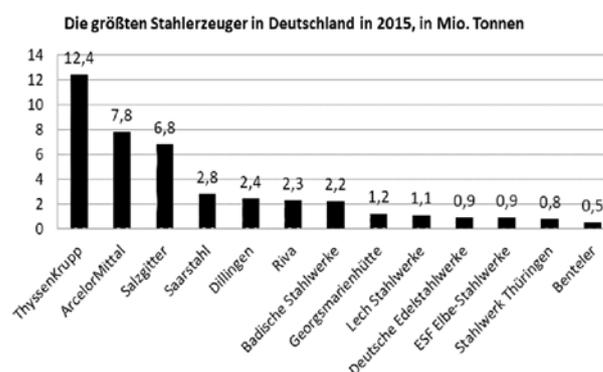
Die Vorstellungen der Stahlkonzerne laufen auf zwei Dinge hinaus: Erstens wollen sie massive staatliche Subventionen für den Umbau hin zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Produktion. Zweitens dient der ökologische Umbau als Argument dafür, dass die EU die europäischen Konzerne zukünftig mit protektionistischen Maßnahmen gegen die außereuropäische Konkurrenz schützen soll. In einem Brief an die EU-Kommission, unterzeichnet von 34 Stahl-Managern, heißt es dazu: „Europa braucht eine nachhaltige und widerstandsfähige Stahlindustrie, um die Ziele des Europäischen Green Deal zu erreichen“ [Die20]. (Grafik 4)

### 11. Positionsänderung der IG Metall: Für klimaneutralen Stahl

In der Stahlindustrie ist die Produktivität aufgrund moderner Anlagen und der Digitalisierung in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Das hat sich auf die Beschäftigtenzahl in diesem Sektor ausgewirkt: Sie ist in Deutschland seit 1980 von rund 288.000 auf 84.000 abgesunken [Wir19]. Die IG Metall hat in der Vergangenheit versucht, sich diesem Exodus entgegenzustemmen. Allerdings leider mit fragwürdigen Parolen, direkt übernommen von den Stahlbossen. So wurde in einem Blatt der IG Metall aus dem Jahr 2016 [IGM16] gegen CO<sub>2</sub>-Abgaben gewettert, die angeblich die Stahlbranche und damit die Arbeitsplätze gefährden würden<sup>22</sup>.

Diese Argumentation hat sich erfreulicherweise geändert. Die IG Metall hat in den letzten zwei Jahren erkannt, dass es ohne Klimaschutz in der Stahlindustrie nicht geht. In einem IGM-Flugblatt vom August 2019 über eine

#### GRAFIK 4



Grafik 4: Die größten Stahlunternehmen in Deutschland in 2015, Zahlen nach [VDI16]

Stahlarbeiterdemonstration in Berlin, bei der Kolleg\*innen von Eisenhüttenstadt und Hennigsdorf dabei waren, heißt es: „Die Beschäftigten der Stahlindustrie stehen zum Pariser Klimaschutzabkommen. Auch sie wollen ihren Beitrag leisten. Wie sie das tun können, wissen sie bereits. Durch neue Technologien kann das Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Stahlerzeugung bis 2050 technisch erreicht werden. Die Devise der Zukunft ist also: Direktreduktion mit Wasserstoff, statt kochen im Hochofen.“ [IGM19] Und in einem IGM-Flugblatt vom Juli 2020 heißt es: „Kein Widerspruch: Klimaschutz und wettbewerbsfähige Industrie“ [IGM20]. Diese Wende der IG Metall, auch wenn sie vermutlich mit einer politischen Richtungsänderung der Stahlunternehmen und nachfolgend der Konzernbetriebsräte zusammenhängt, schafft die Grundlage für gemeinsame Mobilisierungen der Beschäftigten mit der Klimabewegung für eine CO<sub>2</sub>-neutrale Stahlindustrie bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze.

## 12. Sollte man den Stahlbossen vertrauen?

Die Klimabewegung wäre allerdings gut beraten, wenn sie sich inhaltlich von den Stahlbossen abhebt. Dazu bedarf es einer klaren Analyse: Die Shareholder und Manager haben die Stahlindustrie in den letzten Jahren ins ökonomische Desaster gewirtschaftet. Jetzt wollen sie, dass die Gesellschaft ihre Unternehmen rettet. Mit Subventionen in Höhe von Dutzenden Milliarden Euro aus Steuermitteln. Dafür schieben sie den Klimaschutz vor, und betreiben überall kleine Testanlagen für „grünen Stahl“. Ein Thema, das die Stahlbosse die letzten 30 Jahre im Übrigen nicht interessiert hat. Den geforderten Milliarden-subventionen von der Gesellschaft zum Trotz wollen sie aber weiter über die Produktionsmengen, die zulässigen Emissionen und die Zahl der Arbeitsplätze bestimmen. Und obwohl die Stahlkonzerne heute eine unbändige Leidenschaft für den Klimaschutz vorgeben, haben sie bereits jetzt erklärt, dass sie die Umstellung auf klimaneutralen Stahl noch bis 2050 verschleppen wollen<sup>23</sup>. Da es immer offensichtlicher wird, dass sich die Klimaänderungen entsprechend den Worst-Case-Szenarien der Wissenschaft entwickeln, ist dies aber völlig inakzeptabel.

## 13. Vergesellschaftung der Stahlkonzerne

Halten wir noch einmal fest: Mit privaten Kapitaleignern wird es in der Stahlindustrie unvermeidlich zu Massenentlassungen kommen. Einen schnellen Umbau zu einer „grünen“ Stahlproduktion wird es dagegen nicht geben. Die Kosten für klimaneutralen Stahl sind im Vergleich zur heutigen Unternehmensrentabilität so hoch, dass eine

CO<sub>2</sub>-freie Stahlproduktion unter kapitalistischen Marktgesetzen nicht vorstellbar ist. Es sei denn, die Gesellschaft alimentiert die Stahlbosse mit riesigen Subventionen bis an den Rand der eigenen Lächerlichkeit. Auf der anderen Seite werden wir aber klimaneutralen Stahl brauchen: Für Eisenbahnen, Windräder und viele Alltagsprodukte. Die Diskussion um einen Staatseinstieg in die Stahlindustrie weist eigentlich in die richtige Richtung, aber sie ist viel zu zögerlich. Die Frage lautet: Will man den Stahlbossen, die offensichtlich unfähig sind, eine umweltfreundliche Stahlproduktion aufzubauen, und die bereits pleite sind, noch gute Steuergelder anvertrauen? Oder sollte die Gesellschaft die vorhandenen Finanzmittel nicht lieber unter eigener Kontrolle in ökologische Umbaumaßnahmen stecken? In dieser Debatte ist es hilfreich, einen Blick in die Beschlusslage der IG Metall zu werfen. Die Gewerkschaft formulierte in ihrem Stahlmanifest von 1985<sup>24</sup>: „Eine rein privatwirtschaftliche Lösung (der Stahlindustrie) kommt für die IG Metall auf Dauer nicht in Betracht. Der 14. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hat ausdrücklich die Vergesellschaftung der Stahlindustrie<sup>25</sup> bei entscheidenden Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik gefordert. Zu diesem Zweck sind die privaten Aktionäre nach Art. 15 GG zu enteignen. Ihr Kapital ist zusammen mit allen öffentlichen Beteiligungen in eine nationale Stahlholding einzubringen. Sie befindet sich ausschließlich im Eigentum der öffentlichen Hand.“ Weiter heißt es<sup>26</sup>: „Die IG Metall hält an dem Prinzip fest, dass alle öffentlichen Hilfen an Auflagen zu binden sind, und ihr Erfolg kontrolliert werden muss.“ Der radikalere Flügel der Klimabewegung sollte an dieser Forderung anknüpfen und die Vergesellschaftung der Stahlindustrie wieder zur Diskussion stellen. Dabei sollten auch Forderungen eingebracht werden, die insbesondere die Interessen der Ökologie berücksichtigen<sup>27</sup>.

Angesichts der Dramatik der Klimakrise gibt es einen weiteren Gesichtspunkt, warum die Stahlindustrie unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht werden sollte. Werfen wir dazu einen Blick auf die zwei Branchen, die mit Abstand den meisten Stahl verbrauchen, nämlich die Auto- und die Bauindustrie. Es ist erstens aus Ressourcen- und Klimaschutzgründen unvermeidbar, dass der heutige Autoindividualverkehr weitestgehend auf öffentliche Verkehrsmittel umgestellt werden muss. Zweitens muss auch der aus Profitgründen angeheizte Bauboom wegen des klimaschädlichen Zements, des energieintensiven Brennens von Baumaterialien und der immensen Zersiedelung der Landschaft gebremst bzw. auf einen verstärkten Holzbau

umgestellt werden. Wenn man bedenkt, dass allein die Bau- und Autoindustrie heute für über 60 % des Stahlverbrauchs in Deutschland stehen, so ist klar, dass nach einem ökologischen Umbau deutlich weniger Stahl benötigt wird. Zunächst wird das für eine Übergangszeit noch ausgeglichen durch einen hohen Stahlverbrauch beim Ausbau des ÖPNV, des Eisenbahnnetzes sowie der Wind- und Solar-energie. Der Stahlverbrauch wird aber wieder absinken, wenn diese großen ökologischen Infrastrukturprojekte umgesetzt worden sind. Wir wollen aber, dass alle Arbeitsplätze im Stahlsektor dauerhaft sicher sind. Ein Blick auf das Stahlmanifest der IG Metall von 1985 ist auch hierfür hilfreich. Dort heißt es: „Für Strukturmaßnahmen auf Unternehmensebene (...) hält die IG Metall die folgenden Voraussetzungen für unabdingbar: Unvermeidliche Kapazitätsanpassungen sind zeitlich so zu strecken<sup>28</sup>, dass arbeitgeberseitige Kündigungen ausgeschlossen sind. Bei Fortfall von Arbeitsplätzen müssen in größtmöglichem Umfang Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Das heißt, dass in die Unternehmen auch zukunftssträchtige Verarbeitungen eingebracht wird.“<sup>29</sup> Man kann festhalten: Unvermeidbare Produktionsänderungen werden keine Arbeitsplätze kosten – aber nur wenn die Stahlindustrie vergesellschaftet ist.

#### Quellen:

- [AGE17]** Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Endenergieverbrauch 2016 nach Sektoren und Energieträgern, Stand 09/2017
- [Ago19]** Agora Energiewende: Klimaneutrale Industrie, Berlin 2019
- [Akt20]** ThyssenKrupp: Gibt es eine bessere Alternative? Der Aktionär, 20.10.2020
- [Bac20]** Sahra Bachhaus: Neue Struktur für Thyssen-Elevator-Deal, Finance, 05.05.2020
- [Bau20]** Michael Bauchmüller: Wasserstoff Grüner Knüller, Süddeutsche Zeitung 12.06.2020
- [Bet19]** Wir stellen Weltrekorde auf, Interview mit Andreas Bett, Leiter des Fraunhofer Instituts ISE, Süddeutsche Zeitung, 17.12.2019
- [Bos06]** Ulf Bossel: Wasserstoff löst keine Energieprobleme, Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis, 1 (15) April 2006, S. 27ff.
- [Bro18]** Bärbel Brockmann: Saubere Stahlerzeugung, Frankfurter Allgemeine FAZ, 2018
- [Bün17]** Ulrich Bünger: Sektorenkopplung Die Rolle von Wasserstoff als Begleiter des Stromsystems, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, Ottobrunn 2017
- [Bus20]** Caspar Busse; Benedikt Müller-Arnold: Stahl im Ein-Euro-Laden, Süddeutsche Zeitung, 17./18.10.2020
- [Des09]** Größtes Solarprojekt der Welt nimmt Gestalt an, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.07.2009
- [Die20]** Carsten Dierig: Gegen Chinas Stahl-Schwemme soll Europa die „Safeguard“-Strategie retten, Welt, 10.06.2020
- [Die20-1]** Carsten Dierig: Thyssenkrupp hat jetzt 17 Milliarden – und kaum Ahnung, wie es weitergeht, Welt Online, 28.02.2020
- [FFE14]** Forschungsstelle für Energiewirtschaft FFE e.V.: Kurzugutachten zum Kostenvergleich Stromtransport, Hybridnetz (Power-to-Gas) vs. HGÜ-Leitung, 2014
- [FFE18]** CO<sub>2</sub>-Verminderung in der Metallerzeugung, Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft mbH FFE, 22.01.2018
- [Ger11]** Andreas Gerspacher, Marlene Arens, Dr. Wolfgang Eichhammer: Zukunftsmarkt Energieeffiziente Stahlerstellung, Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe Dezember 2011
- [Han20]** Coronahilfen, Aida, MV Werften und Georgsmarienhütte wollen angeblich Staatshilfen, Handelsblatt 13.08.2020
- [Höl17]** Marc Hölling, Matthias Weng, Sebastian Gellert: Bewertung der Herstellung von Eisenschwamm unter Verwendung von Wasserstoff, Stahl und Eisen (Ausgabe 6/2017)
- [IGM16]** Daten und Fakten, So geht es der deutschen Stahlindustrie, IG Metall 16.03.2016
- [IGM19]** IG Metall-Demo für CO<sub>2</sub>-neutralen Stahl. igm Aktuelles, Stahl, 29.08.2019
- [IGM20]** Demo für klimafreundlichen Stahl in Berlin, Flugblatt der IG Metall, 2020 © IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen – Alte Jakobstr. 149 – 10969 Berlin
- [IGM85]** Stahlpolitisches Programm der IG Metall, Beschlossen in der Sitzung des Vorstandes der IG Metall am 16. April 1985, Frankfurt/M.
- [Ind18]** Studie IndWEDe: Industrialisierung der Wasserelektrolyse in Deutschland: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Autoren: Tom Smolinka, Nikolai Wiebe, Philip Sterchele, Andreas Palzer, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE / Freiburg – Berlin, 2018
- [Ini18]** Logistik-Engpässe bekämpfen – zulässiges LKW-Gesamtgewicht angleichen, Positionspapier, Initiative Verkehrsentlastung – 44 Tonnen für eine zukunftsweisende Logistik, 07.09.2018
- [ISE20]** Fraunhofer ISE: Nettostromerzeugung in Deutschland in 2019, Nettostromerzeugung von Kraftwerken zur öffentlichen Stromversorgung. letztes Update: 10 Jan 2020
- [Mid20]** Midrex-Verfahren, Wikipedia, de.wikipedia.org/wiki/Midrex-Verfahren, abgerufen in 9/2020
- [Mül20-2]** Müller-Arnold, Benedikt: Es tut weh, das anzusehen, Süddeutsche Zeitung, 20.11.2020
- [Öko15]** Öko-Institut; Fraunhofer ISI: Klimaschutzszenario 2050 Berlin, 26.11.2015
- [Pro18]** Das sind die größten Stahlproduzenten in Deutschland, Produktion, 18.07.2018
- [Reu20]** Reuters: ArcelorMittal treibt Pläne für klimaschonende Stahlerzeugung voran 25.06.20
- [Sha20]** Sharecast News: Liberty Steel set to cut over 350 jobs in Yorkshire and Wales, 09.01.2020

**[Sta20]** Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2019, A. Breitkopf, 21.01.2020, Statista 2020

**[UBA17]** Klimaschutz und regenerativ erzeugte chemische Energieträger – Infrastruktur und Systemanpassung zur Versorgung mit regenerativen chemischen Energieträgern aus in- und ausländischen regenerativen Energien, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, 2017

**[Ulr19]** Klaus Ulrich: Der lange Weg zum grünen Stahl, Deutsche Welle, 26.07.2019

**[VDI16]** Gudrun Schmidt: Die größten Stahlerzeuger in Deutschland 2015, VDI Nachrichten 21/2016

**[Wan16]** Hewu Wang et al.: Efficiency analysis of novel Liquid Organic Hydrogen Carrier technology and comparison with high pressure storage pathway, International Journal of Hydrogen Energy, Vol. 41, Issue 40, October 2016

**[Was19]** Wasserstoff soll die Energiewende retten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 18, Nr. 231, 05.10.2019

**[Wel20]** Corona-Krise setzt Stahlindustrie weiter zu, Welt, 20.07.2020

**[Wik20]** Wasserstoffspeicherung, Wikipedia, de.wikipedia.org/wiki/Wasserstoffspeicherung#Flüssigwasserstoffspeicherung

**[Wirxx]** Perspektiven der Stahlproduktion in einer treibhausgasneutralen Wirtschaft, Wirtschaftsvereinigung Stahl

**[Wir19]** Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland, Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf August 2019

**1** Zur Einordnung dieser Menge: 2019 lag die Weltstahlproduktion bei 1,9 Mrd. Tonnen.

**2** Die Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft (FFE) gibt für die Hochofenroute durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Emissionen von ca. 1.700 kg pro Tonne Rohstahl im Jahr 2014 an, dazu kommen noch ca. 300 kg CO<sub>2</sub>/t Rohstahl für das Sintern und die Kokerei [FFE18]. Für das Elektrostaahlverfahren (EAF) werden für 2014 durchschnittliche energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen von ca. 360 kg pro Tonne Elektrostaahl angegeben [FFE18]. Diese Zahlen bezogen auf die Produktionsmenge von 2018 ergeben für die Hochofen-Konverter-Route 59,4 Mill. Tonnen CO<sub>2</sub> und für die Elektroofenroute 3,8 Mill. Tonnen CO<sub>2</sub>. Zusammen also CO<sub>2</sub>-Emissionen von 63,2 Mio. Tonnen in 2018. Die Rechnung liegt in der Größenordnung der Angaben von Agora Energiewende, die für 2017 57 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> angibt, die von der deutschen Stahlindustrie verursacht wurden [Ago19].

**3** Der spezifische Energieverbrauch bezogen auf eine Tonne Rohstahl betrug laut der Wirtschaftsvereinigung Stahl im Jahr 2016 17,9 GJ (Gigajoule), allerdings ohne Berücksichtigung des Energieaufwands der Kokereien. Annähernd dieselben Zahlen liefert die Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft (FFE) [FFE18]. Sie gibt für die Hochofenroute einen durchschnittlichen Energieverbrauch von ca. 17,8 GJ pro Tonne Rohstahl an. Die Deckung des Energiebedarfs erfolgte dabei zu ca. 97 % über fossile Brennstoffe und zu ca. 3 % über Strom. Für die Herstellung von Elektrostaahl gibt die FFE einen durchschnittlichen Energieverbrauch von ca. 2,6 GJ pro Tonne für 2014 an [FFE18]. Legt man die Zahlen des FFE zugrunde, so verbrauchte die deutsche Stahlindustrie in 2018 eine Energiemenge von 146,85 TWh für den über die Hoch-

ofenroute hergestellten Stahl und 9,17 TWh für den gesamten hergestellten Elektrostaahl. Die gesamte Energiemenge für die Stahlproduktion lag damit 2018 bei rund 156 TWh. Das sind 6 % des gesamten deutschen Energieverbrauchs allein für die Stahlherstellung. Dazu müsste dann noch der Energieverbrauch für die Kokereien addiert werden.

**4** Das zulässige Gesamtgewicht von schweren Lastwagen beträgt heute 40 Tonnen. Die erlaubte Zuladung liegt bei 26 Tonnen [Ini18]. Bei einer zu transportierenden Eisen- und Stahlmenge von rund 27 Millionen Tonnen pro Jahr sind das 1,04 Millionen 40-Tonnen-LKW, die jedes Jahr deutsche Straßen und Autobahnen belasten.

**5** Chemische Gesamtreaktion bei der Oxygenstaahlherstellung:  $\text{Fe}_2\text{O}_3 + 2 \text{C} \rightarrow \text{CO}_2 + \text{CO} + 2 \text{Fe}$

**6** Gesamtreaktion bei der Direktreduktion mit Wasserstoff:  $\text{Fe}_2\text{O}_3 + 3 \text{H}_2 \rightarrow 2 \text{Fe} + 3 \text{H}_2\text{O}$  Der Wasserdampf kann nach dem Hochofenprozess mittels eines Kondensators einfach aus dem Prozess entfernt werden [Höl17].

**7** Der Metallisierungsgrad von H2BI beträgt 95 % [Höl17].

**8** Chemische Reaktion bei der Dampfreformierung:  $\text{CH}_4 + \text{H}_2\text{O} \rightarrow \text{CO} + 3 \text{H}_2$ . Dazu kommt die Wassergas-Shift-Reaktion:  $\text{CO} + \text{H}_2\text{O} \rightarrow \text{CO}_2 + \text{H}_2$

**9** Es sind heute drei verschiedene Elektrolyse-Verfahren zu unterscheiden: Die Alkali-Elektrolyse, das PEM-Verfahren und die Hochtemperaturelektrolyse (HTE). Die Alkali-Elektrolyse und das PEM-Verfahren sind heute Stand der Technik. Ihr Wirkungsgrad liegt bei rund 70 Prozent. Im Unterschied dazu wird beim HTE-Verfahren nicht flüssiges Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten, sondern heißer Wasserdampf. Dabei steigt der Wirkungsgrad bezogen auf den eingesetzten Strom auf bis zu 85 %. Zudem braucht die Hochtemperaturelektrolyse anders als beim PEM-Verfahren und dem Alkali-Verfahren keine Platinkatalysatoren. Damit werden wertvolle Ressourcen gespart. Der für das HTE-Verfahren erforderliche Wasserdampf könnte mit der Hochofenabwärme hergestellt werden.

**10** Die FAZ zitiert Hans Bodo Lünen, der das Ressort Technik im Stahlinstitut VDEh leitet. Er gibt an, dass die Direktreduktion etwa acht Mal so viel Strom wie bei der Stahlerzeugung auf Schrottbasis und etwa 25 Mal so viel wie über die Hochofen-Konverter-Route erfordert [Bro18]. Hölling, Professor für Chemische Verfahrenstechnik an der HAW, gibt einen Wasserstoffbedarf von 635 Nm<sup>3</sup> (Normkubikmeter) pro Tonne H2BI an. Bei einem Wirkungsgrad des Elektrolyseurs von 75 % ergibt sich ein Strombedarf von 3,0 MWh/tH2BI für die Wasserstoffherzeugung. Weitere Energien müssen für die Gasvorwärmung sowie Pumpen, Lüfter etc. aufgewendet werden. Im Ergebnis ergibt sich ein Energiebedarf von rund 3,31 MWh pro Tonne H2BI an. H2BI steht hier für einen Eisenschwamm ohne Kohlenstoff, dem Produkt der modifizierten Direktreduktion mit Wasserstoff [Höl17].

**11** Eine ähnliche Größenordnung für die erforderliche Wasserstoffmenge gibt Volker Hille, der Leiter der Corporate Technology bei der Salzgitter AG, an. Er schätzt die elektrische Energiemenge zur Erzeugung des grünen Wasserstoffs für die Dekarbonisierung der europäischen Stahlindustrie auf 400 TWh pro Jahr [Ulr19]. Beim gegenwärtigen Produktionsvolumen der primären Stahlerzeugung in Deutschland von 29,5 Mill. Tonnen und in der EU von 98,1 Mill. Tonnen Rohstahl pro Jahr ergibt die Rechnung 120 TWh.

**12** In der Schlussfolgerung bedeutet das aber auch, dass ganz generell der Strom- und Energieverbrauch der Stahlindustrie auf Dauer zurückgeführt werden muss. Das geht nur durch eine geringere Produktionsmenge, z.B. durch eine Abkehr vom Individualverkehr und mehr Bauen mit Holz.

**13** Es sind vor allem zwei gescheiterte Projekte, die Thyssenkrupp in die Krise getrieben haben. So baute der Konzern von 2006 bis 2010 bei Rio de Janeiro in Brasilien ein neues Stahlwerk auf. Nach Presseberichten wurden dabei 8 Mrd. Euro verausgabt. Am Ende stellte sich heraus, dass eine Bramme Stahl aus dem brasilianischen Werk um 170 US-Dollar teurer war als eine aus deutscher Produktion. 2017 wurde das Werk an einen argentinischen Stahlkonzern für nur 1,5 Mrd. Euro verramscht. Ein ähnliches Desaster passierte in den USA, wo Thyssenkrupp 2010 ein neues Stahlwerk im Bundesstaat Alabama in Betrieb nahm. Die Kosten lagen bei 5 Mrd. US-Dollar. Bereits 2012 musste der Edelstahlbereich des Unternehmens verkauft werden. 2014 wurde der Rest für 1,5 Mrd. US-Dollar an die Konkurrenten ArcelorMittal und Nippon Steel abgegeben. Sowohl in den USA als auch in Brasilien entstanden Milliarden-Verluste.

**14** Verkauft wurde Thyssenkrupp Elevator (50.000 Beschäftigte) an die Finanzinvestoren Cinven und Advent, die danach Teile des Unternehmens an weitere Eigentümer transferierten. Cinven und Advent beteiligten sich am Unternehmen mit zusammen ca. 5 Mrd. Euro sowie Thyssenkrupp und die RAG-Stiftung mit jeweils rund 1,25 Mrd. Euro [Bac20]. Mit den eingenommenen Elevator-Erlösen wurde von Thyssenkrupp angeblich ein Schuldenberg von 7 Mrd. Euro und Pensionsverpflichtungen von 9 Mrd. Euro abgesichert [Die20-1].

**15** Liberty Steel besteht aus einem weltweiten bunten Konglomerat rund um den Vertrieb, die Produktion und das Recycling verschiedenster Metalle. Gegründet wurde das Unternehmen 1992 von Sanjeev Gupta, einem in Großbritannien ansässigen Industriellen. Anfang des Jahres 2020 verkündete Liberty Steel die Entlassung von 350 Stahlarbeitern im britischen Yorkshire und in Wales. Dazu gab es die folgende Erklärung: „Unglücklicherweise steht die britische Stahlindustrie vor großen Herausforderungen und wir müssen die schwierige Entscheidung treffen, die Zahl der Arbeitskräfte in einer Anzahl von Werken zu reduzieren, um sie so auf Dauer nachhaltiger zu machen.“ [Sha20] So oder so ähnlich dürfte die Wortwahl auch in Duisburg lauten, wenn es zu einer Übernahme von Thyssenkrupp durch Liberty Steel kommen sollte.

**16** Die Argumentation von Laschet ist gerade angesichts der ruinösen Industriepolitik von Thyssenkrupp in Brasilien und den USA besonders unglaubwürdig.

**17** Bereits Anfang April verkündete der Konzern, dass in der Stahlsparte in der Produktion und Verwaltung Kurzarbeit geplant werde.

**18** Arcelormittal besitzt in Deutschland Produktionsstätten in Hamburg, Bremen, Duisburg und Eisenhüttenstadt.

**19** Der Stahlpreis für Warmband lag Anfang 2020 in Deutschland, den Niederlanden und Belgien bei 484-485 Euro je Tonne. Eine andere Rechnung präsentiert Hölling. Er beziffert die heutigen Energiekosten für die Reduktion von Eisenerz auf 57,90 €/t. Bei einer Direktreduktion mit Wasserstoff würden die Kosten bei 273 €/t liegen. Eine derartige Kostensteigerung wäre aus seiner Sicht angesichts der Überproduktionen auf

dem Stahlweltmarkt nicht wirtschaftlich. Die Differenz sei zu groß, so dass auch CO<sub>2</sub>-Vermeidungszertifikate nicht helfen würden. Dazu müssten noch die Anlagenkosten betrachtet werden. Allein die Anlagen für die Wasserstoffherzeugung für H2BI mit einer Kapazität von rund 1 Mio. Tonnen pro Jahr schätzt Hölling auf 225 Mio. €. Eine gesamte konventionelle Reduktionsanlage in derselben Größenordnung würde dagegen nur 200 Mill. € kosten [Höll17]. Höllings Schlussfolgerung: „Es bleibt somit eine politische Entscheidung, ob entsprechende Förderungen für eine klimaneutrale Stahlerzeugung geschaffen werden. Ansonsten droht das Verfehlen der Klimaschutzziele.“

**20** In der ersten Stufe sollen für die Direktreduktion 55 % Wasserstoff und 45 % Erdgas verwendet werden.

**21** Eine eher unkritische Forderung: So gibt es bisher keine behördliche Grundlage für die Genehmigung von großindustriell betriebenen Wasserstoff-Elektrolyseuren. Genehmigungsprozesse für kleine Elektrolyseure zu Forschungszwecken sind bereits aufwendig [Aus20].

**22** In einer Flugschrift der IG Metall aus dem Jahr 2016 wird noch wie folgt argumentiert [IGM16]: Erstens: „China überschwemmt den europäischen Markt mit (hochsubventioniertem) billigem Stahl.“ Zweitens: „Die EU (will) den Emissionsrechtehandel verschärfen und der Branche Milliarden-Lasten aufbürden.“ Dabei würde die deutsche Stahlindustrie „bereits so effizient und klimaschonend wie keine andere“ produzieren. Drittens: Der Staat wolle die Unternehmen bei ihrer Eigenstrom-Produktion steuerlich belasten.

**23** Nimmt man die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad als Zielmarke, landet man bei der Notwendigkeit, bereits im Jahr 2035 CO<sub>2</sub>-neutral produzieren zu müssen. Klimaneutralität im Jahr 2050, wie beispielsweise vom Stahlkonzern ThyssenKrupp angestrebt, orientiert sich am Zwei-Grad-Ziel und nicht am Pariser Klimaabkommen.

**24** Punkt 6, S. 17, [IGM85]

**25** Der 14. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall forderte 1983 die Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

**26** Punkt 7, S. 19, [IGM85]

**27** Eine Vergesellschaftung beinhaltet ein weitergehendes Konzept als eine einfache Verstaatlichung, bei der vom Staat eingesetzte Manager nach Gutdünken handeln können. Ein negatives Beispiel ist dafür die Bundesbahn. Die klassische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten ist ebenfalls kein Vorbild. Man könnte sich auch ein basisnäheres Kontrollgremium vorstellen, das sich zu jeweils einem Drittel aus Vertreter\*innen des Staates, großer ökologischer Verbände und von Gewerkschafter\*innen zusammensetzt.

**28** Man kann das heute so formulieren, dass die vorhandene Arbeit auf alle Hände umverteilt werden muss. Das bedeutet eine Arbeitszeitverkürzung. Dabei muss es aber zu einem Lohnausgleich kommen. Und zwar derart, dass für die Beschäftigten eine unbegrenzte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (gute Wohnverhältnisse, Teilnahme am kulturellen Leben, Bildung, Mobilität, Urlaub, medizinische Versorgung etc.) ohne jede Not möglich ist.

**29** S. 17, [IGM85]

# KRISE DER AUTO-INDUSTRIE UND ÖKOLOGISCHER UMBAU

Die Autoindustrie ist in tiefer Strukturkrise. In dem folgenden Beitrag legt der Autor dar, wie in der Autoindustrie Arbeitsplätze zu sichern sind und gleichzeitig eine ökologische Verkehrswende eingeleitet werden kann. **Klaus Meier**

Die Krise der Autoindustrie ist nicht mehr zu übersehen (Grafik 1). Insbesondere die großen und kleinen Zulieferer führen überall Massentlassungen durch oder legen ganze Betriebe still. Politiker\*innen und Unternehmer\*innen reden gerne von der Corona-Krise.

## 1. Tiefe Autokrise mit Massentlassungen

Aber mit Corona hat die Autokrise nur um Rande zu tun. In Wahrheit präsentiert sich vor unseren Augen ein besonders bösartiger Krisencocktail. Hervorgerufen durch einen krisenhaften kapitalistischen Konjunkturzyklus, durch anstehende massive Produktionsverlagerungen, durch das Scheitern der Dieselstrategie der Autohersteller und durch

das bereits in Sichtweite befindliche Ende des Verbrennungsmotors. Auch die sich anbahnende ökologische Katastrophe wirft bereits dunkle Schatten auf die Autoproduktion. Es ist wichtig, die einzelnen Faktoren genau zu analysieren, um das Ausmaß der Krise und die längerfristigen Wirkungen zu erfassen. Dieses Szenario entscheidet über das weitere politische Vorgehen beim unvermeidbaren ökologischen Umbau der Autoindustrie. (Grafik 1)

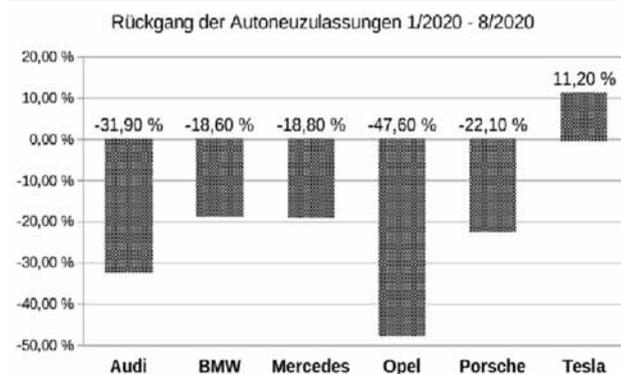
## 2. Der kapitalistische Konjunkturzyklus

Ein Blick auf die Produktionszahlen der inländischen Autoindustrie zeigt, dass bereits 2019 ein deutlicher Einbruch stattfand. Nur noch 4,66 Mill. Autos wurden in Deutschland gefertigt. Noch vor wenigen Jahren lag diese Zahl bei knapp 6 Millionen. Ausgerechnet die Exporte gingen mit minus 13% gegenüber 2018 am stärksten zurück (Grafik 2). Der Absatz im Inland sank mit 9% ebenfalls erheblich. Dass die Lage nicht noch dramatischer war, lag vor allem an den schweren Geländewagen (SUV), die 2019 massiv verkauft wurden. Damit verbesserten die Konzerne die Bilanz ihrer Profite – zu Lasten von Klima und Umwelt. (Grafik 2)

Können die Autokonzerne die Konjunkturkrise schnell überwinden? Ein Blick auf die Krise von 2008/09 könnte einen Hinweis liefern. Damals dauerte es 7 Jahren, bis die deutsche Autoindustrie nach dem Wirtschaftseinbruch wieder die Produktionszahlen von 2007 erreichte.

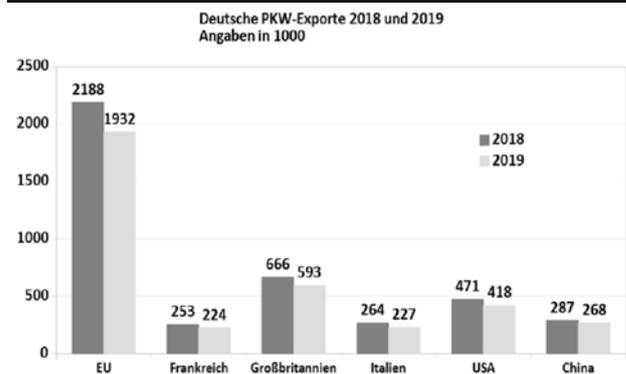
In der Krise von 2020 ist der wirtschaftliche Einbruch in Deutschland und den Hauptexportländern noch viel tiefer als 2008/09. Dies gilt allgemein für die Wirtschaft, aber besonders für die Autoindustrie. Das deutet darauf hin, dass eine vollständige Erholung dieser Branche erst 2030

### GRAFIK 1



Grafik 1: Einbruch bei den deutschen Autoneuzulassungen im Vergleich zum Vorjahr, Januar-August 2020

### GRAFIK 2

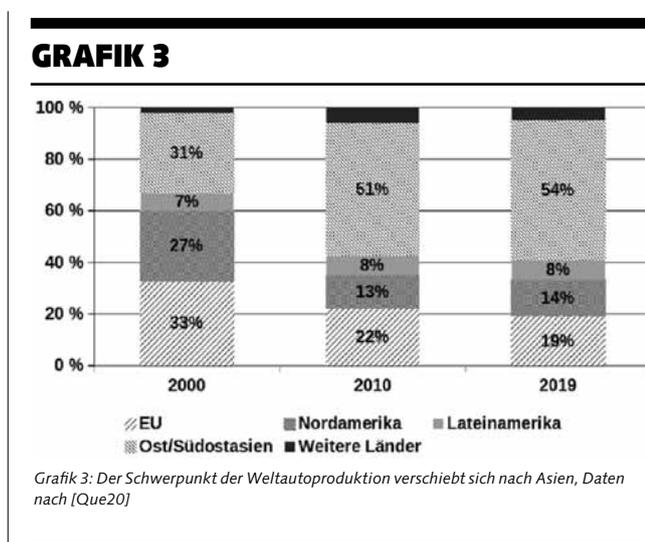


Grafik 2: Rückgang der deutschen Autoexporte in die wichtigsten Abnehmerländer in 2019 gegenüber 2018, Zahlen nach [VDA20]

eintreten könnte – wenn überhaupt. Denn es gibt strukturelle Gründe, die ein zukünftiges Produktionswachstum erschweren werden. So der Austritt von Britannien aus der EU oder der Handelskrieg mit den USA.

### 3. Der Schwerpunkt der Weltautoproduktion verschiebt sich nach Asien

Ein Problem der deutschen Autokonzerne ist, dass ihr europäisches „Hinterland“ schwächelt: So ist der europäische Automarkt in den letzten 15 Jahren vom Umfang her nach China und den USA an die dritte Stelle gerückt (Grafik 3). Der Bedeutungsverlust wird besonders klar, wenn man die Wachstumsraten seit 2010 betrachtet. In China gab es von 2010 bis 2015 eine kontinuierliche Zunahme der Autoneuzulassungen um 39 Prozent. Allein 2015 wurden dort 24,6 Millionen Fahrzeuge verkauft [Sta20]. In den USA hat es im selben Zeitraum sogar einen Anstieg um 48 Prozent gegeben. Europa fällt dagegen mit einem Nullwachstum im Zeitraum von 2010 bis 2014 deutlich dahinter zurück. Das führt dazu, dass die deutschen Autokonzerne zunehmend auf den internationalen Märkten präsent sind. So fertigen sie seit 2009 mehr Fahrzeuge in ausländischen Produktionsstätten als in Deutschland. Ein Beispiel dafür ist VW. Der Konzern fertigte 2015 zusammen mit Audi allein 3,42 Millionen Pkw in China [VDA16]. Aber diese Möglichkeiten gibt es für den Wolfsburger Konzern nur, weil er mit chinesischen Herstellern Joint Ventures eingegangen ist. Und VW ist dadurch einem enormen politischen Druck der chinesischen Regierung ausgesetzt. Die will auf Dauer keine Importwaren mehr, selbst wenn sie im Land zusammengeschaubt werden. Die gesamte Wertschöpfung soll im Land stattfinden. (Grafik 3)



Die hohe Exportquote der deutschen Autoindustrie wird in einer Welt zunehmender kapitalistischer Konkurrenz und zunehmender Handelsauseinandersetzungen auf Dauer nicht aufrechterhalten werden können. So kündigte der VW-Konzern Anfang 2018 an, dass er zukünftig die Märkte in Südostasien von seinen Standorten in China beliefern will [Süd18]. Um mögliche Befürchtungen zu zerstreuen, behauptete das Unternehmen, dass dadurch natürlich keine Standorte in Europa geschwächt würden. Die Wirklichkeit dürfte aber anders aussehen. In einem wirtschaftlichen Abschwung mit einer Schrumpfung des Automarktes, wie wir es gerade erleben, ist es aus der Sicht der Konzerne aus Kostengründen nur logisch, wenn Stilllegungen von Produktionskapazitäten vor allem an marktfernen Standorten vorgenommen werden. Und dann sind davon die in Deutschland Beschäftigten bei VW, Mercedes und BMW unmittelbar betroffen. Es gibt einen weiteren Grund für die Verlagerung von Auto-Produktionsstandorten, nämlich die Lust auf Billiglöhne. Eine Entwicklung, die die IG Metall mit Sorge beobachtet. In einem Interview mit der Zeitschrift *Cicero* sagte der baden-württembergische Bezirksleiter Zitzelsberger: „Wir stellen fest, dass ein erheblicher Teil der Zulieferer plant, neue Komponenten für Elektromobilität tendenziell eher in Low-Cost-Countries zu verlagern oder, um den neuen Sprech zu bemühen: in Best-Cost-Countries.“ Gemeint sind vor allem die osteuropäischen Länder. Zitzelsberger erwähnt namentlich die Zulieferer Continental und Mahle<sup>1</sup>, aber auch ZF und Bosch [Zit19].

### 4. Arbeitsplatzverluste bei der Fertigung von E-Autos

Die deutschen Autohersteller haben bis etwa 2017 einen Einstieg in die Produktion von Elektroautos abgelehnt. Der deutsche E-Auto-Markt dümpelte bis dahin bei nur wenigen neu zugelassenen E-Fahrzeugen. Das Haupthindernis für eine schnelle Ausbreitung dieser Technologie waren bisher drei Faktoren: Zu hohe Anschaffungskosten, eine zu geringe Reichweite und zu wenig Ladestationen. Doch seit einigen Jahren gibt es bei E-Autos eine rasante technologische Entwicklung. Batterien werden immer besser und kostengünstiger. Noch im Jahr 2010 kosteten elektrische Autobatterien 1000 Euro pro kWh. Anfang 2017 war der Preis bereits auf rund 230 Dollar gesunken. Momentan fallen die Akkupreise um etwa 30 % pro Jahr. Die Reichweite elektrischer Batteriesysteme hat sich zudem deutlich erweitert. Ein Tesla Model S muss erst nach 500 Kilometer wieder an die Steckdose. Beim Nissan Leaf

sind es bisher nur 200 Kilometer. Aber auch dort sollen es bald 500 Kilometer sein. Bisher ist die Infrastruktur der Ladestationen in Deutschland ungenügend. Sie ist beispielsweise deutlich schlechter als in den Niederlanden. Das liegt vornehmlich daran, dass die deutsche Autoindustrie E-Autos in der Vergangenheit noch sabotiert hat. Doch der Druck auf VW, Mercedes und BMW ist zwischenzeitlich so gestiegen<sup>2</sup>, dass sie die Flucht nach vorn angetreten haben und heute massiv in die E-Auto-Technologie einsteigen.

Ein wachsender Anteil von E-Autos in der heimischen Produktion von Daimler, VW und BMW wird Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze haben, denn Elektro-Autos sind wesentlich einfacher herzustellen als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. So wird ein Verbrennungsmotor mit Getriebe aus über 1000 Teilen zusammengesetzt und jedes einzelne davon wird hochpräzise gefertigt und einzeln montiert. Ein moderner E-Automotor besteht dagegen nur noch aus 200 Teilen. Insbesondere fallen bei Elektroautos zentrale Komponenten weg: Es gibt kein Getriebe, keinen Abgasstrang, keine Ventile, keine Kurbelwelle, keinen Tank und keine Lichtmaschinen mehr. Damit entfällt auch ein wesentlicher Teil der Fertigung. Eine komplette Umstellung auf Elektrofahrzeuge hätte wesentliche Auswirkungen auf die Produktionsstruktur der Hersteller und die Zulieferer in der deutschen Autobranche<sup>3</sup>.

In einer Studie des ifo-Instituts von 2017 wurde berechnet, dass bei einer vollständigen Umstellung auf E-Mobilität 57 % der Jobs in der deutschen PKW- und Nutzfahrzeugfertigung entfallen würden. In Zahlen sind das 457.000 Arbeitsplätze [Studie ifo Institut 2017]. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht in einer sehr detaillierten Betrachtung davon aus, dass bis 2035 114.000 Jobs durch die E-Mobilität gefährdet sind [IAB18]. Die Autoren berechnen in ihrer Betrachtung auch positive Arbeitsplatzeffekte durch Elektroautos. Trotzdem bleiben die Job-Verluste. Es könnten allerdings deutlich mehr sein, denn das IAB geht davon aus, dass bis 2035 der Marktanteil von E-Autos gerade einmal bei 23 % liegen wird. Angesichts des technologischen Fortschritts und der sich dramatisch entwickelnden Klimakrise dürfte dies eine Unterschätzung der Lage sein.

### **5. Deutsche Autokonzern ohne eigene Batterieherstellung**

Der Trend in Richtung Elektromobilität stellt für BMW, VW und Mercedes mittlerweile ein erhebliches Problem dar. Voller Großmannssucht und Überheblichkeit haben

deutsche Automanager noch vor wenigen Jahren über Elektrofahrzeuge gespottet und weiter ungerührt ihre schmutzigen Diesel inklusive Betrugssoftware verkauft. Im Ergebnis sind die deutschen Autokonzern heute auf dem Gebiet der Batterietechnologie weit abgeschlagen. Dabei muss man unterscheiden, wovon die Rede ist: Es geht einerseits um die Herstellung der Zellen, in denen die Energie gespeichert ist. Diese Technologie ist heute fest in asiatischen Händen. Und andererseits um die etwas banalere Zusammenstellung der Zellen samt einer passenden Steuerelektronik zum Laden und Entladen. Hier können die europäischen Autokonzern noch mithalten. So betreibt Daimler im sächsischen Kamenz eine Batterieproduktion. Wohlgermerkt: Nicht die hochwertigen Zellen werden dort produziert, sondern die bei ostasiatischen Unternehmen gekauften Zellen werden in ein Gehäuse gepackt.

Das Problem: Während die deutschen Autokonzern heute noch ihre Motoren und Getriebe selbst bauen können, werden sie in Zukunft die Batteriezellen bei asiatischen Konzernen einkaufen müssen. Es sind dies Unternehmen wie Panasonic aus Japan, Samsung und LG aus Südkorea. Und auch große chinesische Konzerne wie CATL und BYD, die hierzulande kaum einer kennt. Diese Unternehmen kontrollieren damit eine Kerntechnologie und einen wesentlichen Anteil an der Wertschöpfung der zukünftigen Elektroautoproduktion. Selbst wenn es den deutschen Herstellern gelingen sollte, zukünftig auf dem Elektroautomarkt erfolgreich zu sein, müssten sie kontinuierlich einen Teil des Gewinns an ihre asiatischen Konkurrenten abführen.

Der EU-Kommissar Maros Sefkovic ist darüber besorgt. Er erklärte bereits im Oktober 2017: „Wir sind an einem kritischen Punkt. Batterien sind das Herzstück der industriellen Revolution. Die fehlende europäische Zellproduktion gefährdet unsere Industrie.“ [Pla17] Und der deutsche Staatssekretär Matthias Machnig sagte voller Sorge: „Die Batterie ist der Motor von morgen. Sie steht für zentrale Fragen wie Reichweite, Gewicht und Kosten.“ Und weiter: „Wir können nicht davon ausgehen, dass Anbieter aus Japan, Südkorea oder den USA hiesigen Herstellern die neueste Technik zur Verfügung stellen.“ [Mot17]

### **6. Im Angesicht der Autokrise: Regierungspolitik ohne Konzepte**

Im Angesicht der dramatischen Entlassungswelle in der Autoindustrie setzen neoliberale Ökonomen ungerührt auf eine angeblich heilende Kraft des Marktes. So erklärte

Steffen Müller, Professor am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle gegenüber dem ZDF: „Der Strukturwandel ist notwendig, damit sich Unternehmen von morgen entwickeln können. Es muss möglich sein, dass unwirtschaftliche Unternehmen vom Markt ausscheiden und ihre Ressourcen und insbesondere die Fachkräfte, die dort beschäftigt sind, den Stars von morgen zur Verfügung stellen.“ [ZDF] Was aber wenn keine neuen Stars in Sicht sind, möchte man fragen.

Eine direkte Position im Sinne der Autokonzerne vertreten Verkehrsminister Scheuer und Bayerns Ministerpräsident Söder. Sie wollen staatliche Kaufhilfen für alte Verbrenner. Während Söder den schmutzigen Diesel- und Benzin-Karosserien noch vornehm das Etikett „Übergangstechnologie“ aufklebte, war Scheuer entwaffnend ehrlich: „Die müssen vom Hof.“ Die Steuerzahler\*innen sollen für den Abverkauf der Ladenhüter der Autobranche bezahlen. Die Folge einer solchen Abwrackprämie wäre allenfalls das Entzünden eines kurzen Strohfeuers, das die Strukturprobleme der Autobranche nicht lösen kann, aber viele Milliarden kostet<sup>4</sup>.

Und die Bundesregierung, worauf setzt sie in der Krise? Wirtschaftsminister Peter Altmaier schaffte es in einem Interview mit einer Redakteurin des *Heute Journals* nicht einmal, eine irgendwie geartete Position zu formulieren [Heu20]. Originalton: „Wenn die Umstellung auf Elektrofahrzeuge noch einige Jahre braucht, bis sie richtig in der Breite wirksam wird, dann müssen wir die Frage beantworten, was mit all diesen Arbeitsplätzen in der Zwischenzeit geschehen soll. Das ist eine ganz schwierige, eine hochverantwortliche Aufgabe.“ Wer jetzt eine Perspektive erwartet, wird schnell enttäuscht: „Wenn wir Klarheit hätten, wo wir 2022, 2023, 2024 stehen, dann wäre möglicherweise auch die Diskussion über Übergangsmaßnahmen etwa bei hochmodernen Verbrennern weniger belastet.“ Es ist offensichtlich: Die Bundesregierung hat kein wirkliches Konzept, wie man die Arbeitsplätze im deutschen Automobilsektor sichern kann. Da wundert es nicht, wenn die Bundesregierung von Autogipfel zu Autogipfel hüpfet. Das Einzige, was Altmaier in dieser Situation noch einfällt, ist das Verkünden von allgemeinen Hoffungsblasen: „Ich bin überzeugt, die Transformation kann gelingen und weltweit gibt es einen enormen Bedarf auch an Elektromobilität. Auch an neuen Mobilitätskonzepten. Und die sollen aus Deutschland auch in Zukunft bedient werden.“ [Heu20] Altmaiers Ratlosigkeit fiel auch der politischen Konkurrenz auf. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans warf ihm vor, kein

## ELEKTROAUTOS: KEINE LÖSUNG FÜR KLIMA UND RESSOURCEN

Die autozentrierte Verkehrsentwicklung wird mit Elektrofahrzeugen nicht infrage gestellt. Eher ist die massenhafte Einführung von E-Autos als Versuch der Konzerne zu werten, ihrer Auto-Profitmaschine ein längeres Leben einzuhauchen.

E-Autos sind keineswegs emissionsfrei, sondern sie starten mit einem gewaltigen ökologischen Rucksack. Eine Studie im Auftrag des schwedischen Umweltministeriums legt dar, dass für die Batterieherstellung eines Tesla Model S mit 85 kWh rund 17 Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt werden. Das nicht zuletzt deswegen, weil die Batterien in China oder in Polen hergestellt werden, wo vornehmlich Kohlestrom eingesetzt wird. Die Bilanz der Studie: Ein Fahrzeug mit einem benzingetriebenen Motor vom Typ Golf müsste 8 Jahre gefahren werden, bevor er die Umwelt so stark belastet wie allein die Akku-Produktion für einen Tesla Model S. Die Rechnung ist transparent und es gibt zahlreiche andere Analysen, die dies bestätigen, so z.B. eine Studie des Trancik Lab vom Massachusetts Institute of Technology [Wol19].

Ein weiteres Problem der E-Autos: Erneuerbare Energien sind nicht unerschöpflich. In 2017 wurde in Deutschland 548 TWh Nettostrom erzeugt. Davon wurden 211 TWh (38,5 %) aus erneuerbaren Energien gewonnen. Würde man alle heutigen Pkw durch kleinere Elektroautos ersetzen, also keine großen SUVs, würde man dafür 134 TWh Strom benötigen. Allein damit wären schon 64 % des im Jahr 2017 erzeugten Ökostroms verbraucht. Noch nicht einmal der Treibstoff für Lastwagen, Traktoren, Baufahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge sind in der Zahl enthalten. Und natürlich benötigen wir zukünftig auch erneuerbaren Strom, um unsere Häuser im Winter zu wärmen und Industriegüter sowie Lebensmittel zu produzieren.

Konzept für den Strukturwandel der Autoindustrie zu haben. Richtig erkannt. Aber Walter-Borjans Antwort ist nicht weniger nebulös: „Altmaier muss die Hersteller einbeziehen, vor allem auf die Zulieferer fokussiert sein und da, wo Steuergeld eingesetzt werden soll, dem Spurwechsel in die Zukunft dienen.“ [Bal20] Also auch Steuergelder mit der Gießkanne für die Autokonzerne, nur an anderer Stelle? Dass eine massenhafte Automobilität auch mit Elektroautos in Zukunft keine Arbeitsplätze in Deutschland sichern wird und dass das auch nicht

klimaverträglich ist, ist leider in Walter-Borjans Position nicht enthalten.

## 7. IG Metall-Führung: Eine tragfähige Antwort fehlt

In der Automobilindustrie und insbesondere bei den Zulieferern werden mittlerweile Massenentlassungen vorbereitet (siehe dazu Textblock: Arbeitsplatzvernichtung in der Autoindustrie: Beispiele 2020). Wenn man sich die konkreten Gründe für die Vernichtung von Arbeitsplätzen anschaut, sind es fast genau die, die zahlreiche Studien vorausgesagt haben: Der Ausstieg aus der Verbrenner-technologie und die Umstellungen auf Elektroautos, die Verlagerung der Autoherstellung aus Deutschland in Niedriglohnländer oder die Einführung neuer digitaler Technologien<sup>5</sup>. All das kostet massiv Arbeitsplätze und dieser Prozess des technologischen Umbaus wird mindestens die nächsten 10 Jahre noch andauern. Zugunsten einer neuen Strategie des Kapitals, zu Lasten der Umwelt und auf dem Rücken der Beschäftigten. Am Ende dürfte die Zahl der Arbeitsplätze in der Autoproduktion, die über die letzten Jahrzehnte immer bei rund 800.000 lag, um mehrere 100.000 geschrumpft sein. Was wir heute bei den Automobilzulieferern erleben, also Entlassungen, Vernichtung von Lebensperspektiven, Tränen und Wut sowie Proteste vor den Werkstoren, wird uns noch jahrelang begleiten. Wenn die IG Metall diese Auseinandersetzung verliert, wird sie am Ende geschwächt dastehen. Ganze Bataillone von gut organisierten, kampfbereiten Metaller\*innen, traditionelle Bastionen der gewerkschaftlichen Organisation, drohen geschleift zu werden. Wenn das den Konzernen gelingen sollte, würde sich das soziale und politische Kräfteverhältnis nachhaltig zu Gunsten der Kapitaleite verändern. Mit schlimmen Folgen für gewerkschaftliche und ökologische Politik in diesem Lande. Es muss alles getan werden, um dies zu verhindern.

Doch welche Orientierung verfolgt die Führung der IG Metall in dieser wichtigen Auseinandersetzung? Bereits 2019 stellte der IGM-Chef Jörg Hofmann eine Studie vor, die die Folgen von Digitalisierung und E-Mobilität für die Autobranche bewertete. Er sprach von 150.000 Arbeitsplätzen, die verloren gehen würden. Hofmann erklärte dazu in einem Interview gegenüber der Welt [Wel20]: „Das ist überaus konservativ gerechnet und liegt am unteren Rand dessen, was wir an Arbeitsplatzverlusten erwarten.“ Und er fragte: „Wie können wir Übergänge gestalten, damit kein Beschäftigter unter die Räder kommt?“ Seine Antwort: Man brauche ganz schnell eine flächendeckende Ladeinfrastruktur in Deutschland.

Dafür müsse der Staat ein Investitionsprogramm auflegen<sup>6</sup>. Die Kosten seien mit etwas über 10 Milliarden Euro überschaubar. Kann das wirklich die gewerkschaftliche Antwort sein? Da werden hunderttausende Arbeitsplätze durch die Einführung der Elektromobilität in Frage gestellt und Jörg Hofmann fordert genau dafür die möglichst schnelle Einführung von Ladestationen. Dazu noch eine Abwrackprämie für alte Benziner und Diesel als „Übergangstechnologie“. Ein Konzept oder eine Hilfestellung für die eigene Basis gegen die drohenden Arbeitsplatzverluste ist das leider nicht.

Doch die IG Metall ist durchaus vielschichtiger, als es beim Thema Abwrackprämie oder Ladestationen auf den ersten Blick den Anschein hat. So rief die IG Metall gemeinsam mit Fridays for Future (FFF) zur Großdemonstration vom 20. September 2019 auf. Und Jörg Hofmann erklärte nach einem Gespräch mit FFF-Vertreter\*innen, dass die IG Metall und FFF darin übereinstimmen, „dass die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens, in dem sich die Welt zu einer drastischen CO<sub>2</sub>-Reduktion verpflichtet hat, auch eingehalten werden.“ Auf der anderen Seite stehen Betriebsratsfürsten in den Großbetrieben der Autoindustrie, die für eine korporatistische Zusammenarbeit mit den Konzernen stehen und denen solche Aussagen schon zu weit gehen dürften. Dieser Konflikt existiert in der Gewerkschaft. So wird von linken Gewerkschafter\*innen kolportiert, dass Betriebsratschefs aus den Autogroßbetrieben führende IG Metaller schon gar nicht mehr zu den Betriebsversammlungen einladen und auch eine Beteiligung an den Klimademos boykottiert haben. In diesem Spannungsfeld ist es absolut richtig, dass die Klimabewegung die Zusammenarbeit mit den Metall-Gewerkschafter\*innen sucht.

Doch wie könnte eine gemeinsame Perspektive von Klima-Bewegung und IG Metall in der jetzigen Situation konkret aussehen? In einem IGM-Flyer gegen die Schließung der hessischen Continental-Standorte Karben und Babenhausen heißt es: „Stellen streichen, Betriebe schließen, Standorte in Billiglohnländer verlagern – das sind die Ideen, die die Konzernführung aus der Mottenkiste holt, statt eine echte Zukunftsperspektive zu entwickeln.“ [IGM20] Es wäre wichtig, diese „echte Zukunftsperspektive“ so zu konkretisieren, dass eine Sicherung der Arbeitsplätze und Klimapolitik kein Gegensatzpaar ist.

## 8. Ökologische Konversion der Autoindustrie sichert Arbeitsplätze

Bei den Gewerkschafter\*innen der von Arbeitsplatzvernichtung bedrohten Autobranche gibt es durchaus eine

Suche nach Lösungen. So haben IG Metall\*innen aus dem Werk Karben nach eigenen Angaben jahrelang vom Konzernvorstand eine Umrüstung der Produktion gefordert, um die Abhängigkeit vom kriselnden Automobilsektor zu verringern [Öfi20]. Und die Schaeffler-Betriebsräte fordern „eine gezielte Stärkung aller deutschen Standorte durch innovative und zukunftsfähige Produkte.“ [Sch20]

Wenn man klären will, was diese innovativen und zukunftsfähigen Produkte sein können, muss man nur die Augen öffnen. Wir stehen heute vor einer dramatischen und zunehmend akut werdenden Klimakatastrophe. Es geht hierbei schlicht um das Überleben der Menschheit. Wenn wir eine lebenswerte Welt bewahren wollen, müssen wir die Wirtschaft und besonders auch die Autobranche tiefgreifend umbauen. Wir können auf diesem Planen nur mit einer klimaneutralen Mobilität überleben.

Dabei geht es nicht um die millionenfache Herstellung von Ressourcen fressenden Elektroautos, sondern um den Aufbau eines öffentlichen Personenverkehrs: Straßenbahnen, Busse, Eisenbahnen. Ähnlich wie in der Schweiz, müssen wir dafür sorgen, dass jeder Ort mit einem gut funktionierenden, gut getakteten und pünktlichen Bahnsystem verbunden wird. Dafür müssen viele tausend Eisenbahnen, Busse und Straßenbahnen gebaut werden. Dazu kommen tausende Kilometer Schienennetze, die neu zu verlegen sind, ausgerüstet mit fortschrittlicher Signaltechnik.

Um diese gewaltige Aufgabe zu bewältigen reichen die wenigen 10.000 Beschäftigten im heutigen Eisenbahnsektor nicht aus, also bei Alstom, Bombardier oder Siemens Mobility. Erforderlich sind hunderttausende Metall-Kolleg\*innen aus der heutigen Autoindustrie, die hier einspringen müssen. Sie besitzen technische Kompetenz und Erfahrungen mit der Metallumformung und -zer-spanung, im Umgang mit Aktoren und Sensoren, mit der Steuerungs- und auch der Software-Technik. Ein gewisses Maß an zusätzlicher Wissensübertragung in Form von Schulungen und Anleitungen muss durchgeführt werden. Aber man kann auf einem soliden Know-how-Fundament aufbauen. Schlussendlich wird der Bau von Eisen- und Straßenbahnen oder Bussen von den Automobilbeschäftigten genauso zu bewältigen sein, wie die zukünftige Entwicklung von Elektroautos. Noch einmal: Wir brauchen diese Kolleg\*innen und ihre Erfahrung<sup>7</sup>. Ohne sie wird ein ökologischer Umbau nicht gehen. Das bedeutet aber auch, dass jede Entlassung und jede Betriebsschließung im Automobilbereich, bei Continental oder bei Schaeffler, angesichts der bevorstehenden Klimakatastrophe und der

## ARBEITSPLATZVERNICHTUNG IN DER AUTOINDUSTRIE: BEISPIELE 2020

### 1. Continental Werk Babenhausen (Hessen)

3300 Beschäftigte. Geplante Schließung bis 2025.

Produkte: Serienfertigung von Anzeigen und Bedientechnologie für PKWs.

Grund der Schließung: Umstellung von analogen auf digitale Anzeigen und Bedientechnologie. Angegliederte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sollen bis Ende 2021 an andere Standorte verschoben werden.

### 2. Continental Werk Roding (Bayern)

520 Beschäftigte. Geplante Schließung: 2024

Produkte: Hydraulische Komponenten für Benzin und Dieselmotoren (Hochdruckpumpen). Einstellung der Produktion geplant.

### 3. Continental Werk Limbach-Oberfrohna (Sachsen)

850 Beschäftigte. Werksschließung für 2028 geplant.

Produkte: Hydraulische Komponenten für Dieselmotoren (Injektoren).

### 4. Continental Mühlhausen (Thüringen)

160 Beschäftigte. Werksschließung bis 2022.

Einstellung der Produktion von Drosselklappenstellern zur Steuerungstechnik von Kraftstoff.

### 5. Continental Karben (Hessen)

1100 Beschäftigte. Werksschließung bis 2023/24

Produkte: Elektrische Bedienelemente.

### 6. Schaeffler-Werke (Bayern)

September 2020: 4400 Jobs werden gestrichen.

Produkte: Fahrwerkkomponenten, Kupplungs- und Getriebetechnologien, Motorelemente, Antriebe. Sie geraten durch die Umstellung auf Digitalisierung und E-Autos unter die Räder. Betroffene Standorte: Herzogenaurach (1200 Beschäftigte von 9300), Bühl, Schweinfurt, Höchstadt, Homburg, Morbach, Gunzenhausen, Ingolstadt, Eltmann.

Notwendigkeit des ökologischen Umbaus schlicht eine Sünde ist.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass es bei der ökologischen Transformation nicht allein darum geht, Eisen- und Straßenbahnen im Interesse des Klimaschutzes zu bauen. Das Aufgabenfeld ist noch viel breiter: Es müssen neue Ausrüstungen und Maschinen für die Chemie- und die Stahlindustrie hergestellt werden, um diese Branchen klimaneutral zu machen. Wir brauchen auch Elektroly-

seure und andere Komponenten für die Herstellung und den Transport von klimafreundlichem Wasserstoff. Im Wärmesektor müssen Wärmepumpen und neue Heizungskomponenten gebaut werden für klimaschonende Heizsysteme. Und natürlich brauchen wir auch neue Windkraft- und Solaranlagen und dafür die elektrischen Speicher. Auch um dies alles bewältigen zu können, werden wir die Beschäftigten aus der Autobranche und anderen Industriesektoren brauchen<sup>8</sup>.

### **9. Gewerkschafter\*innen für ökologischen Umbau der Autobranche**

Bereits heute betonen einzelne gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Kreise die Sicherung der Jobs in der Autobranche durch eine ökologische Konversion. So veröffentlichten Betriebsräte aus dem kommunalen Nahverkehrsbereich in 2020 einen Appell: „Der Ausbau des ÖPNV bedarf vieler neuer, qualifizierter und auch gut bezahlter Arbeitsplätze: In vielen Städten ist der ÖPNV heute überlastet. Wenn die Mobilitätswende nur 30 Prozent mehr Fahrgäste für die Nahverkehrsbetriebe mobilisiert, werden zusätzliche Busse und Bahnen benötigt. (...) Mit der Einführung der Mobilitätswende sind Investitionen aus öffentlichen Mitteln nötig, denn es müssen Fahrzeuge gebaut und gekauft werden, Personal eingestellt, Haltestellen und Bahnhöfe umgebaut werden. Die Infrastruktur muss modernisiert und ausgebaut werden. (...) Das kompensiert die Verluste an Arbeitsplätzen in der Autoindustrie.“ [ÖPV20]

Auch der Gewerkschafter und Vorsitzende der Partei „Die Linke“, Bernd Riexinger, hat im letzten Jahr mehrfach auf die Sicherung von Auto-Jobs durch den Ausbau des Verkehrssystems hingewiesen. Er schreibt: „Es ist zu befürchten, dass es ohne staatliche Eingriffe zu massivem Arbeitsplatzabbau kommen wird, wodurch auch der Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne steigen würde. (...) Jetzt sind die Voraussetzungen zu schaffen, die Autokonzerne und die Zuliefererbetriebe umzubauen zu Mobilitätsunternehmen, die einen Beitrag zur Rettung des Klimas leisten können. Die Zukunft der Automobilindustrie liegt in der CO<sup>2</sup>-neutralen Produktion von klimafreundlichen E-Autos, von Bussen, Straßenbahnen und Zügen und der Bereitstellung von Mobilitätskonzepten. Zur Finanzierung sollten unter anderem die enormen Rücklagen der Automobilkonzerne herangezogen werden.“ [Rie19]<sup>9</sup>

Dass das Thema Konversion der Autobranche in diesem Sektor durchaus auf Resonanz stößt, zeigt die Antwort von drei Braunschweiger VW-Gewerkschaftern auf

einen Vorschlag von Riexinger zum ökologischen Strukturwandel der Autoindustrie<sup>10</sup>. Die Kollegen schreiben: „Die Beschäftigten in der Automobilindustrie sind wie wir alle zugleich auch Konsumenten und Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gleichzeitig haben sie ein Interesse am Erhalt der Umwelt und der Begrenzung der Folgen des Klimawandels. Jede Form des Umbaus oder Wandels sollte mit Initiativen für gute Arbeit und soziale Sicherheit einhergehen. Nicht zuletzt davon wird die Akzeptanz eines solchen Wandels abhängen. Schon heute ist unübersehbar, dass die Menschen, insbesondere die Beschäftigten, dem Strukturwandel und der Transformation skeptisch gegenüberstehen. Angesichts vieler offener Fragen befürchten nicht wenige Beschäftigte, Verlierer des Umbruchs zu werden. Diese Skepsis und die wahrgenommene Bedrohung durch Abstieg bergen die Gefahr der Verbreitung von rechtspopulistischen Tendenzen. Umso wichtiger ist es, über solche Konzepte wie dem vorliegenden in die Diskussion zu kommen, gemeinsam an ihnen weiterzuarbeiten und neue Ansätze zu entwickeln.“ [Fri20]<sup>11</sup>.

### **10. Praktische Schritte für eine Rettung der Auto-Arbeitsplätze durch Konversion**

Die Braunschweiger Gewerkschafter schlagen eine Konversionsdebatte vor, „die über die betriebliche Arena hinausgeht (...), und an der Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und möglichst viele Akteure aus dem Themenfeld Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Verkehr teilnehmen.“ [Fri20] Das ist der richtige Weg. Wenn man die Kolleg\*innen in den von Entlassungen betroffenen Autobetrieben mitnehmen will, muss man ihnen eine möglichst konkrete Alternative aufzeigen. Warum nicht Betriebsräte, ökologisch orientierte Produktionstechniker und Wissenschaftler aus dem Hochschulbereich, Ingenieure und Praktiker aus den betroffenen Autobetrieben sowie dem Bahnsektor in einem Arbeitskreis zusammenholen? Sie könnten dann einen konkreten ökologischen Umbauplan entwickeln, der die Arbeitsplätze in den von Massenentlassungen betroffenen Betrieben sichert und auf den bestehenden technischen Kompetenzen der Autobetriebe aufbaut. Dazu Studien, die diese Konversionsperspektive untermauern. Auf Betriebsversammlungen könnte man diese Alternative den Kolleg\*innen der Autobetriebe vorstellen. Dass man auf diese Weise etwas bewegen kann, zeigt das Beispiel von Lukas Aerospace in den 70er Jahren in Großbritannien. Als das Rüstungsunternehmen Entlassungen plante, haben Gewerkschafter\*innen um den Chefkonstrukteur Mike Cooley ein Gegenkonzept entwi-

ckelt, das die Herstellung nützlicher Produkte vorschlug. Der Konversionsplan wurde von den Beschäftigten massiv unterstützt. Er schlug Wellen bis nach Deutschland, wo sich in zahlreichen Rüstungsbetrieben ebenfalls gewerkschaftliche Konversionsarbeitskreise bildeten.

Heute könnte ein Umbauvorschlag aus mehreren Gründen erfolgreich kommuniziert werden. Erstens sind viele Autobetriebe gleichzeitig von Arbeitsplatzvernichtungen betroffen und es gibt nur diese Alternative. Und bereits jetzt gibt es in diesen Unternehmen Proteste und eine große Wut. Wenn mehrere Belegschaften mit Tausenden von Kolleg\*innen gemeinsam für eine Konversion in Aktion treten, hätte dies eine enorme gesellschaftliche Wirkung. Zweitens gibt es ein günstiges gesellschaftliches Bewusstsein, das einen Ausbau des öffentlichen Personennverkehrs einfordert. Darauf kann man aufbauen. Drittens gibt es eine junge Klimabewegung, die für die Unterstützung der Autokolleg\*innen gewonnen werden kann. So schickte die Bewegung »Fridays for Future« (FFF) den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Metaller\*innen eine Solidaritätserklärung, in der sie darauf hinwies, dass man Arbeitsplätze nicht gegen den Klimaschutz ausspielen darf [Be19]. Viele Tausend junge und auch ältere Menschen könnten dafür gewonnen werden, für einen Umbauplan und die Sicherung von Arbeitsplätzen auf die Straßen zu gehen.

Natürlich braucht es auch Finanzierungen. Bernd Riexinger hat dazu den Vorschlag unterbreitet, dass ein „120-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur“ aufgelegt werden sollte. Zur Finanzierung schlägt er eine Vermögenssteuer vor, „mit der Millionäre und Milliardäre zur Kasse gebeten werden, um einen stärkeren Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten. Allein diese Steuer brächte jährlich mindestens 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen.“ [Rie19]<sup>12</sup> Dass genug Geld da ist, zeigt das Milliardenprogramm der Bundesregierung gegen die Corona-Krise. Aber die Gelder werden den Shareholdern und Managern großer Aktienunternehmen ohne Auflagen übertragen. Die sichern nur die alten, vielfach überholten Strukturen. Entlassungen werden trotzdem durchgeführt.

Wichtig ist heute, dass man damit beginnt, ein alternatives und ökologisches Produktionsprogramm zu entwickeln. Wenn man das dann den Kolleg\*innen in den Betrieben und der Gesellschaft vorstellt, wird sich zeigen, wie die Resonanz aussieht und welche nächsten Schritte dann möglich sind. Man sollte groß denken! Die schlechte Alternative sieht so aus, wie wir es bei Opel Bochum erlebt

haben, wo die Kolleg\*innen am Ende ohne Konzept standen und kampfflos und frustriert in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden.

### Verwendete Quellen:

- [Bal20] Markus Balsler; Max Hägler: Auf der Standspur, *Süddeutsche Zeitung*, 10.09.2020
- [Be19] Ursel Beck: *Junge Welt*, 25.11.2019
- [Fri20] Uwe Fritsch, MarkSeeger, Jörg Köther: THESENPAPIER ZUR ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE, Luxemburg, Heft 01/2020
- [Fro19] Thomas Fromm: „Ein Umbruch wie ihn die Autoindustrie noch nicht erlebt hat“, *Süddeutsche Zeitung* online, 25.10.2019
- [Gie20] Christoph Giesen; Max Hägler: Land der Träume, *Süddeutsche Zeitung*, 26./27.09.2020
- [Grä19] Daniel Gräfe: Werksschließung in Öhringen Mahle-Betriebsrat kündigt Widerstand an, *Stuttgarter Zeitung*, 25.06.2019
- [Heu20] Altmaier in einer Diskussion mit Bettina Schausten, *Heute Journal*, ZDF, 08.09.2020
- [IGM20] IG Metall: Conti-Beschäftigte umzingeln Frankfurter Börse, 23.09.2020, [www.igmetall.de/im-betrieb/aktion-conti-beschaeftigte-umzingeln-frankfurter-boerse](http://www.igmetall.de/im-betrieb/aktion-conti-beschaeftigte-umzingeln-frankfurter-boerse)
- [Kru20] Jörn Boewe, Stephan Krull, Johannes Schulten: Wo ist die Ladestation? Beim Aldi. Automobilindustrie und Transformation aus der Sicht der Beschäftigten. Rosa Luxemburg Stiftung, Nachricht 21.09.2020
- [Mah19] Mahle schließt den Standort Öhringen, *Stimme.de*, 25.06.2019
- [Mot17] *Süddeutsche Zeitung*: Das ist der Motor von morgen, 13.10.2017
- [Öfi20] Hans-Gerd Öfinger, *Neues Deutschland*, 24.09.2020
- [ÖPV20] Klimaschutz oder Klimakiller? Straße oder Schiene? Appell der Betriebs- und Personalräte der Nahverkehrsbetriebe für ein Notfallprogramm des Bundes, aus: [stephankrull.info/2020/05/12/klimaschutz-oder-klimakiller-strasse-oder-schiene/](http://stephankrull.info/2020/05/12/klimaschutz-oder-klimakiller-strasse-oder-schiene/)
- [Pla17] *Süddeutsche Zeitung*: Ein teurer Plan, 19.10.2017
- [Que20] Asien produziert weltweit mehr als jedes zweite Auto, *Quest Trend Magazin*, 01.04.2020
- [Rie19] **Bernd Riexinger: Für einen linken Green New Deal**, 31.11.2019, <https://diefreiheitsliebe.de/politik/meinungsstark-politik/fuer-einen-linken-green-new-deal/>
- [Sch20] Stellenabbau bei Schaeffler: Schock oder Chance, *www.nordbayern.de*, 11.09.2020
- [Sta20] Statista.com: Statistiken zum Automobilabsatz in China
- [Süd18] VW will Südostasien aus China beliefern, *Süddeutsche Zeitung*, 13./14.01.2018
- [Tiy17] Macht e-mobil?, Film von Stefan Tiyavorabun, ARD, 23.10.2017
- [VDA16] Verband der Automobilindustrie (VDA): VDA Jahresbericht 2016
- [VDA20] Verband der Automobilindustrie (VDA): Zahlen und Daten, 2020, [www.vda.de/de/services/zahlen-und-daten.html](http://www.vda.de/de/services/zahlen-und-daten.html)

**[Wel20]** IG Metall: E-Mobilität kostet weit mehr als nur 150.000 Arbeitsplätze, 07.06.2019

**[Wol19]** Winfried Wolf: Mit dem Elektroauto in die Sackgasse, 2019 Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien

**[Zit19]** Roman Zitzelsberger: Krise in der Automobilindustrie – „Dann wird die Wertschöpfung nicht mehr in Deutschland stattfinden“, *Cicero*, 02.10.2019

**1** Ein Beispiel unter vielen: Der Zulieferer Mahle wird seinen Standort in Öhringen (Nähe von Heilbronn) bis Ende 2020 schließen. Die Folgeaufträge werden laut IG Metall nach Rumänien verlagert [Mah19]. Betroffen sind 240 Beschäftigte. Die offizielle Begründung: rückläufige Nachfrage von Dieselfahrzeugen, schwache Konjunktur und hohe Kosten für die Transformation in der Automobilindustrie. „Unter den schwierigen Rahmenbedingungen sind wir noch mehr auf profitable Standorte angewiesen. Deshalb überprüfen wir weltweit permanent unsere Standorte“, erklärte ein Unternehmenssprecher [Grä19].

**2** So setzt beispielsweise die Einführung einer chinesischen Elektroautoquote die deutschen Hersteller erheblich unter Zugzwang. Ausländische Autofertiger, die weiterhin einen Zugang zum chinesischen Automarkt haben wollen, müssen mindestens 10 Prozent ihrer Fahrzeuge als E-Mobile verkaufen, mit einer progressiven Steigerung dieses Prozentsatzes.

**3** Das dürfte aber immer noch nicht vollständig sein, denn E-Autos haben eine deutliche längere Lebensdauer als Autos mit Verbrennern, die durch ihre Motoren ständigen Schwingungen und hohen Temperaturen ausgesetzt sind. Das würde zwar den Ressourcenverbrauch reduzieren, hätte aber gleichzeitig zur Folge, dass weniger Werkstätten und ein geringerer Vertrieb benötigt würden. So machen die Werkstätten heute 70 bis 80 % ihres Geschäfts mit Komponenten von Verbrennungsmotoren [Tiy17]. Dazu gehört der regelmäßige Wechsel von Öl, Zahnriemen- und Zündkerzen. Dazu der Check des Kraftstofffilters und die Abgasanlage. Bei E-Autos gäbe es künftig statt Ölwechsel nur noch Software-Updates. Aber die würden die Hersteller selbst vornehmen. Von einer Umstellung auf Elektrofahrzeuge wäre damit ein nicht unerheblicher Teil der 780.000 Beschäftigten betroffen, die heute noch in der KfZ-Reparatur und im KfZ-Vertrieb tätig sind.

**4** Während die Autobranche im Herbst 2020 in Europa voll im Krisenmodus ist, läuft das Geschäft von Mercedes, BMW und VW in China schon wieder hoch. Die deutschen Premiumfahrzeuge sind die Stars auf der internationalen Autoshow in Peking. BMW legte im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 45 % zu, bei Daimler rechnet man für das Jahr mit 700.000 verkauften Autos in China, doppelt so viele wie in den USA. Es sind aber vor allem die deutschen Premiumhersteller, die gewinnen, während die sogenannten Massenhändler (Chevrolet, Hyundai, Kia etc.) vom Aufschwung nicht einmal ansatzweise profitieren. Der Grund: die Verarmung breiter Massen durch die Krise, während die reicheren Schichten die Gewinner sind. Daten nach [Gie20].

**5** In einem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* von Thomas Fromm heißt es Ende 2019 bereits: „Bei der vergangenen großen Krise vor mehr als zehn Jahren gab es Rezepte, die das Schlimmste verhinderten. Diesmal geht es um einen Umbruch, wie ihn die Autoindustrie noch nicht erlebt hat, weil vieles von dem, was produziert wird, künftig nicht mehr gebraucht wird.

Dieseleinspritzsysteme, Kolben, Auspuffrohre, Abgasreinigung – all das wird man in ein paar Jahren so dringend benötigen wie Pferdekutschen für den öffentlichen Nahverkehr. Einige Hunderttausend der geschätzt 800.000 bis 900.000 Arbeitsplätze in der Branche stehen auf dem Spiel, wenn sich alternative Antriebe wie Elektromotoren durchsetzen.“ [Fro19]

**6** Tatsächlich unterstützt die Regierung Elektromobile und sogar Hybridautos bereits mit einer Liste von Privilegien. Laut Elektromobilitätsgesetz aus dem Jahr 2015 dürfen E-Autos beispielsweise auf Busspuren fahren, 2016 wurde eine erste Kaufprämie beschlossen, die in der Corona-Krise 2020 noch ausgeweitet wurde. Auch als Dienstwagen werden Elektroautos sogar noch größere Privilegien eingeräumt als Verbrennern. Der im Klimapaket der Bundesregierung anvisierte »Masterplan Ladesäuleninfrastruktur« basiert auf immensen öffentlichen Investitionen.

**7** Eine neue Untersuchung zum Bewusstseinsstand der Beschäftigten in der Automobilindustrie weist darauf hin, dass manche Beschäftigte Bedenken haben, ob die Fertigung von Eisenbahnen oder Bussen auch den Arbeitsplatzeffekt haben, um hunderttausende Beschäftigte der Autobranche abzusichern. Dagegen zitiert die Studie andere Positionen: „Ein Kollege aus einem Fertigungswerk für Stadtbusse verwies dagegen auf den hohe Arbeitskräftebedarf in der eher manufakturartigen Produktion von Bussen: «Das ist hochqualifiziert, hohe Entgeltgruppen. Jeder Bus ist wie ein Einfamilienhaus. Jeder Kunde will einen anderen Bus, ganz individuell. Und so ähnlich ist das auch bei der Straßenbahn.» In einem großen Automobilwerk in Baden-Württemberg gab es früher bereits Erfahrungen mit der Produktion von Schienenfahrzeugen, in einem weiteren mit dem Bau von Fahrrädern. Hier wird aus der Belegschaft auch immer wieder der Wunsch geäußert, diese Produktion wieder aufzunehmen.“ [Kru20]

**8** Es sei angemerkt, dass der Ausbau des Eisen- und Straßbahnsystems oder auch der Umbau der Chemie- und Stahlindustrie im Wesentlichen große Projekte der Infrastruktur sind. Ihre Bewältigung wird lange dauern, aber wenn sie erst einmal aufgebaut sind, wird deutlich weniger Arbeit anfallen. Dann muss die vorhandene Arbeit auf alle Hände umverteilt werden, was eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bewirken wird. Ob dieser gesamte Prozess im Einklang mit den kapitalistischen Kapitaleignern umgesetzt werden kann ist extrem unwahrscheinlich. Aber man wird mit dem ökologischen Umbauprozess unter kapitalistischen Bedingungen beginnen müssen. Mit zunehmenden Konflikten wird man gezwungen sein, Maßnahmen zu ergreifen, die über das kapitalistische System hinausweisen.

**9** Bernd Riexingers Vorschlag weist in die richtige Richtung. Allerdings könnte man angesichts der jetzt anstehenden massiven Arbeitsplatzvernichtungen in der Autobranche die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Konversion noch offensiver und konkreter propagieren. Bei den E-Autos sollte man dagegen zurückhaltender argumentieren. Die Autokonzerne wollen ihre schmutzigen Verbrenner eins zu eins durch viele Millionen Elektrofahrzeuge ersetzen. So soll ihre Profitmaschine weiterlaufen. Doch die Gewinnung der Rohstoffe und die Fahrzeugproduktion von E-Autos erzeugt ebenfalls gewaltige Umweltschäden, setzt viel CO<sub>2</sub> frei und verbraucht gewaltige Ressourcen. Die Krise unseres Planeten ist bereits zu weit fortgeschritten, als dass wir weiter auf den Individualverkehr, egal ob Verbrenner oder E-Auto, setzen können

[Wol19]. Stattdessen sollten wir auf den ökologisch freundlicheren und Ressourcen sparenden öffentlichen Personenverkehr setzen. Wir werden aber auch in einer klimafreundlichen Zukunft noch Autos brauchen für Krankenwagen, Lieferfahrzeuge, Taxen und auch in geringer Zahl als Leihfahrzeuge für besondere Zwecke. Und das sollten dann allerdings E-Autos sein. Und nicht mehr die klimatechnisch extrem nachteiligen Verbrenner.

**10** Es sind die folgenden Gewerkschafter bei VW Braunschweig: Uwe Fritsch, BR-Vorsitzender, Mark Seeger, Vertrauenskörperleiter und Jörg Köther, Fachreferent beim Betriebsrat.

**11** Die Braunschweiger Kollegen formulieren Kritik an Forderungen ohne Perspektiven für die Beschäftigten: „Forderungen wie zum Beispiel die nach einem radikalen Rückbau der Automobilindustrie, einem Verbot von bestimmten Fahrzeugtypen oder generellem Konsumverzicht tragen nicht zu einer integrativen Debatte bei, denn sie werden von Maximalpositionen aus formuliert und liefern selten Perspektiven mit konkretem Fokus auf Arbeit, Beschäftigung und Produktion.“ [Fri20] Das mag in vielen Fällen tatsächlich so sein. Andererseits ist die Klimakrise durch jahrzehntelanges Nichtstun von Regierungen und Kapital so weit fortgeschritten, dass wir kaum noch Spielraum für Kompromisse haben. In dieser Situation wird natürlich gegen die dramatischen Folgen des Klimawandels und gegen Autos protestiert. Tatsächlich werden dabei aber kaum Konzepte entwickelt, die die Beschäftigten und ihre Lebenssicherung miteinbeziehen und diese mitnehmen. Ohne dies wird es aber nicht gehen. Wichtig wäre es, dass sich die Klimabewegung bei den anstehenden Entlassungen auf die Seite der Beschäftigten stellt und als Alternative auf die Sicherung der Jobs durch eine ökologische Konversion hinweist.

**12** Man sollte die Eigentumsfrage mitdenken. Wenn Autokonzerne wie Schaeffler, Bosch oder Continental ganze Betriebe dicht machen, sollte man die Eigentumsübertragung an Gesellschaft und Belegschaften popularisieren. Das gibt das Grundgesetz her. Den kapitalistischen Pleitemachern und Umweltzerstörern wird man angesichts der Dramatik der ökologischen Krise nicht mehr als eine symbolische Entschädigung zahlen können.

## WACHSENDE BEDEUTUNG DER LOSUNG „VERGES- SELLSCHAFTEN“

Wenn von Beschäftigten oder Gewerkschaften gefordert wird, dass ein bestimmtes Unternehmen den Verwertungsinteressen des Kapitals entzogen werden soll, dann schreien Regierung und Medien: „Verstaatlichung ist Teufelswerk!“. **Jakob Schäfer**

Für die Herrschenden erfüllt der Begriff „Verstaatlichung“ sehr unterschiedliche Funktionen: Immer noch ist er eng mit der bankrottgegangenen Kommandowirtschaft der DDR und anderer „Volkswirtschaften“ verbunden und eignet sich auch heute noch gut für ideologische Hetzkampagnen. Andererseits aber nutzen Kabinett und Kapital dieses Instrument selbst, wenn es nämlich darum geht, substantielle Verluste eines größeren Unternehmens zu vergesellschaften. Zurzeit geschieht dies mittels Staatsbeteiligung bei Lufthansa und anderen Unternehmen.<sup>1</sup> Aber es gibt auch immer wieder komplette Übernahmen, wenn das entsprechende Unternehmen als „systemrelevant“ angesehen oder zumindest so bezeichnet wird. Als im Gefolge der Lehman-Pleite (15. Sept. 2008) die Hypo Real Estate am Abgrund stand, erklärte der damalige Deutsche Bank-Chef Ackermann, es drohe der „Tod des deutschen Bankensystems“, wenn die Insolvenz der HRE nicht abgewendet werde.<sup>2</sup>

Ackermann hatte natürlich erst mal nur die Interessen der Deutschen Bank im Auge. Weder er noch die Bankenaufsicht Bafin unter ihrem damaligen Präsidenten Sanio hatten sich daran gestört, dass schon die Gründung der HRE – sie war von vornherein eine Bad Bank – darauf ausgelegt war, die Profite der Gründerbanken BHW und HVB zu sichern. Mit dieser Praxis war damit noch kein Ende: Die Bad Bank HRE kaufte Mitte 2007 die genauso dubiose Depfa (Deutsche Pfandbriefbank) und als im September 2008 dieses Konstrukt zusammenbrach, ist der Staat „eingesprungen“. Allein bis 2019 sind dadurch

für den Steuerzahler schon 15 Mrd. € Verlust entstanden. Doch das ist nicht alles: Von den aus der HRE in eine weitere Bad Bank ausgegliederten faulen Krediten über 175 Mrd. € ist auch heute noch ein Großteil extrem notleidend.<sup>3</sup> Wen unter den Herrschenden kümmert's? Der Steuerzahler wird auch das ausgleichen. In der kapitalistischen Logik und in den Augen all derer, die ansonsten eine Verstaatlichung bekämpfen, darf man schließlich diese Verluste nicht mit den Profiten der ausgründenden Konzerne oder gar des Bankensektors begleichen.

### **Verengung auf „Verstaatlichung“ ...**

Leider hatten auch die Organisationen der Arbeiter\*innenbewegung oft nur die Verstaatlichung im Blick und versprachen sich allein vom Eigentümerwechsel schon Wundersames. Außer einigen sozialen Absicherungen – meist nur auf Zeit – ist damit weder der Konkurrenzdruck verschwunden noch all die sonstigen Nachteile kapitalistischen Funktionierens. In aller Regel wurden die Arbeitsprozesse – weil weiterhin streng von oben vorgegeben – genauso wenig verändert wie etwa die unökologische Betriebsweise. Weder hat die Gesellschaft über das Was und das Wie der Produktion (oder der Dienstleistung) bestimmt, noch können in staatlichen Unternehmen die Beschäftigten über die konkreten Arbeitsprozesse bestimmen.

In der Tradition der reformistischen SPD der 1920er Jahre lebt bei linkeren Teilen der gewerkschaftlichen Apparate die Vorstellung fort, man könne „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“, so der Titel eines einschlägigen Sammelbands.<sup>4</sup> Hier wird dann zwar schon mal von Vergesellschaftung gesprochen, aber leider ordnen sich ausnahmslos alle Beiträge in das von Naphtali entworfene Konzept der Wirtschaftsdemokratie ein.<sup>5</sup> Im Kern läuft es darauf hinaus, über mehr staatliche Beteiligungen und den Ausbau der Mitbestimmung die Wirtschaft demokratisieren zu wollen.

Ein gewisses Problembewusstsein lässt noch am ehesten Hans-Jürgen Urban erkennen, wenn er nebenbei einflücht: „Der nicht aufzuhebende Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie, zwischen den Imperativen der privatkapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsordnung und den Erfordernissen der politisch-parlamentarischen Demokratie spitzt sich zu und erzwingt Entscheidungen.“ (S. 49). Und er führt immerhin aus: „Somit stehen und fallen Erfolgsaussichten der Wirtschaftsdemokratie mit Strategien jenseits des Krisenkorporatismus und mit der Fähigkeit zu autonomer gewerkschaftlicher Interessenpolitik.“ (S. 63).

Konkreter wird er aber nicht und wer nun erwartet hat, dass er auf die Kraft von unten setzen würde, sieht sich getäuscht. Auch er setzt voll und ganz auf eine schrittweise Einrichtung von Wirtschaftsdemokratie. Das liest sich dann so: „Die Überführung der gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Marktökonomie in eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie bedarf einzelner reformpolitischer Projekte, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten im politischen Mehrebenen-System zu entwickeln und anzugehen sind. Sie können gleichsam als Steine beziehungsweise Bauelemente eines wirtschaftsdemokratischen Hauses begriffen werden, die von unterschiedlichen Handwerkergruppen in unterschiedlichen Bauphasen, jedoch nach einem gemeinsamen Plan zusammengefügt werden müssen.“ (S. 57) Kein Wunder auch, dass er schreibt: „Somit kommen in einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung Markt und Wettbewerb sowie politische Planung und Regulation zugleich zu ihrem Recht.“ (S. 56).

Auf diese Weise wird die Illusion gestützt, substantielle Verbesserungen der Mitbestimmungsmöglichkeiten könnten mit einer geschickten Politik und unabhängig von bzw. gegen die Kapitalverwertungsinteressen durchgesetzt werden. So, als ob sich das Kapital wichtige Entscheidungen einfach mal so wegnehmen ließe, ohne Klassenkampf, ohne bedeutende Belebung der Selbsttätigkeit der Klasse.

### **... versus Kampf um Vergesellschaftung**

Gegen beide Abweichungen – also die Reduzierung auf eine Verstaatlichung als reinen Eigentümerwechsel wie auch die reformistische Illusion eines friedlich-schiedlichen Einführens von „Wirtschaftsdemokratie“ – hat beispielsweise Karl Korsch in den 1920er Jahren ausführlich argumentiert. Dabei steht bei ihm die Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen im Mittelpunkt. Und folgerichtig sieht er die ‚Vergesellschaftung der Produktionsmittel‘ nur als die erste Phase der Gemeinwirtschaft.<sup>6</sup> In seinen Erörterungen thematisiert er v. a. den Interessengegensatz von Produzenten und Konsumenten und führt dann aus: „... die bloße Verstaatlichung kann für sich allein als sozialistische Vergesellschaftung (Sozialisierung) nicht anerkannt werden.“ (S. 27). Und weiter: „Das wichtigste Ergebnis der bisherigen Darstellung ist folgendes: Weder die Überführung der Produktionsmittel aus der privaten Machtsphäre der Kapitalisten in die Machtsphäre der öffentlichen Organe der Gesamtheit (Verstaatlichung, Kommunalisierung usw.), noch die Überleitung der Produktionsmittel aus dem Besitz der privaten Eigentümer in den Besitz sämtlicher Produktionsbeteiligten (produktivgenossenschaftliche-syn-

dikalistische Sozialisierung) stellt *für sich allein* eine Ersetzung des kapitalistischen Sondereigentums durch wahres sozialistisches Gemeineigentum dar. Vielmehr bedarf es stets noch einer inneren Umwandlung des Eigentumsbegriffs, einer völligen Unterordnung jeglichen Sondereigentums unter den Gesichtspunkt des gemeinsamen Interesses der Gesamtheit.“ (S. 32)

Dieses „gemeinsame Interesse der Gesamtheit“ ist weder durch die Verfügungsgewalt eines Finanzministers noch durch einen neuen Fabrikdirektor umzusetzen. Sie ist nur durch die Kontrolle aller Prozesse durch die Beschäftigten zu realisieren. In der revolutionär-marxistischen (und speziell der trotzkistischen) Tradition wurde dies in zahllosen Schriften unter dem Titel „Arbeiterkontrolle“ (heute würden wir sagen „Arbeiter\*innenkontrolle“) erläutert. Ihre historisch bedeutendste Rolle spielte sie in der russischen Revolution. Sie hatte weiterhin große Bedeutung in solch wichtigen Kämpfen und auch revolutionären Prozessen wie dem belgischen Generalstreik 1960/61 oder etwa dem Kampf der spanischen Arbeiter\*innen 1936/37.

Die konkrete Umsetzung dieser Kontrolle wird auch künftig viele verschiedene Formen annehmen. In vielen Bereichen wird eine solche Kontrolle von vornherein nur in Zusammenarbeit mit Teilen der außerbetrieblichen Öffentlichkeit umzusetzen sein, also gemeinsam mit Konsumentenkomitees, mit Nachbarschaftsverbänden, mit regionalen gewerkschaftlichen Strukturen usw.

### **Die Vergesellschaftungsforderung heute**

Über viele Jahre hinweg war es extrem schwierig bis unmöglich, über die engeren Kreise revolutionärer, marxistischer oder anarchistischer Kreise hinaus die Forderung nach Vergesellschaftung überzeugend zu vertreten. Sie wurde in aller Regel als nicht durchführbar und als reine Traumtänzeri deklariert, und zwar sowohl in den betrieblichen Diskussionen als auch in allgemeinen politischen Debatten außerhalb.

Inzwischen jedoch haben sich die objektiven Bedingungen und die Suche nach kohärenten Antworten auf die drohenden Katastrophen so weit zugespitzt, dass sich die Ausgangsbasis für solche Diskussionen grundlegend verändert hat. Vor allem die drohende Klimakatastrophe lässt einfach nicht mehr viel Zeit.

Klaus Meier hat in seinen Ausführungen zur Dringlichkeit der Konversion von Autoindustrie, Stahlindustrie und Chemieindustrie (die beiden ersten Beiträge erscheinen in diesem Heft, also 1/2021 der dritte Beitrag in Heft

2/2021 der internationale) überzeugend dargelegt, dass es so wie bisher einfach nicht weitergehen kann. Lässt man die Konzerne weiter ihr Kapital verwerten, kann es niemals zu einer Verkehrswende kommen. Nicht anders ist bei der Energiegewinnung, bei der Stahlerzeugung oder der Chemieindustrie. Und: Geht alles so weiter wie bisher, dann wird allein die gewaltige strukturelle Krise der Autoindustrie zum Jobverlust für Hunderttausende führen.

Ein Umbau, eine Konversion der Autoindustrie zur Produktion von Verkehrsmitteln für den Öffentlichen Personenverkehr und für die Umlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene entspricht nicht den Kapitalinteressen. 2017 setzten die deutschen Autokonzerne 426 Mrd. € um (davon 36% im Inland). In der Autogesellschaft ist die gesamte Verkehrsinfrastruktur darauf ausgelegt, dass ein Großteil der Beschäftigten auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen ist. Mit Millionen neu verkaufter PKW jedes Jahr lassen sich nun mal ganz andere Gewinne erzielen, als wenn der ÖPNV so ausgebaut und attraktiv gemacht würde, dass man diese Millionen von Blechkisten nicht mehr verkaufen kann. (Die heute 47 Mio. PKW stehen übrigens 96 Prozent der Zeit nur rum und beanspruchen Platz). Dieses Verkehrssystem ist für die einzelnen Bürger\*innen und für die Gesamtgesellschaft recht teuer, wird doch jedes Auto über die öffentlichen Haushalte jedes Jahr (!) mit annähernd 2000 Euro subventioniert.<sup>7</sup> Dies alles ist nicht nur eine gewaltige Belastung des Klimas, sondern gleichzeitig auch eine phantastische Profitquelle für die Eigner der Autokonzerne. Das Anlagevermögen allein der deutschen Konzerne VW, Daimler, BMW und Porsche beträgt heute schätzungsweise 195 Mrd. €, von der Zulieferindustrie, dem Handel usw. noch ganz abgesehen. Und auch die LKW-Produktion wirft gewaltige und heute sogar noch steigende Profite ab.<sup>8</sup>

Hinzu kommt eine weitere Ebene, die die Konversion der Industrie (nicht nur der Auto- oder der Rüstungsindustrie) unumgänglich macht, soll der Klimawandel noch halbwegs gestoppt oder stark gebremst werden: Insgesamt muss nicht nur umgestellt, es muss auch bedeutend rückgebaut werden. Aus Gründen des Gesamtenergieverbrauchs, der Begrenztheit vieler wichtiger Ressourcen und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der von der kapitalistischen Landwirtschaft und anderen Sektoren noch eine ganze Zeitlang nicht auf null zu senken ist, muss der Gesamtausstoß industriell gefertigter Güter drastisch gesenkt werden.

### **„Enteignen ist die halbe Miete“**

Da eine freiwillige Kooperation der Konzerne auszuschließen ist (schließlich handelt es sich allein bei der Autoindus-

trie um Milliarden Gewinne jedes Jahr) bleibt nur der Weg der Enteignung. Formal kann man sich in der Argumentation auf Artikel 14,3 des Grundgesetzes beziehen. Aber das wird nicht ausreichen, denn dort wird für den Fall der Enteignung „zum Wohle der Allgemeinheit“ eine Entschädigung „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“ vorgeschrieben. Dies ist eine Auslegungssache. Wir vertreten natürlich den Standpunkt, dass die Konzerne über Jahrzehnte Profite gescheffelt und dabei auch noch gegen die gesundheitlichen und ökologischen Interessen „der Allgemeinheit“ verstoßen haben. Sie können das gar nicht wieder gut machen. Ihnen noch Geld hinterherzuwerfen, wäre grotesk.

Es kommt also auf die politischen Kräfteverhältnisse an. Dass diese sich inzwischen mindestens auf ideologischem Gebiet ein Stück verschoben haben, zeigt die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“. Hier treffen die Aktiven in breitesten Bevölkerungskreisen (nicht nur in Berlin) auf ein breites Verständnis. Nicht umsonst musste der Berliner Senat eine Mietpreisbremse installieren (ob sie Bestand haben wird, wird letztlich ebenfalls von der Weiterentwicklung der politischen Kräfteverhältnisse abhängen). Wie vielfältig die Mieterbewegung inzwischen arbeitet und auf welche Instrumente sie dabei zurückgreift (Initiativen für ein Ende der Gewinnabführung kommunaler Wohnbaugesellschaften; Initiativen für Baugebote, um die Spekulation zu bremsen; Einsetzung von Treuhänder\*innen als Enteignung light usw.) zeigt die von der IL herausgegebene Broschüre „Enteignen ist die halbe Miete“<sup>9</sup>.

Im Grunde muss eine vergleichbare Bewegung in der Industrie und zwar vor allem in den Betrieben der Großindustrie entwickelt werden. Hier sind betriebliche Gruppen aber auch die Gewerkschaften gefordert. Die Argumentation könnte folgendermaßen verlaufen:

Die Familien Klatten, Porsche, Schickedanz, Schaeffler usw. haben jahrelang Mehrwert aus den Beschäftigten pressen lassen. Wenn wir uns nach den Interessen der Millionär\*innen und Milliardär\*innen richten, kann der Klimawandel in keinem Fall gestoppt werden und können auch die Massenentlassungen nicht verhindert werden. Wir brauchen betrieblich zu bildende Arbeitsgruppen, die Hand in Hand mit externen Fachleuten neue Projekte konzipieren und z. B. in der Autoindustrie entwerfen, wie die Produktion auf die Fertigung von Öffentlichen Verkehrsmitteln umzustellen ist. Dabei muss die Maxime gelten:

- Umstellung auf ökologisch verträgliche und klimaneutrale Produktion und soweit nur irgend möglich auch Rückbau der Industrie;
- Vergesellschaftung der entsprechenden Unternehmen, keine Entschädigung der bisherigen Eigner\*innen;
- Keine Entlassungen;
- Gesamtgesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Entgelt- und Personalausgleich so lange bis alle Arbeit haben; Verteilung der Arbeit auf alle Hände;
- Finanzielle Absicherung aller Arbeitsplätze durch den Staat;
- Uneingeschränkte Kontrolle der Arbeit und aller Prozesse (Öffnung der Bücher einschließlich des Cash Flows) durch die Beschäftigten und die Öffentlichkeit.

Wir brauchen betrieblich wie überbetrieblich vielfältigste Aktivitäten, die das Ziel eines massenhaft getragenen Kampfs um Vergesellschaftung unter der Kontrolle der Beschäftigten und der Öffentlichkeit in den Mittelpunkt rücken. Auch die Lösungen für eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser und die Abschaffung der Fallpauschalen müssen als Teil einer solchen politischen Achse begriffen und weiterentwickelt werden.

**1** <https://www.finance-magazin.de/deals/ma/corona-so-sollen-staatsbeteiligungen-jetzt-unternehmen-retten-2055401/> Natürlich werden daran keine sozialen oder gar ökologischen Kriterien geknüpft. Siehe dazu: <https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/504/warten-auf-staatsknete-7143.html>

**2** Protokoll über die Gespräche zur Abwendung der Insolvenz der HRE vom 9.10.2008: [ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/537291.pdf](https://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/537291.pdf) (Zugriff: 28.8.2008)

**3** <https://www.wiwo.de/unternehmen/banken/teure-bad-bank-zehn-jahre-nach-der-verstaatlichung-ist-die-hre-eine-geisterbank/25099210.html>

**4** Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban, Hamburg (VSA), 2011

**5** Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. (1928), Neuauflage Frankfurt 1977

**6** Karl Korsch: Schriften zur Sozialisierung, Frankfurt (EVA), 1969, S. 39

**7** U. Becker; T. Becker; J. Gerlach: Externe Autokosten in der EU-27, S.37). Die Studie der Uni Dresden erschien 2012 und bezieht sich auf Daten aus dem Jahre 2008

**8** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/480307/umfrage/lkw-produktion-deutschland-prognose/>

**9** <https://interventionistische-linke.org/sites/default/files/attachements/il-enteignen-ist-die-halbe-miete.pdf>

# ZUR KONSTITUTION DES BÜRGERLICHEN STAATES

---

Auch wenn wir heute keine Staatskrise haben: Nicht nur die Corona-Proteste lassen es als sinnvoll erscheinen, einige Grundsatzfragen zur Rolle des Staates neu zu erörtern.

■ **Jakob Schäfer**

---

■ In der Gewerkschaftspolitik wie bei Fragen der Wahlbeteiligung, bei Fragen der Besetzung staatlicher Ämter (auch auf kommunaler Ebene) wie bei der Grundausrichtung eines sozialistischen Programms ist ein korrektes Verständnis des bürgerlichen Staates von zentraler Bedeutung.

## **Der Staat als eine Folge gesellschaftlicher Arbeitsteilung**

Unabhängig von den konkreten Funktionen in den verschiedenen gesellschaftlichen Epochen weist der Staat zwei zentrale Gemeinsamkeiten auf: Er entsteht (a) im Zusammenhang mit der Entfaltung gesellschaftlicher Arbeitsteilung und (b) mit der Herausbildung von Klassen. Ernest Mandel schreibt dazu: „Zu einer bestimmten Zeit der Entwicklung menschlicher Gesellschaft, bevor sie sich nämlich in Klassen aufspaltete, wurden bestimmte Funktionen wie das Recht, Waffen zu tragen oder Recht zu sprechen, von allen erwachsenen Mitgliedern der Gemeinschaft kollektiv ausgeübt. Erst im Rahmen der späteren Entwicklung und in dem Maß, wie sich die Gesellschaft in Klassen aufspaltete, wurden diese Kompetenzen dem Kollektiv entzogen und einer Minderheit vorbehalten, die sie auf besondere Art nutzt.“<sup>1</sup>

Laut Friedrich Engels ist der Staat „ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in

unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangen, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“<sup>2</sup> Und weiter: „Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.“<sup>3</sup>

Über diese allgemeine Bestimmung hinaus weist der „moderne Staat“, wie er sich in den letzten 400 Jahren in (West-)Europa herausgebildet hat<sup>4</sup>, gewisse Züge auf, die es näher zu betrachten gilt. Dabei sollten wir festhalten: Genauso wie in früheren Gesellschaftsepochen ist auch der Staat im Kapitalismus nicht einfach von der herrschenden Klasse installiert worden. Zweitens leitet er sich in seiner konkreten Form auch nicht logisch aus dieser oder jener Kapitalentwicklung ab. Er ist aufgrund seiner komplexen Geschichte – und von Land zu Land unterschiedlich – ein Ergebnis konkreter Auseinandersetzungen des Bürgertums (und später auch anderer Klassen) mit den herrschenden

Kräften der vorangegangenen Gesellschaftsformation (vor allem dem Feudaladel). Darauf weist z. B. Poulantzas und mehr noch Hirsch hin. Methodisch hat dies auch Ernest Mandel in seinen diversen Schriften hervorgehoben und auch mit konkreten Analysen untermauert.<sup>5</sup>

In der feudalen Gesellschaftsordnung genügte es – zumindest genügte das den Herrschenden –, die *einfache* Reproduktion sicherzustellen. Das Besondere nun am bürgerlichen Staat – am Staat im Kapitalismus – ergibt sich aus der spezifischen Produktionsweise. Marx hat dies schon im I. Band des *Kapitals* ausreichend klar gemacht: Im Unterschied zu früheren Gesellschaftsformationen (Gesellschaftsordnungen mit jeweils eigener Produktionsweise) kommt es im Kapitalismus darauf an, dass eine *erweiterte* Reproduktion stattfindet und fortlaufend gesichert wird. Erweitert reproduziert wird allerdings nur das Kapital, nicht unbedingt die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktionsmittel.<sup>6</sup> Denn: Die Konkurrenz der Kapitale (Kapitalismus ohne Konkurrenz kann es nicht geben) zwingt zur ständigen Akkumulation. Das Kapital, das nicht erweitert reproduziert wird (das also nicht akkumuliert wird, um bei der nächsten technologischen Entwicklung mithalten zu können), ist dem Untergang geweiht.<sup>7</sup> Deswegen ist das Prinzip des „Immer-Mehr“ dem Kapitalismus inhärent und kann nicht mit bürgerlicher Politik (also im Rahmen der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) ausgehebelt werden.<sup>8</sup>

### **Autonomie des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft**

Marx hat seine Staatstheorie nicht im Detail ausgearbeitet, ein dazu geplantes Werk wurde nicht mehr realisiert, aber seine Hinweise sind hilfreich: „Er [der Staat] verhält sich als ‚höhere Macht‘ zu ihren [der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft] ‚Gesetzen und Interessen‘. Ihr ‚Interesse‘ und ‚Gesetz‘ verhalten sich als ein ‚Untergeordneter‘. Sie leben in der Abhängigkeit von ihm. Eben weil ‚Unterordnung‘ und ‚Unabhängigkeit‘ *äußere*, das selbständige Wesen einengende und ihm zuwiderlaufende Verhältnisse sind, ist das Verhältnis der ‚Familie‘ und der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ zum Staate das der ‚*äußerlichen* Notwendigkeit‘, eine Notwendigkeit, die gegen das innere Wesen der Sache geht.“<sup>9</sup>

Für die kapitalistische Entwicklung reicht es nicht, dass die Instanz „Staat“ von den unmittelbaren ökonomischen Privatinteressen unabhängig bleibt. Selbst die Unabhängigkeit von den spezifischen Interessen *großer Teile* der kapitalistischen Klasse reicht nicht aus. Mehr als in den vorangegangenen Gesellschaftsordnungen verfügt der bürgerliche Staat über eine relative Autonomie, das heißt über

ein gewisses Maß an Unabhängigkeit auch gegenüber den ökonomisch Herrschenden.

Mandel zitiert Elmar Altvater: „Das Kapital kann somit von sich aus in seinen Aktionen die Gesellschaftlichkeit seiner Existenz gar nicht produzieren; es bedarf auf seiner Grundlage einer besonderen Einrichtung, die seinen Grenzen nicht unterworfen ist, deren Handeln also nicht von der Notwendigkeit der [eigenen] Mehrwertproduktion bestimmt ist und die gleichzeitig auf der unangetasteten Grundlage des Kapitals den immanenten Notwendigkeiten nachkommt, die das Kapital vernachlässigt. [...] Der Staat kann also weder als bloß politisches Instrument noch als vom Kapital aufgehobene Institution begriffen werden, sondern nur als besondere Form der Durchsetzung der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals neben und außerhalb der Konkurrenz.“<sup>10</sup>

Die formale Rechtsgleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer voll entfalteten Warenwirtschaft – einschließlich des scheinbar gleichwertigen Tauschs von Arbeit gegen Lohn<sup>11</sup> – ist die Grundlage für den Waren-, aber auch für den Staatsfetischismus.<sup>12</sup> Die institutionelle Basis für die relative Autonomie des Staates liegt in der Vielfaltigkeit seiner Aufgaben und dem Ausmaß seiner Apparate, die infolgedessen ein gewisses „Eigenleben“ entwickeln.<sup>13</sup>

Die materielle Basis des Staates sind die Steuern, ohne sie kein kapitalistischer Staat! Und ohne Repressionsinstrumente (Armee, Polizei, Justiz, Strafvollzug) ist alles andere Schall und Rauch. Der Staat erfüllt allerdings seinen Zweck dann am besten, wenn er wenig Repression einsetzen muss, denn diese hat letztlich Reibungsverluste zur Folge. Gramsci beschreibt dies so: „Die normale Ausübung von Hegemonie zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr über den Konsens überwiegt.“ (Antonio Gramsci: Gefängnishefte 1, S. 120)

Grundlegend für die Machtausübung und Sicherung ist zunächst die Verfügungsgewalt über bestimmtes Wissen. „Die bürokratische Verwaltung bedeutet: Herrschaft kraft Wissen: dies ist ihr spezifisch rationaler Grundcharakter. Über die durch das *Fachwissen* bedingte gewaltige Machtstellung hinaus hat die Bureaucratie (oder der Herr, der sich ihrer bedient), die Tendenz, ihre Macht noch weiter zu steigern durch das *Dienstwissen*: die durch Dienstverkehr erworbenen oder ‚aktenkundigen‘ Tatsachenkenntnisse. Der nicht nur, aber allerdings spezifisch bürokratische Begriff des ‚Amtsgeheimnisses‘ – in seiner Beziehung zum Fachwissen etwa den kommerziellen Betriebsgeheimnis-

sen gegenüber den technischen vergleichbar – entstammt diesem Machtstreben. *Überlegen* ist der Bureaukratie an Wissen: Fachwissen und Tatsachenkenntnis, innerhalb *seiner* Interessenbereichs, regelmäßig *nur*: der private Erwerbsinteressent. Also: der kapitalistische Unternehmer. Er ist die *einzig* wirklich gegen die Unentrinnbarkeit der bürokratischen rationalen Wissens-Herrschaft (mindestens: relativ) *immune* Instanz. Alle andern sind in *Massenverbänden* der bürokratischen Beherrschung unentrinnbar verfallen, genau wie der Herrschaft der sachlichen Präzisionsmaschine in der Massengüterbeschaffung.<sup>14</sup>

Althusser, Poulantzas und andere knüpfen daran an, aber Poulantzas macht einen entscheidenden Fehler (in gewisser Weise bei Althusser, seinem Lehrer, schon angelegt): Poulantzas führt diese Ebene des Machterhalts und der Machtausdehnung des Staates auf die Trennung von Kopf- und Handarbeit zurück und sieht darin die Kernursache für die Entstehung bzw. Fortexistenz und Weiterentwicklung des Staates.<sup>15</sup>

Wenn man die spezifisch für die (Staats-)Bürokratie nützliche Wissensanhäufung nicht ausreichend konkretisiert und stattdessen alle Arbeitsteilung unter die Trennung von Hand- und Kopfarbeit subsumiert, dann kann man neuere Entwicklungen – erst recht die der „Wissengesellschaft“ – überhaupt nicht mehr erklären. Schließlich ist es so – und auch in den 1970er Jahren, als Poulantzas seine Bücher schrieb, schon gut erkennbar –, dass es gerade *nicht* eine fortschreitende Trennung von Hand- und Kopfarbeit gibt. Neuere technologische Entwicklungen – schon im Fordismus! – wären auf diese Weise nie möglich gewesen. Es fand schon im Fordismus eine wachsende Reintegration der Kopfarbeit in den Produktionsprozess statt. Erst recht ist der Postfordismus zu einem erheblichen Teil auch eine Wissensgesellschaft, was allein schon daran ersichtlich ist, dass der Staat heute in zunehmendem Maß z. B. auf digitale Kompetenzen von Privatfirmen und der dort arbeitenden Menschen angewiesen ist.

Zudem kann der Staat nicht nur als Verdichtung von Kräfteverhältnissen angesehen werden, sondern muss vor allem von seinen Grundfunktionen ausgehend begriffen werden. Ohne eine solche Staatsableitung hängt die Darstellung der „relativen Autonomie“ völlig in der Luft. So ist beispielsweise die Begrenzung der Höchstarbeitszeit in England (Einführung des Zehn-Stunden-Gesetzes) ohne ein solches Verständnis nicht zu erklären. Dieses Gesetz diente der physischen Erhaltung der Arbeiter\*innen und war gleichzeitig eine Vorkehrung gegen politisch nicht kontrollierbare Aufstände. So hat also der kapitalistische

Staat in jeder seiner Phasen nicht eine abstrakte Funktion erfüllt, sondern jeweils das umgesetzt, was sowohl dem Eigeninteresse des Staatsapparats als auch dem Erhalt der kapitalistischen Produktionsweise (und damit der ökonomischen Macht des Kapitals) diene.

### **Aufgaben und Funktionsabsicherung des Staats**

Ausgangspunkt einer korrekten Wesensbestimmung muss sein, dass wir den bürgerlichen Staatsapparat nicht als eine Ansammlung von Spitzenpolitikern oder Bürokraten (Spitzenbeamten des Staates) sehen, die vom Kapital ihre Order bekommen. Nichts wäre falscher als das!

Der bürgerliche Staat erfüllt dann – und nur dann optimal – seine Funktion, wenn er bestmöglich für die Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise sorgt. Ganz unmittelbar sorgt der bürgerliche Staat für die ökonomische, soziale und technische Infrastruktur. Dies reicht von der Sicherung der Geldwirtschaft bis dahin, dass der Staat notfalls eigene Wirtschaftsunternehmen gründet, um die ökonomische oder technische Infrastruktur für die gesamte kapitalistische Klasse zu verbessern. In Frankreich ist – historisch bedingt – diese Tätigkeit viel ausgeprägter als in der BRD. Vor allem säkulare Projekte fallen in der Regel dem Staat zu, also jene wirtschaftlichen Investitionen, die für das Einzelkapital nicht zu stemmen wären (bzw. zu wenig Profit abwerfen würden). Ein Extrembeispiel ist die Gründung der Reichswerke Hermann Göring im Faschismus (Juli 1937), um die Auslandsabhängigkeit bei Rohstoffen auf ein Minimum zu reduzieren.

Aber die Aufgaben reichen weiter: „Materielle Umverteilungen innerhalb und zwischen den Klassen sind ohne staatliche Gewalt nicht realisierbar und die Existenz von Staaten bleibt elementar für die Regulation der Klassenverhältnisse, für die Legitimation der herrschenden Verhältnisse und für die Gewährleistung eines gewissen sozialen Zusammenhalts.“<sup>16</sup>

All dies muss auch von einem bestimmten Personal umgesetzt werden. Wie Mandel betont, ist es ein mechanischer Fehler, die bürgerliche Klasse auf die „fungierenden Kapitalisten“ zu reduzieren. *Sämtliche Kapitalbesitzer* gehören zu dieser Klasse, also *auch* die Rentiers (Couponschneider), hoch bezahlte Manager usw. Eine wichtige „Nebenlinie“ der Bourgeoisie bilden die „Berufspolitiker“ und die oberen Ränge der Staatsbürokratie. Dieses „Nebenlinie“ wächst im Gleichklang mit der Hypertrophie des Staates. Diese Bürokratie identifiziert sich weitgehend mit dem Staat „an sich“ und dieser Identifizierung entspricht am genauesten die Ideologie des Gesamtinteresses der Gesellschaft.

Mandel: „Die hohen Einkünfte der Spitzen des Staatsapparates, ihr Zugang zu vertraulichen Informationen für einträgliche und gesicherte Spekulationen...sichert in quasi automatischer Weise die Einbindung (Integration) von Spitzenpolitikern und Spitzenbeamten in die bürgerliche Klasse, ungeachtet ihrer Herkunft, weil es ihnen Akkumulation von Geldkapital ermöglicht. Als Kapitaleigner sind sie dann an der Erhaltung des Grundbestands der bürgerlichen Ordnung interessiert.“<sup>17</sup>

„Diese Selektionsverfahren – die weniger auf direktem Ämterkauf, Nepotismus, Vererbung von Pfründen oder Belohnung von Diensten an Staatshäuptern beruhen, wie dies in vorkapitalistischen Staaten der Fall war – fußen in beträchtlichem Ausmaß auf Leistungszwang und Konkurrenz, die selbstverständlich nicht von der in der kapitalistischen Produktionsweise wurzelnden Konkurrenz und Leistungszwang in der materiellen Produktion willkürlich getrennt werden können. Wichtig jedoch ist es zu unterstreichen, dass sich in diesem Selektionsprozess Verhaltensweisen und Denkformen durchsetzen *müssen*, die erfolgreiche bürgerliche Politiker und hohe Beamte objektiv zu Instrumenten der Klassenherrschaft des Bürgertums gestalten, unabhängig von ihrer persönlichen Motivierung oder ihrem subjektiven Selbstverständnis.“<sup>18</sup> Nur wer also den Klasseninteressen des Kapitals entspricht, kann entsprechend aufsteigen. Dies nicht erkannt zu haben, ist ein wesentlicher Schwachpunkt aller Reformist\*innen.

Mandel schreibt: „Aber nicht nur der hierarchische Aufbau bestimmt die Rolle des bürgerlichen Staates als Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klasse. Seine Struktur selbst ist das hier entscheidende Moment, welches bewirkt, daß dieser Staat – auch in seiner demokratischsten Form – diese Rolle und *nur* diese Rolle spielen kann.“ Und als Fußnote fügt er hinzu: „Unkenntnis des Strukturcharakters des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist der Hauptfehler aller Reformisten und Neo-Reformisten, inkl. jener mit den ‚besten Absichten‘: der Befürworter ‚systemüberwindender‘ Reformen und der Anhänger des Konzepts des ‚anti-monopolistischen‘ Bündnisses“.<sup>19</sup> „Den bürgerlichen Staatsapparat zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft benutzen zu wollen, unterscheidet sich nicht von der Illusion, eine Armee mit Hilfe pazifistischer Generäle auflösen zu können.“<sup>20</sup>

„Bedenkt man überdies, wie stark die Vorherrschaft der allgemeinen Ideologie des Bürgertums auch im Proletariat in ‚ruhigen Zeiten‘ bleibt und bleiben muß; wie sehr mehrere ‚Grundmythen‘ als selbstverständlich gelten,

gerade weil sie nichts anderes sind als ein ideologischer Reflex der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, dann versteht man, welche gewaltige integrierende Kraft von der bürgerlichen Staatsform ausgeht – eine Kraft, die nicht zuletzt führende Kader von Arbeitermassenparteien und Massengewerkschaften über die Symbiose mit dem Staatsapparat in zahlreichen konzertierenden Gremien zu systemkonformem Verhalten, wenn nicht sogar zu praktischer Aussöhnung mit dem Spätkapitalismus verleitet.“<sup>21</sup>

Im vorimperialistischen Stadium des Kapitalismus war der Staat vergleichsweise schwach. Der Hauptunterschied zur vorangegangenen Gesellschaftsordnung lag seinerzeit darin, dass die herrschende Klasse weniger direkte Gewalt zur Durchsetzung der unmittelbaren Zwangs- und Knechtschaftsverhältnisse benötigte.

In dem Maße, wie sich allerdings die Klassenkämpfe verschärften (also die ideologische Integration nicht mehr ausreichend für Klassenruhe sorgen konnte), wuchs die Macht des bürgerlichen Staates, und zwar sowohl in seiner unmittelbar ökonomischen Rolle wie auch beim Einsatz vermehrter Repression. Dabei findet ein bedeutsamer Ausbau des eigentlichen Staatsapparats statt, der für eine eigene „interne“ Kontinuität sorgt. Will heißen: Die offizielle Staatsspitze kann (seit Beginn des 20. Jahrhunderts sogar in wachsendem Maß) relativ problemlos ausgetauscht werden, ohne dass damit der ganze Funktionszusammenhang oder die Aufgabenbestimmung des Gesamtapparates gefährdet wird. Mehr und mehr entwickelt dieser Apparat eine sehr funktionsfähige Infrastruktur, deren wichtiges Personal der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist. In den letzten Jahrzehnten wurde dies in einigen Ländern (am besten bekannt für den Fall der Türkei) noch durch eine Entwicklung des „tiefen Staates“ ergänzt, also einer konspirativen Verflechtung von Geheimdiensten, Militär und Teilen des traditionellen engeren Staatsapparats.<sup>22</sup>

Wir sollten festhalten – auch Poulantzas hat dies zu Recht betont –, dass es keine unaufhaltsame lineare Tendenz in Richtung autoritärer oder gar faschistischer Staat gibt. Die Behauptung von einer allgemeinen „Faschisierung“ des Staates ist purer Unsinn, weil dies nicht die wechselnden Kräfteverhältnisse und die daraus sich für die Bourgeoisie ergebenden Konsequenzen wahrnimmt. Georg („Schorsch“) Jungclas schreibt dazu: „Die Bourgeoisie übt ihre Herrschaft jeweils in der Form aus, die vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen die zweckentsprechendste ist.“<sup>23</sup> Zur Bevorzugung dieser oder jener Form des bürgerlichen Staates (parlamentarische Demokratie, Bonapartismus, Militärdiktatur, Faschismus) gelangt die

Bourgeoisie natürlich *nicht* mittels weisen Beschlusses eines Rates aller Kapitalist\*innen. Gerade aufgrund der relativen Autonomie des Staates kann es zu sehr zähem Ringen und Kräfteressen kommen. So hat sich in Frankreich nach den revolutionären Unruhen von 1848 erst im Verlauf von mehr als anderthalb Jahren der Bonapartismus durchgesetzt.<sup>24</sup>

### Veränderungen der konkreten Staatsaufgaben im Spätkapitalismus

Im Kapitalismus haben wir einen scheinbar widersprüchlichen Prozess, der aber bei genauerem Hinsehen keine wirklichen Verständnisprobleme bereitet. Auf der einen Seite entwickelt der bürgerliche Staat mit dem Entstehen des Imperialismus eine zunehmend aktive Rolle zur Sicherung der *unmittelbaren* Profitinteressen des heimischen Kapitals (mit der Entwicklung des „Wettbewerbsstaates“ steigert sich dies sogar qualitativ<sup>25</sup>). Auf der anderen Seite verstärkt der Staat mit der Zunahme weiterer konkreter Funktionen und dem Ausbau seiner Apparate die relative Autonomie des Staates gegenüber den unmittelbaren Wirtschaftsinteressen dieser oder jener Kapitalfraktion. Da dieser Ausbau des Staates automatisch mit einer Stärkung der materiellen und politischen Interessen der Staatsagenten einhergeht, sind nicht wenige Menschen davon überzeugt, dass der Staat ein klassenunabhängiges Gebilde ist, das gerade nicht den eingangs zitierten Aussagen von Engels entspricht.

Im Postfordismus kommt es zu einem gewaltigen Ausbau der internationalen Wertschöpfungsketten. Foster/Suwandi schreiben: „Die Covid-19-Pandemie mit ihren Lockdowns und den Maßnahmen sozialer Distanzierung ist ‚die erste globale Lieferkettenkrise‘ (Stefano Feltri, Why Coronavirus Triggered the First Global Supply Chain Crisis. In: Pro-Market, 5. März 2020). Sie hat zu ökonomischen Wertverlusten, enormer Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, dem Zusammenbruch von Firmen, weit verbreitetem Hunger und anderen Entbehrungen geführt.“<sup>26</sup> Die Autoren schreiben weiter (und zitieren dabei Elisabeth Braw<sup>27</sup>), dass beispielsweise Volkswagen „5000 direkte Zulieferer hat, die alle noch einmal im Durchschnitt 250 Zulieferer der zweiten Ebene besitzen. Dies bedeutet, dass die Firma tatsächlich 1,25 Millionen Zulieferer hat, von denen sie [eine multinationale Firma] die große Mehrheit nicht kennt.“ Zulieferer der dritten Ebene sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.<sup>28</sup>

Die qualitativ gesteigerte Verflechtung der Weltwirtschaft – bedeutend mehr Welthandel sowie gewaltig

ausgedehnte Lieferketten – hat weitreichende Folgen für die konkreten Aufgaben des Staates. Der in diesem Prozess sich entwickelnde Wettbewerbsstaat erfordert von den Staatsapparaten andere Mittel, als es sie noch im Fordismus gab, u. a. auch und gerade die verstärkten internationalen Aktivitäten (WTO usw.), im Extremfall bis hin zu wieder mehr bewaffneten Interventionen. Die Staatsfunktionen nehmen also zu!

Natürlich ist ein Wettbewerbsstaat in aller Regel auch weiterhin ein Nationalstaat (die Fälle, in denen er mehrere Nationen abdeckt, sind hier mitgedacht) und somit auch als reiner Apparat schon darum bemüht, sich (national und international) zu behaupten. Die relative Autonomie wirkt fort, aber der Staat entwickelt kein von Klasseninteressen unabhängiges oder „neutrales“ Eigenleben.

Das nimmt im Wettbewerbsstaat sehr handfeste Formen an. Es gibt keinen bedeutsamen Staatsbesuch in China, Russland, Saudi-Arabien usw., bei dem nicht große „Wirtschaftsdelegationen“ mitreisen, denen die staatlichen Vertreter – von Guttenberg (siehe Wirecard) bis Altmeier – die Türen öffnen.

Die Konkurrenz der Standorte erleichtert es den Herrschenden ganz beträchtlich, den Druck auf die Lohnabhängigen (und andere unterdrückte Schichten) zu erhöhen. Gleichzeitig hilft diese Konkurrenz der Wettbewerbsstaaten, ein Nationalgefühl herzustellen oder zu festigen (Fetisch der „Volksgemeinschaft“). Die international agierenden Unternehmen brauchen aber auch staatliche Unterstützung bei der Absicherung ihrer Geschäfte. Nicht zuletzt die Herrschaft über die Peripherie wäre ohne die aktive Tätigkeit der imperialistischen Staaten nicht in dem heute vorhandenen Maß aufrechtzuerhalten.

### Basis und Überbau

Gerade in der bürgerlichen Gesellschaft besteht der Staat aus sehr viel mehr als nur den Spitzen des Staatsapparats. Gramsci legte großen Wert darauf, hervorzuheben, dass in dem Gesamtgebilde, das den Menschen als Staat gegenübersteht, eine Reihe von „Institutionen“ mit zu betrachten sind: Medien, Kirche, Familie.<sup>30</sup> Für Gramsci sind letztlich auch Parteien, Verbände, Universitäten usw. Teil der „zivilen Gesellschaft“ und Bestandteile des regulativen Systems und damit Teil des Staates, also Teil der verdichteten Kräfteverhältnisse.

Für seine Funktionsabsicherung nutzt der Staat nicht zuletzt *ideologische Staatsapparate*. Diese Begrifflichkeit geht auf Althusser zurück<sup>31</sup> und wird von Poulantzas (teilweise abgewandelt) aufgegriffen. Im Grunde aber ist diese

Erkenntnis nicht neu. Marx und Engels führen aus: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschend *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zur Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion.“<sup>32</sup> Kurz: Auch im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts wirkten diese Apparate, damals mit einer größeren Rolle der Kirche, aber ebenfalls schon mit der kapitalistisch erziehenden Rolle der Schule, der Medien usw.

Aus den Ausführungen zur eigenständigen Rolle des Staates leitet sich auch ab, dass die oft verwendete Charakterisierung des Staates als „Überbau“ ganz leicht zu Missverständnissen führen kann und deshalb tunlichst vermieden werden sollte. Gramsci schreibt dazu:

„Ökonomie und Ideologie. Die Behauptung, die wie ein grundlegendes Postulat des historischen Materialismus vorgebracht wird, daß jede Bewegung in der Politik und der Ideologie als ein unmittelbarer Ausdruck der Basis darzustellen und zu erklären ist, muß theoretisch als primitiver Infantilismus und praktisch mit dem authentischen Zeugnis von Karl Marx bekämpft werden, der konkrete historische und politische Werke verfaßt hat. [...]

1. Die Schwierigkeit, die Basis jeweils statisch (wie eine fotografische Momentaufnahme) zu erfassen. Die Politik ist in der Tat stets die Widerspiegelung der Entwicklungstendenzen der Basis, diese Tendenzen müssen aber nicht unbedingt zu ihrer vollen Entfaltung kommen.

2. Daraus folgt, daß einer bestimmten politischen Handlung durchaus ein Kalkulationsfehler von Führern der herrschenden Klassen zugrunde gelegen haben kann, ein Fehler, den die historische Entwicklung im Zuge der parlamentarischen Regierungskrisen der herrschenden Klassen korrigiert und überwindet: Der mechanische historische Materialismus zieht die Möglichkeit des Irrtums überhaupt nicht in Betracht, sondern sieht jeden politischen Akt unmittelbar durch die Basis bestimmt, das heißt als eine Widerspiegelung einer realen und dauerhaften (erworbenen) Veränderung der Basis. [...]

3. Es wird nicht genügend berücksichtigt, daß viele politische Handlungen durch eine innere Notwendigkeit der Organisation verursacht werden, das heißt, sie sind durch das Erfordernis bedingt, einer ‚Partei‘, einer Gruppe, einer Gesellschaft einen geschlossenen Charakter zu geben. Das zeigt sich zum Beispiel klar in der Geschichte der katholischen Kirche. Wenn man für jeden ideologischen Kampf innerhalb der Kirche die unmittelbare und ursprüngliche

Erklärung in der Basis suchen wollte, würde man schön hereinfallen ...“<sup>33</sup>

Zu den von Gramsci so bezeichneten „Kalkulationsfehlern“ will ich ein Beispiel geben, das mir schlagend erscheint: Hätten die entscheidenden staatlichen Stellen am 10. Mai 1968 in Paris die Studierenden nicht angegriffen, sondern hätten sie sich zu Gesprächen und Zugeständnissen bereit erklärt, dann wäre es nicht zur „Nacht der Barrikaden“ gekommen. Die aber wurde im ganzen Land live übertragen, die Repression der Polizei hat eine gewaltige Empörung ausgelöst. Drei Tage später, am Montag, den 13. Mai, begann der größte Generalstreik in der französischen Geschichte (9,5 Mio. Streikende) und eine bis dahin nicht dagewesene breite gesellschaftliche Mobilisierung, die die französische Geschichte (auch die Entwicklung jenseits der Landesgrenzen) über Jahre geprägt hat und für eine gewisse Zeit die Kräfteverhältnisse in Frankreich spürbar verändert hat. Mehr noch, wie Daniel Bensaïd mehrfach in seinen Reden und Schriften erklärt hat: Ende des Monats stand drei Tage lang nicht fest, in welche Richtung sich das Kräftemessen entwickeln würde. Der Staat – in dem Fall die „V. Republik“ – befand sich in einer bis dahin nicht dagewesenen Krise.

### **Der Staat ist und bleibt ein Klassenstaat**

Nur wenn wir die bisherigen Ausführungen in ihrem Kern ernst nehmen, können wir uns wieder auf Marx und Engels beziehen und richtig einordnen, was sie im *Kommunistischen Manifest* geschrieben haben: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisie verwaltet.“<sup>34</sup> Oder auch Engels: „Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“<sup>35</sup>

Mit anderen Worten: Die Erkenntnis, dass der bürgerliche Staat (mehr als seine Vorgänger) über eine weitreichende Autonomie verfügt (selbst der weit gebräuchliche Begriff „relative Autonomie“ ist eher zu schwach), bedeutet nicht, dass dieser Staat ein Eigenleben hat, das es ihm ermöglicht, sich von den Interessen der herrschenden Klasse, nämlich der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, abzukoppeln oder sie zu bekämpfen. Für die im Staatsapparat Tätigen (mindestens an ihrer Spitze) bestehen auch ganz eigene Interessen, vorrangig die der eigenen materiellen Absicherung, unabhängig von der gerade bestehenden Kapitalprofitabilität. Aber auch die sind letztlich an die Fortexistenz der kapitalistischen Produktionsweise gebunden.

Eine Politik, die dies nachhaltig untergraben würde, käme einem Selbstmord der hohen Staatsbeamten gleich. Mehr noch: Würden bedeutende Kapitalkreise (ganz gleich, ob in offiziellen Verbänden organisiert oder nur „privat“ miteinander verbunden) eine solche Gefahr sehen, dann würden sie unverzüglich mit „einsichtigen“ Kreisen der Armee, der Polizei usw. einen Staatsstreich in die Wege leiten. Der kann bonapartistisch oder in Form einer Militärdiktatur (notfalls auch faschistisch) umgesetzt werden. So hat sich in Deutschland im Jahr 1932 das Großkapital hinter Hitler versammelt, eingeleitet durch die Einladung Hitlers im Industrieclub zu Düsseldorf (26.1.1932), als er vor 300 handverlesenen Großkapitalisten (Frauen waren keine dabei) sein Programm darlegen konnte. Nicht anders war es bei den Beispielen, die Ernest Mandel anführt.<sup>36</sup>

Die hohen Staatsbeamten haben nicht nur ein ideologisches Interesse an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus. „Wer aus Angst, dem ‚Vulgärmarxismus‘ zu verfallen oder sich in ‚beschreibendem Kleinkram‘ zu verlieren, dieses Moment aus der Analyse des Strukturcharakters der bürgerlichen Gesellschaft, die Staat und Bourgeoisie unzertrennlich miteinander verbinden, ausschaltet, verliert den Blick für ein Wesensmoment dieser Gesellschaft, d.h. des Kapitals selbst. Denn universeller Bereicherungstrieb und universelle Geldwirtschaft sind nicht eine ‚externe‘ Nebenerscheinung, die der kapitalistischen Produktionsweise irgendwie aufgepfropft wäre: sie sind strukturelle Wesenszüge dieser Gesellschaft, von deren Wirkungen sich keine Gruppe von Menschen dauerhaft befreien kann, demnach auch nicht Berufspolitiker oder Bürokraten. Nicht individuelle Korruption, sondern die unvermeidlichen Auswirkungen der dem Kapitalismus immanenten Tendenz, jede beträchtliche Geldsumme in eine Quelle von Mehrwert zu verwandeln, d.h. zu kapitalisieren, liegen an der Basis dieser Analyse.“<sup>37</sup>

Heute sieht die Verbindung von Staatsapparat und Großkonzernen so aus, dass die gegenseitige „Beratung“ über die offizielle Lobbyistenschiene verläuft. Wie unverfroren man dabei vorgeht, zeigt die speziell dafür eingerichtete Beurlaubung des Diplomaten Jens Hanefeld (Außenministerium), damit er bei VW als Leiter der Abteilung „Internationale und Europäische Politik“ fungieren kann.<sup>38</sup>

Sowohl die sorgfältige Analyse des strukturellen Charakters des bürgerlichen Staates als auch die Auswertung aller geschichtlichen Erfahrungen des Kampfs gegen den Staat im Kapitalismus machen unmissverständlich klar:

Ein scheinbar Überwinden der kapitalistischen Staatsordnung und ein Hinübergleiten in eine demokratisch-sozialistische Verwaltung des Gemeinwesens (gar mit der Tendenz des Absterbens staatlicher Macht) ist schlicht nicht vorstellbar. Die Angst, die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs offen auszusprechen, zeichnet allerdings nicht nur ausgemachte reformistische Organisationen wie etwa die Partei Die LINKE aus, die meinen, dass eine solche Klarstellung abschrecken und ihrer „Realpolitik“ schaden würde.

So drückt sich auch der vielseitig geschätzte Poulantzas (der keinem „realpolitischen Druck“ ausgesetzt war) um diese Klarstellung, wenn er beispielsweise ausführt: „Die radikale Transformation des Staatsapparats in einem demokratischen Weg zum Sozialismus impliziert, dass es nun nicht mehr um das gehen kann, was man traditionellerweise als Zerschlagung oder Zerstören dieses Apparats bezeichnet.“<sup>39</sup>

Ursache für Poulantzas' Herangehensweise ist seine fehlerhafte Aufarbeitung der Geschichte, wenn er bei Lenin „Keime des Stalinismus“<sup>40</sup> ausmacht und einen Widerspruch zwischen Rätemacht und Demokratie sieht. Die Oktoberrevolution sieht Poulantzas nur vor dem Hintergrund des zaristischen Russlands als gerechtfertigt bzw. in dieser Form als notwendig an. Verallgemeinernde Lehren daraus zu ziehen, wie Lenin und vor allem die III. Internationale in ihrer Anfangszeit (also vor ihrer stalinistischen Degeneration) vorschlugen, lehnt Poulantzas ab.<sup>41</sup>

Der Kern seines Missverständnisses liegt in seiner Gleichstellung einer „jakobinischen Tradition“ mit der Rätemacht, die im Gegensatz zur „Selbstverwaltung und der direkten Basisdemokratie“ stehe.<sup>42</sup> Er erklärt das so: „War nicht diese Situation, diese Linie (die radikale Ersetzung der repräsentativen Demokratie durch die bloße Rätedemokratie) der grundlegende Faktor für das, was in der Sowjetunion bereits zu Lenins Lebzeiten geschehen ist, und der den zentralistischen und etatistischen Lenin hervorbrachte, dessen Erben man kennt?“<sup>43</sup> Wieso sich Rätedemokratie und Selbstverwaltung aber angeblich gegenseitig ausschließen, erklärt er nicht. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Ohne politische Struktur, die die Selbstverwaltung überhaupt ermöglicht und ökonomisch sowie politisch absichert, ist ein Absterben des Staates (also der Kampf gegen den Etatismus) gar nicht vorstellbar. Den Etatismus (im Namen der Selbstverwaltung) abzulehnen, aber gleichzeitig den radikalen Bruch mit dem bürgerlichen Staat abzulehnen, ist nicht gerade besonders konsequent.

Um sein Etappenmodell zu rechtfertigen, führt Poulantzas aus: „Der kapitalistische Staat wird dabei [von den Verfechtern der Räte-demokratie] als bloßes Objekt oder Instrument betrachtet, das von der Bourgeoisie, deren Produkt er ist, nach Belieben manipuliert werden kann – man gesteht ihm also keine inneren Widersprüche zu. [...] Wenn die Sowjets en bloc den bürgerlichen Staat ersetzen sollen, so bedeutet dies nicht mehr, dass die bürgerliche Demokratie durch die direkte Basisdemokratie ersetzt wird. Das Problem ist nicht mehr der Anti-Staat, als vielmehr der *Parallel-Staat*, der dem instrumentalistischen Modell des gegenwärtigen Staates nachgebildet ist und insofern ein proletarischer Staat sein soll, als er von oben durch die revolutionäre ‚Einheits‘partei kontrolliert und besetzt wird.“<sup>44</sup>

Wenn man auf diese Weise Räte-demokratie mit Stalinismus verwechselt (also mit einem System der „Einheitspartei“, ohne demokratische Willensbildung usw.), dann verbaut man sich natürlich den Weg für die Ausarbeitung einer tatsächlichen Alternative zur bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Noch eindeutiger kommt Poulantzas' gradualistische Sichtweise in folgenden Ausführungen zum Ausdruck: „Der demokratische Weg zum Sozialismus ist ein langer Prozess, in dem der Kampf der Volksmassen nicht auf die Errichtung der Doppelherrschaft zielt, die parallel zum Staat und außerhalb von ihm verläuft, sondern sich auf die inneren Widersprüche des Staates richtet. [...] Die Macht ist keine quantifizierbare Substanz, die der Staat besitzt und die man ihm entreißen müsste. Die Macht besteht aus einer Serie von Verhältnissen zwischen den gesellschaftlichen Klassen, die sich par excellence im Staat konzentrieren, der die Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen konstituiert. [...] Der lange Prozess der Machtergreifung in einem demokratischen Weg zum Sozialismus besteht im Wesentlichen darin, die innerhalb der staatlichen Netzwerke verstreuten Widerstandszentren der Massen zu entfalten, verstärken, koordinieren und zu leiten, sowie neue Zentren zu schaffen und zu entwickeln. Dadurch können diese Zentren auf dem strategischen Terrain des Staates zu effektiven Zentren realer Macht werden. Also nicht um die simple Alternative zwischen Stellungs- und Bewegungskrieg, denn der Stellungskrieg im Sinne Gramscis besteht immer in der Einkreisung des Staates-als-Burg.“<sup>45</sup>

Nicht nur steht Poulantzas damit doch recht deutlich im Gegensatz zur strategischen Orientierung eines Antonio Gramsci. Mehr noch: Es ist aufgrund dieser Ausführungen auch überhaupt nicht verwunderlich, dass er große Sympathien für den Eurokommunismus hatte.<sup>46</sup>

Wir sollten nichts vernebeln: Das Gegenstück zu diesen illusionären Konzepten des etappenweisen Überwindens des bürgerlichen Staates ist die Praxis der Pariser Commune, die Marx als „die endlich gefundene politische Form“<sup>47</sup> der Diktatur des Proletariats bezeichnete. Aus all den bis hierhin dargelegten Charakteristika des bürgerlichen Staates – seiner strukturell auf die Wahrung der kapitalistischen Produktionsweise basierenden Funktion wie auch der erbitterten Verteidigung dieser Rolle durch die Bourgeoisie – geht zwingend hervor: Die Bourgeoisie wäre mit dem Klammersack gepudert, wenn sie zuliebe, dass der Garant ihrer ökonomischen Macht – der Staat – stückchenweise demontiert wird. Von daher ist auch „rebellisches Regieren“ nicht möglich, was sogar die in der Partei Die LINKE nicht gerade auf dem linken Flügel verorteten Michael Brie und Gabi Zimmer ansatzweise einsehen<sup>48</sup>. Die Erfahrung der Geschichte lehrt vielmehr das Gegenteil: Entweder eine (reformistische) Partei oder Parteienkoalition passt sich an und übernimmt die Verwaltung der Misere (und ist dadurch gerade *kein* mobilisierender Faktor im Klassenkampf) oder aber eine solche Regierung wird aus dem Weg geräumt bzw. kommt gar nicht erst ins Amt. Die Geschichte lehrt nun mal kein Gegenbeispiel zu diesen zwei Schicksalen reformistischer Parteien an der Regierung.

Das beharrliche Orientieren der Partei Die LINKE auf eine Regierungsbeteiligung belegt nur, wie stark sie dem reformistischen Weg verpflichtet ist, der immer wieder in die o. g. Sackgasse geführt hat.

15. Oktober 2020

**1** Ernest Mandel: „Die marxistische Staatstheorie“ deutsche Erstveröffentlichung in „Gegen den Strom“ Nr. 1 (Dezember 2013), S. 8 <https://intersoz.org/die-marxistische-staatstheorie/>

**2** Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. MEW 21: 165

**3** Engels a. a. O. S. 166 f

**4** Joachim Hirsch legt – so in „Marxistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems“, Hamburg (VSA), 2015 – großen Wert auf den Unterschied des modernen Staates zu allen Vorgängergebilden. Man könnte ihm allerdings vorwerfen, dass er nicht ausreichend betont, dass sich mit diesen Änderungen gerade nichts an der grundlegenden Wesensbestimmung des Staates geändert hat.

**5** Zum Grundsätzlichen siehe Ernest Mandel: „Methodisches zur Bestimmung der Klassennatur des bürgerlichen Staates“, in: Marxismus und Anthropologie. Festschrift für Leo Kofler, Bochum 1980, S. 213 – 232; <https://intersoz.org/methodisches-zur-bestimmung-der-klassennatur-des-buergerlichen->

staates/ Zur Untermauerung im Konkreten siehe z. B. Mandels Buch „Der Zweite Weltkrieg“, Frankfurt (isp-Verlag) 1991 und hier im Besonderen das Kapitel zum Historikerstreit.

- 6** Wie die erweiterte Reproduktion des Kapitals konkret funktioniert, legte Marx im II. Band des *Kapitals* dar.
- 7** Siehe dazu im Besonderen Kapitel 13 in *Das Kapital* Band I.
- 8** Diese wesentliche Erkenntnis, die Marx uns vermittelt hat, scheint in der Parteiführung der LINKEN nicht gerade stark verankert zu sein.
- 9** Karl Marx, „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“, MEW 1: 204
- 10** E. Altvater: „Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus“ in *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 3, hier zitiert nach Ernest Mandel: „Der Spätkapitalismus“, Frankfurt (suhrkamp), 1972, S. 436
- 11** Arbeitskraft und Lohn entsprechen sich wertmäßig, nicht aber Arbeit und Lohn. Zur Unterscheidung siehe MEW 23: 181–200
- 12** Mehr zum Staatsfetischismus in Ernest Mandel: „Macht und Geld“, Köln (isp), 2000, im Besonderen Kapitel 1
- 13** Die Summe der vom Staat zu schaffenden „allgemeinen Produktionsbedingungen“ steigt ständig und zwar *im Gegensatz* zur Behauptung des Neoliberalismus. Das wird auch von der Tendenz zum angeblich schlanken Staat nicht widerlegt. Schlanker (also mit möglicherweise weniger Personal) bedeutet *nicht* weniger Bürokratie oder weniger staatliche Aufgaben. In Wirklichkeit läuft „schlanker machen“ nur auf mehr Freiheit für das Kapital hinaus.
- 14** Max Weber: „Wirtschaft und Gesellschaft“, Tübingen 1980, S. 128f.
- 15** Siehe etwa: „Es gehört zu den grundlegenden Aussagen der Klassiker des Marxismus, dass der zweifellos wichtigste Aspekt in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Bezug auf die Herausbildung des Staates als ‚besonderem Apparat‘ in der Teilung zwischen manueller und geistiger Arbeit zu suchen ist. [Belege führt Poulantzas nicht an.] [...] Erst im kapitalistischen Staat erhält das organische Verhältnis von geistiger Arbeit und politischer Herrschaft, von Wissen und Macht seine vollendete Form.“ Nicos Poulantzas: „Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus.“ Hamburg 2002 (VSA), S. 83 Ähnlich a. a. O. S. 88)
- 16** Hirsch, a. a. O. S. 134
- 17** Ernest Mandel: *Methodisches zur Bestimmung ...*, a. a. O. S. 229
- 18** E. M. *Methodisches ...*, a. a. O. S. 230
- 19** Ernest Mandel: *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt (suhrkamp) 1972, S. 441
- 20** E. M.: *Der Spätkapitalismus*, a. a. O. S. 442
- 21** ebenda
- 22** Worauf sich der „tiefe Staat“ unter anderem stützt, hat Hans-Jürgen Schulz dargelegt in „Die geheime Internationale. Spitzel, Terror und Computer. Zu Geschichte und Funktion der Geheimdienste in der bürgerlichen Gesellschaft“, Frankfurt (isp-Verlag) 1982  
Für eine Abkehr von der parlamentarischen Demokratie können sich staatstragende reaktionäre Kräfte im gegebenen Fall in Frankreich z.B. sehr stark auf die Polizei stützen, die

bei den „élections professionnelles“ (sie entsprechen in etwa den Personalratswahlen) zu mehr als zwei Dritteln für die zwei sehr rechten „Gewerkschaften“ der Polizei *Alliance* und *Unité SGP* stimmt.

- 23** Georg Jungclas: „Die Formen des kapitalistischen Staates“, Hamburg (isp-Verlag) 1972, S. 1
- 24** Siehe dazu die für die marxistische Staatstheorie so grundlegende Schrift: Karl Marx: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, MEW 8:111 ff
- 25** Siehe dazu J. Hirsch, a. a. O. Kap. 3
- 26** Foster/Suwandi „Covid-19 und der Katastrophenkapitalismus“ in *Z, Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 123, September 2020, S. 23
- 27** E. Braw: „Blindsided on the Supply Side“, in *Foreign Policy*, 4. März 2020
- 28** Foster/Suwandi, a. a. O. S. 23
- 30** Mehr dazu in Antonio Gramsci: „Gefängnishefte“, Krit. Ausgabe Bd. 2, vor allem in Heft 7
- 31** Louis Althusser: „Ideologie und ideologische Staatsapparate“, Hamburg (VSA), 2010
- 32** Marx/Engels: *Die deutsche Ideologie*, MEW 3: 46
- 33** Antonio Gramsci: „Gefängnishefte“, Heft 7, Krit. Ausgabe Bd. 2, S. 871–873, hier zitiert nach Antonio Gramsci: „Zur Politik, Geschichte und Kultur“, Frankfurt (Röderberg) 1980, S. 219 f
- 34** MEW 4 : 464
- 35** Friedrich Engels: *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*. MEW 19, S.222, 1880
- 36** E. M. „Methodisches zur Bestimmung ...“ a. a. O. S. 231
- 37** E. M. a. a. O. S. 229
- 38** Näheres dazu unter: <https://gewerkschaftsforum.de/vw-warb-lobbyisten-aus-dem-aussenministerium-ab/>
- 39** Poulantzas, a. a. O. S. 289
- 40** a. a. O. S. 279
- 41** a. a. O. S. 278 f
- 42** a. a. O. S. 278
- 43** a. a. O. S. 280
- 44** a. a. O. S. 281 f
- 45** a. a. O. S. 285 f
- 46** Zur Kritik des Eurokommunismus sei auf Ernest Mandel verwiesen: „Kritik des Eurokommunismus. Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?“, Berlin (Olle & Wolter) 1978, im Besonderen auf Kapitel 11 Die KPF, der Eurokommunismus und der bürgerliche Staat.“
- 47** MEW 17: 342
- 48** Michael Brie und Gabi Zimmer: „Sagen, was ist! Zur Strategiedebatte der Partei Die LINKE im Vorfeld der Bundestagswahl 2021“ in *Sozialismus 10–2020*, S. 5

# ÜBER DAS WERK VON ERNEST MANDEL SINNVOLL DISKUTIEREN!

Die in *die internationale* 6/2020 erschienene kritische Auseinandersetzung mit meinem Beitrag zum Werk von Ernest Mandel ist zu begrüßen, weil eine Debatte über die theoretische Hinterlassenschaft dieses herausragenden Mitglieds unserer Vierten Internationale sehr willkommen ist. Am Schluss dieser Antwort werde ich einen Vorschlag dazu machen, wie diese Debatte fortgesetzt werden sollte.

## ■ Manuel Kellner

Leider bietet die Kritik von Johann-Friedrich Anders wenig Anhaltspunkte für eine Debatte auf angemessenem Niveau. Aus den ersten zwei Absätzen seines Beitrags geht hervor, ich habe Ernest Mandels Werk mit dem Artikel in Heft 5/2020 eigentlich gar nicht gewürdigt. Es sei die Frage, ob ich seine „theoretischen Positionen zu bloßen Ansichten“ degradiere.

Dagegen spricht zweierlei. Erstens: Ernest Mandel hatte mich 1972 in Brüssel für die Vierte Internationale gewonnen; seitdem lese ich seine Schriften; im Juni 2006 promovierte ich mit einer Werkbiographie über ihn, die seit 2009 in Buchform vorliegt; um sie zu schreiben, habe ich sieben Jahre meines Lebens aufgewendet. Doch nicht, um über „bloße Ansichten“ zu referieren? Zweitens: Buchstäblich kein einziges Mitglied unserer Vierten Internationale außer Johann-Friedrich Anders hat in meinem Beitrag zum Werk von Ernest Mandel in unserer internationalen Presse etwas anderes gesehen als eine – verhalten kritische – Würdigung seiner theoretischen Positionen.

Zur Art und Weise, wie J.-F. Anders mir Fehler ankreidet, ist sein erstes Beispiel recht aufschlussreich. So schreibt einer, der Haare in der Suppe mit der Lupe sucht. Über die

„Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung hauptamtliches Personal zu haben“ zitiert Johann-Friedrich Anders mich mit den Worten, dies sei Ernest Mandel „wohl bewusst“ gewesen. Daraus zieht er den Schluss, ich meinte wohl, Ernest Mandel sei sich „vielleicht“ dessen bewusst gewesen. Sonst hätte ich nämlich „wohlbewusst“ schreiben müssen.

Nun, ich hatte den Artikel für *Imprecor* in französischer Sprache geschrieben. Dort steht an der bewussten Stelle: „Ernest Mandel en était bien conscient.“ Das heißt so viel wie „Das war Ernest Mandel ganz klar.“ Die Zweideutigkeit, die mein Kritiker aus der deutschen Übersetzung herausliest, war mir bei deren Durchsicht nicht aufgefallen. Das Beispiel zeigt, dass Johann-Friedrich Anders an meinen Text mit wenig Wohlwollen herangeht. Wenn er schon mit „wohl bewusst“ statt „wohlbewusst“ Haare spalten wollte, dann wäre ihm doch zuzumuten gewesen, im französischen Original nachzusehen. Ich kann noch froh sein, dass mein Genosse Kritiker die Möglichkeit einer „Rechtschreib-Nachlässigkeit“ einräumt ...

Sowohl meine Wiedergabe von wichtigen theoretischen Positionen Mandels wie auch die kritischen Fragen zur Diskussion möglicher Schwächen seiner Argumentation zum Ende des Beitrags sind naturgemäß sehr kompakt geschrieben. Das war mein Auftrag. Ich war nicht frei in Hinblick auf die Länge des Artikels. Angesichts des Reichums der Hinterlassenschaft von Ernest Mandel und der Vielfalt der Themen, die er auf hohem Niveau behandelt hat, ist das keine leichte Aufgabe. Die Gefahr, unzulässig zu vereinfachen, ist dann immer nah. Wenn aber Johann-Friedrich Anders das in derselben Zeichenzahl besser machen kann, dann soll er es tun. Ich bin der erste, der sich darüber freuen würde. Die Art seiner Kritik an meinem Beitrag scheint allerdings von der Schwierigkeit einer solchen Aufgabe zu abstrahieren.

Die einzige ernst zu nehmende Kritik an meinem Beitrag betrifft die Erklärung der zyklischen Krisen im Kapitalismus. Einig sind wir darüber, dass in der Krise die

Warenpreise verfallen und Kapital massiv entwertet wird. Meine Formulierung der Zurückführung der Warenpreise „auf ihre wirklichen Werte“ findet sich tatsächlich nicht bei Mandels Beiträgen zu den zyklischen Krisen und daher auch nicht in meiner Dissertation über Mandel. Darauf hatte mich schon Jakob Schäfer in einer privaten Mail aufmerksam gemacht. Gleichwohl hat Mandel erklärt, dass die Akteur\*innen in der Marktwirtschaft erst im Nachhinein erfahren, was der wirkliche Wert der Waren ist und ob die mit ihrem Kapital verbundenen Profiterwartungen realistisch waren. So hatte das Marktgeschehen bereits in der Antike betrügerische Machenschaften bei der Prägung von Goldmünzen (die mit Blei gefüllt worden waren) zur inflationären Rückführung des Werts dieser Münzen auf ihren wirklichen Wert geführt. Im selben Sinne sind viele nominelle Werte an der Börse heute uneinlösbare Wetten auf eine Zukunft, die nie kommen wird. Solche Überlegungen, bei Mandel gelernt, hatten mich geleitet. Gleichwohl werde ich mich in Zukunft vorsichtiger ausdrücken.

Irritierend ist die Behauptung von Anders, meine Ausführungen zu Mandels Kritik des „Substitutionismus“ (der „Stellvertreterpolitik“) nicht nur als Ideologie der Bürokratie, sondern auch als Versuchung für Revolutionär\*innen bei geringem Niveau der Eigenaktivität der Arbeiter\*innenklasse seien von Mandels großem Werk zur Bürokratie (*Macht und Geld*, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000) nicht gedeckt. In dem entsprechenden Kapitel äußert sich Mandel tatsächlich nicht nur kritisch zu Lenin und Trotzki (mit Bezug auf die Maßnahmen zur Einschränkung der Räte Demokratie 1920/21 und deren theoretischer Rechtfertigung), sondern auch zu Otto Bauer, Antonio Gramsci und Rosa Luxemburg. Es ist mir völlig unerfindlich, wieso Johnny Anders das leugnet. Bitte nachlesen!

Die kategorische Zurückweisung meiner kritischen Fragen zu Mandels theoretischer Überlieferung („Optimismus“, ungebrochenes universal emanzipatorisches Potenzial der Arbeiter\*innenklasse, Zusammenhang von „Kohärenz und Kohäsion“ der eigenen Organisation) irritiert mich nicht weniger.

Ich schlage vor, diese Themen auch und gerade in der *internationale* einzeln zu behandeln und ggf. kontrovers zu debattieren. Dies dürfte fruchtbringender sein als die Auseinandersetzung über meinen Versuch, Ernest Mandels Werk insgesamt auf ein paar Seiten kritisch zu würdigen.

## Bücher zum Werk von Ernest Mandel



Gilbert Achcar (Hrsg.)

### Gerechtigkeit und Solidarität

*Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus*

287 Seiten, 18,00 Euro

2003, ISBN 978-3-929008-44-9  
nur ab Verlag lieferbar

Das Buch enthält die Beiträge eines wissenschaftlichen Symposiums zum Werk von Ernest Mandel, das im Juli 1996 in Amsterdam stattfand. Zusätzlich enthält das Buch eine biografische Skizze von *Gilbert Achcar* über Ernest Mandel sowie eine Bibliografie der Werke und Artikel Mandels, die von *Christoph Jünke* und *Wilfried Dubois* zusammengestellt wurde. Von *Ernest Mandel* selbst sind im Buch zwei Beiträge: »Über die materiellen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des nazistischen Genozids« und »Zur Lage und Zukunft des Sozialismus«.



Manuel Kellner

### Gegen Kapitalismus und Bürokratie – zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel

Wissenschaft & Forschung 22

464 Seiten, 36,00 Euro

2009, ISBN 978-389-900-022-1

Manuel Kellners Arbeit ist die erste deutsche Dissertation zum theoretischen Werk von Ernest Mandel. Sie behandelt insbesondere seine Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus und der bürokratischen Regime Osteuropas, seine Vorstellungen von einem freiheitlichen Sozialismus als »freier Assoziation der ProduzentInnen«, seine Debattenbeiträge zur antikapitalistischen Strategie und zum Aufbau neuer revolutionärer Organisationen, die in die Lage versetzt werden sollten, den Einfluss des Reformismus zurückzudrängen und die Mehrheit der Arbeitenden zu gewinnen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

# DAS ENDE DES „GROSSEN KOMPROMISSES“

---

Er war Grundlage der „dritten Republik“. Jetzt haben junge Leute den „Großen Kompromiss“ mit der Kirche gebrochen.

■ **Agnieszka Graff**

---

■ In Polen ist etwas zerbrochen, etwas ist übergelaufen. Es ist das Ende eines gewissen Kompromisses in Polen. Es handelt sich nicht um einen „Kompromiss zur Abtreibung“, weil es nie einen gab, sondern um einen viel umfassenderen systemischen Kompromiss: den „Großen Kompromiss“ zwischen Staat und Kirche, auf dem die Ordnung der Dritten polnischen Republik und die Identität von Polen nach 1989 gegründet wurde.

Marta Lempart formulierte es so: „Die begonnene Revolution ist nicht nur ein Kampf für die Abtreibung. Sie ist ein Kampf für die Freiheit, die sehr brutal angegriffen wurde, und Abtreibung ist das Symbol dafür.“

Von welcher Freiheit, für die Abtreibung das Symbol ist, sprechen wir? Es geht um Entscheidungsfreiheit im privaten Bereich – das ist klar. Es geht um die Gleichstellung der Geschlechter, wovon das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ein wesentliches Element ist – auch das ist selbstverständlich. Und es geht darum, uns von der Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS) zu befreien, die von den Demonstrierenden aufgefordert wird, sich sonstwohin zu verpissen, während die Koordinator\*innen der Demonstrationen ihr höflich den Rücktritt nahelegen.

Aber das eigentliche Problem ist unsere eigene Wahrnehmung dessen, was wir als Gesellschaft oder, wie Präsident Kaczyński es auszudrücken beliebt, als Nation sind. Die Mobilisierungen werden wahrscheinlich bald aufhören, die PiS wird in Sachen Abtreibung tun, was sie will, aber der kulturelle Wandel wird irreversibel sein.

„Subjekt und Prädikat stimmen nicht überein“.<sup>1</sup> Dies ist eine der Parolen der Proteste, ein witziger Slogan und eine brillante Diagnose der Situation.

## **Die Grammatik des Großen Kompromisses**

Die Grammatik, auf der der polnische Gesellschaftsvertrag seit 25 Jahren basiert, bricht vor unseren Augen zusammen. Diese Grammatik des Großen Kompromisses, die uns seit zwei Jahrzehnten begleitet hat, wurde an der Schwelle des Wandels zwischen den Machteliten und dem Episkopat beschlossen und machte die Frauen zu Geiseln der polnischen Modernisierung. Die Stabilität der Beziehungen zwischen Staat und Kirche beruhte auf dem ungeheuren Ausmaß der Macht des Staates und der Privilegien der religiösen Institutionen. Der Episkopat sollte den Systemwandel und den Beitrittsprozess zur Europäischen Union im Austausch für eine drakonische Einschränkung der Frauenrechte und die Ablehnung von LGBT-Rechten stabilisieren.

Polen ist ein katholisches Land – dieser Satz wurde wie ein Mantra wiederholt. Das war keine Beschreibung der Realität, sondern ein Dekret. Oder eine Beschwörung? Die Identifikation des polnischen Charakters mit dem Katholizismus sollte unsere Besonderheit in der Union sein. Und je nach Weltanschauung: der Preis oder die Belohnung für die „Rückkehr nach Europa“.

Für religiöse Fundamentalisten auf der ganzen Welt bedeutete dies, dass Polen die Rolle eines Versuchskaninchens für ihr Weltbild spielen sollte. Es sollte eine Hochburg des Christentums in einem immer säkularer werden-

den Europa sein, ein Schlachtfeld für „Familienwerte“. Und unsere Gesellschaft sollte dies akzeptieren, weil davon ausgegangen wurde, dass dies unser „kultureller Kodex“ sei.

### **Dieser Große Kompromiss hatte zwei wesentliche Prinzipien und mehrere Zusatzregeln.**

Erstes Prinzip: Die Dritte Republik erkennt an, dass die Kirche ein unbestreitbares Monopol in Bezug auf Werte hat. Der Bereich dieser Werte beschränkt sich weitgehend auf die Sexualethik: Daraus ergibt sich das Anti-Abtreibungsgesetz, die Präsenz religiöser Symbole im öffentlichen Raum und die Feindseligkeit gegenüber LGBT-Gemeinschaften – alles vom Staat bestätigt. Die Kirche beschloss auch de facto, den Zugang zur Empfängnisverhütung schrittweise einzuschränken. Ihre Stimme war entscheidend beim Streit um die Vergütung der In-vitro-Fertilisation.

Jarosław Kaczyński sagte in seiner Ansprache, dass „der Moralstandard der Kirche das einzige Moralsystem ist, das allen in Polen bekannt ist“ und dass „ihre Ablehnung dem Nihilismus gleichkommt“. Damit fasste er die Überzeugung perfekt zusammen, dass es keine Alternative zum Katholizismus als Quelle der Moral für die Polen gebe. Nach dieser Logik ist es die Kirche, die der sozialen Realität einen Sinn gibt. Außerhalb der Kirche ist das Nichts. Diejenigen, die den Religionsunterricht besucht haben, wissen, dass in Europa die „Zivilisation des Todes“<sup>2</sup> herrscht.

Und diejenigen, die diesen Unterricht nicht genossen haben, müssen verstehen, dass etwas mit ihnen nicht stimmt.

Das zweite Prinzip definiert, was die Kirche als Gegenleistung für ihre privilegierte Position tun muss. Ihre Aufgabe war es, die Probleme und Konflikte zu befrieden, die mit dem Systemwandel einhergingen.

Einerseits sollte sie nationalistische Stimmungen dämpfen, andererseits die soziale Unzufriedenheit beruhigen, die sich aus der neoliberalen Transformation ergab. Die Kirche sollte eine Art Puffer sein, der es Polen ermöglicht, der Europäischen Union beizutreten und dort zu bleiben.

Fügen wir hinzu, dass es Anfang der neunziger Jahre gute Gründe zu der Annahme gab, dass die Kirche dieser Rolle gerecht werden würde. Es gab noch den Papst, der der Patron des Beitritts Polens zur Union war; es gab eine ziemlich aktive liberale Fraktion in der Kirche; das neu geschaffene Radio Maryja<sup>3</sup> hatte zwar schon lokale

Zulassungen erhalten, aber erst 1994 eine nationale. Die Neofaschisten waren marginal und verrückt, und kaum jemand in Polen stellte die neoliberale Transformation in Frage, sodass das Schweigen der Kirche niemanden überraschte.

Die Zusatzregeln sorgten einerseits für sozialen Frieden (und damit für die relative Stabilität aufeinander folgender Regierungen) und andererseits für die Sicherheit der Geistlichen. Die entscheidende Regel aber betraf das Schweigen der Frauen. Wir wussten im Voraus, dass jedes Anzeichen von Rebellion verspottet oder unterdrückt werden würde.

Ein wichtiger Mechanismus zur „Ablenkung der Aufmerksamkeit“ wurde ebenfalls eingeführt – der Kompromiss betraf das Abtreibungsgesetz, nicht jedoch die gelebte Realität von Abtreibungen. Zu keinem Zeitpunkt war die heimliche Abtreibung ein Thema, das für den Staatsapparat von Interesse war.

Und schließlich gab es eine dritte zusätzliche Regel, deren Existenz kürzlich in den Filmen der Sekielski-Brüder<sup>4</sup> offenbart wurde: Strafflosigkeit für Priester, die für sexuellen Missbrauch verantwortlich sind, und Bischöfe, die sie über viele Jahre deckten. Kurz gesagt: ein Gesetz des Schweigens um Pädophilie in der Kirche.

Als ich während einer öffentlichen Debatte, die online von der Karol Modzelewski Open University organisiert wurde, die wichtigsten Elemente des Großen Kompromisses vorstellte, wurde ich gefragt, welche Beweise ich für seine Existenz habe. Anscheinend hatten junge Leute noch nie davon gehört. Weil er niemals niedergeschrieben wurde. Man findet ihn in keinem Geschichtsbuch. Aber für die Generation des Wandels, insbesondere für Frauen, war seine Existenz offensichtlich. Er war die Luft, die wir atmeten, er begrenzte die Realität, in der wir leben mussten. Er wurde von einer beschämenden Stille verhüllt. Hätten wir ihn angesprochen oder gar versucht, seine Legitimität in Frage zu stellen, hätten wir riskiert, verspottet zu werden. Dieser Kompromiss hielt mehr als ein Vierteljahrhundert. Es ist ein Stück polnischer Geschichte – das gerade jetzt zu Ende geht.

Um die Quellen des Großen Kompromisses zu finden, können wir auf das Buch von Adam Michnik, *Die Kirche, die Linke, der Dialog* (1977)<sup>5</sup> verweisen, das den Ton für die Beziehungen zwischen der Kirche und der demokratischen Opposition in den 1980er Jahren festlegte. Aber 1993 begann die Ära, die heute endet. Denn selbst wenn der Große Kompromiss die Macht der Kirche in Polen im weitesten Sinne betrifft, wurde er durch das Abtrei-

bungsverbot besiegelt. Die Kirche war an diesem Thema besonders interessiert und hat es nie losgelassen.

### **Das Gesetz von 1993 oder die Grenzen der polnischen Demokratie**

Erinnern wir uns, dass davor das Gesetz von 1956 galt: Abtreibung war legal im Falle einer Fehlbildung des Fötus, einer Bedrohung für die Gesundheit der Frau, wenn die Schwangerschaft das Ergebnis eines Verbrechens war und – besonders wichtig – wegen schwieriger Lebensbedingungen der Frau.

1993 wurde das Abtreibungsverbot – fälschlicherweise als „Kompromiss“ bezeichnet – verhängt. Mehr als eine Million von den „Bujak-Komitees“ gesammelte Unterschriften für ein nationales Referendum wurden ignoriert. Das sind die Tatsachen.

Aber was ist ihre tiefere Bedeutung? Wir haben damals etwas Grundlegendes gelernt: Im freien Polen liegt bei intimen Fragen – in Bezug auf menschliche Sexualität, Fruchtbarkeit, Fortpflanzung – die Entscheidung bei der katholischen Kirche. Hier liegen die Grenzen der polnischen Demokratie.

Für viele von denen, die in der Opposition gekämpft hatten, war das ein kognitiver Schock. Es ging um die Rechte der Frauen, aber auch und vielleicht vor allem darum, den Träumen von einem modernen säkularen Staat ein Ende zu setzen.

Lasst es uns wiederholen: Die Founding gesture [Gründungsgeste] des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Dritten Republik war die Befriedung einer großen sozialen Bewegung: der Mobilisierung für ein Referendum über Abtreibung.

Um es deutlicher zu sagen: Den Menschen, die die Frage zur Abstimmung stellen wollten, wurde gesagt: Haltet die Klappe! Dies wurde in den nächsten zwei Jahrzehnten hunderte Male wiederholt: Das Thema der Gleichstellung der Geschlechter und der sexuellen Rechte wurde öffentlich verhöhnt, ignoriert, ins Abseits gedrängt.

Es hieß – auch in den liberalen Medien –, dass es sich um eine „Ersatz“-Frage“ handele, eine Frage der „Sitten und Gebräuche“. Wir sagten ironisch: Frauenrechte sind wohl eine Art Abstraktion, die nur Feministinnen interessiert, während „normale Frauen“ sich mit dem „echten Leben“ beschäftigen.

Die anschließenden Zusammenstöße um die Frage der Abtreibung fanden in dieser Atmosphäre statt. Es gab rebellische Aufrufe, Artikel und Bücher, aber wir wussten im Voraus, dass sie den Lauf der Geschichte nicht beeinflussen

würden. Doch dies ist unsere Geschichte – die Geschichte, deren jüngste Phase die der Massendemonstrationen im Zeichen des Streiks der Frauen ist.

1996 versuchte das Parlament, das Gesetz flexibler zu gestalten, indem es die schwierige persönliche Situation der Frauen wieder hinzufügte. Diese Ergänzung wurde vom Verfassungsgericht kassiert, dessen Präsident damals Professor Andrzej Zoll war. Dieses Urteil wurde auf eine Weise gerechtfertigt, die für diese Zeit merkwürdig und doch charakteristisch war: Das Verbot der Abtreibung sei ... notwendig zum Schutz der Mutterschaft.<sup>6</sup>

Mutterschaft wurde somit mit Schwangerschaft gleichgesetzt, wodurch schwangere Frauen juristisch und rhetorisch jeglicher Persönlichkeit beraubt wurden. Dies war nicht der einzige Vorfall dieser Art.

Seit Mitte der neunziger Jahre wurden Frauen in den Medien, in der Alltagskultur und in der öffentlichen Debatte systematisch ausgeschlossen. Kinder- und Lehrbücher wurden von „empfangenen Kindern“ überflutet – Föten, die in einem kosmischen Limbo schweben, losgelöst von der Realität, der Realität der Schwangerschaft und der Frau, die über ihre Gesundheit und ihr Leben entscheidet.

Um die Parole der heutigen Demonstrationen zu verwenden: Das damalige Subjekt konnte dem Urteil nicht zustimmen oder es ablehnen, denn es wurde praktisch aus dem Urteil gestrichen, in dem sein Schicksal entschieden wurde. Ich verfolgte diesen Prozess mit Staunen. Ergebnis war das Kapitel „Die verschwundene Frau“ in meinem 2001 erschienenen Buch *Świat bez kobiet* (Die Welt ohne Frauen).<sup>7</sup>

Das erste Jahrzehnt der 2000er Jahre war eine Zeit, in der Frauenorganisationen (vor allem die Vereinigung für Frauen- und Familienplanung) und feministische Straßeninitiativen (ich meine natürlich die Manifas<sup>8</sup>) versuchten, den Großen Kompromiss in Frage zu stellen.

Es ist interessant festzustellen, dass die erste Manifa eine Reaktion auf ein Ereignis war, das als vorübergehender Angriff auf eine der Zusatzregeln des Großen Kompromisses angesehen werden konnte – das Ignorieren der Frage der geheimen Abtreibungen. Im Dezember 1999 überfiel die Polizei eine Gynäkologiepraxis in Lubliniec. Es hieß, der Körper der Frau sei als Beweismittel „beschlaggenommen“ worden. Das war schrecklich, wir gingen auf die Straße.

Die einfache Tatsache der Existenz des Gesetzes wäre wahrscheinlich nicht genug gewesen, weil wir die Entscheidung des Gerichts auswendig gelernt hatten. Im Jahr 2002 beschlossen Feministinnen, die Existenz des Großen Kompromisses auf dem internationalen Forum zu offenbaren. Das Frauenbündnis für den 8. März richtete ein Schreiben von

ehundert Frauen an das Europäische Parlament, in dem es um Unterstützung für eine demokratische Debatte über die Situation der Frauen in Polen bat und darüber informierte, dass beim Beitritt Polens zur Europäischen Union ein „spezifisches Abkommen zwischen der katholischen Kirche und der Regierung geschlossen worden war. Danach werde die Kirche die europäische Integration unterstützen und im Gegenzug die Regierung die Debatte über eine Änderung des Anti-Abtreibungsgesetzes aufgeben.“ Und weiter: „Hinter den Kulissen der Integration Polens in die Europäische Union gibt es daher eine Art Handel mit Rechten der Frauen.“

Der von bedeutenden Frauen aus Wissenschaft, Kultur und Kunst unterzeichnete Brief erhielt keine Antwort von den europäischen Institutionen – die EU vermied Debatten über gesellschaftliche Fragen und befürwortete daher de facto den Großen Kompromiss. Außerdem reagierten beide Seiten der im Brief beschriebenen Verschwörung mit einer Mischung aus Bevormundung, Spott und Drohungen.

Bischof Życiński erklärte, es sei „das am wenigsten ernsthafte Protestschreiben, das er in letzter Zeit gelesen habe“, und fügte mit einem wissenden Augenzwinkern hinzu, dass die Bischöfe auf ihre Unterstützung für die europäische Integration auch verzichten könnten.

Der Chefredakteur der nationalen Teils der (liberalen) Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, Rafał Zakrzewski, bestätigte die Existenz des Kompromisses: „Die Kirche ist ein starker Verbündeter für die Integration in die EU. Und ich bin überzeugt, dass es für uns wichtiger ist, uns so schnell wie möglich in einem gemeinsamen Europa wiederzufinden, als jetzt einen hitzigen Streit zu beginnen.“

Die folgenden Szenen dieses Dramas waren mehr oder weniger erfolgreiche Versuche, Frauenstimmen Gehör in den Medien und der öffentlichen Meinung zu verschaffen (Aktion auf dem Schiff *Langenort* im Jahr 2003, die anschließenden Demonstrationen im Jahr 2003<sup>9</sup>, bei den europäischen Institutionen (der Fall von Alicja Tysiąg in Straßburg im Jahr 2007) und im öffentlichen Bewusstsein, das vom kirchlichen Neusprech und der unantastbaren Rechtslage effektiv eingeschläfert wurde (2011 bekannte sich Katarzyna Bratkowska öffentlich zu ihrer Abtreibung).

Auf die Proteste von 2016 werde ich etwas später eingehen, denn sie sind ein weiteres Kapitel in dieser Geschichte – der Anfang vom Ende des Großen Kompromisses.

### **Reizt nicht die Kirche, sonst wird alles zusammenbrechen ...**

Wenn wir vom Großen Kompromiss sprechen, handelt es sich weder um einen offenen Konflikt um das Konzept der Gesell-

schaft, der gewonnen oder verloren werden kann, noch um eine Debatte über ein kontroverses Thema in einem demokratischen Land. Wir sprechen von einer Verschwörung des Schweigens, des Fehlens von Debatten. Wir sprechen von einem Staat, der einer antidemokratischen Institution das Recht eingeräumt hat, über das Privatleben seiner Bürger (Frauen und Männer) zu entscheiden, und ihnen gleichzeitig befiehlt, ein beschämendes Schweigen zu bewahren.

Dies ist die Geschichte eines Landes in der Mitte Europas, dessen politische Eliten der Macht der Kirche im Bereich der Werte nachgegeben haben. Der Große Kompromiss war instabil und musste von den Politikern ständig bekräftigt werden. Dies geschah zu verschiedenen Anlässen und aus verschiedenen Gründen: von der Rechten, weil sie diese Werte teilte, von den Liberalen und der Linken, weil sie davon überzeugt waren, dass die Kirche eine Macht ist, die nicht gereizt werden sollte.

Versuchen wir, die Motivationen derer zu reproduzieren, die die Hüter des Kompromisses waren. Wir kehrten nach Europa zurück; dies war ein großer historischer Prozess. Es bestand die tiefe Überzeugung, dass er ohne Unterstützung der Kirche vielleicht nicht gelingen könnte. Europa hingegen war bereit, die Feindseligkeit gegenüber den Frauenrechten als unsere „kulturelle Ausnahme“ zu betrachten.

Außerdem wurde uns versprochen, dass es nach dem EU-Beitritt besser werden würde – dass die Zeit der Gleichstellung kommen würde. Aber als wir uns in dieser so herbeigesehnten Union befanden, zeigte sich, dass der Große Kompromiss noch in Kraft war. Warum? Weil die Kirche – und nur sie – den Zugang der rechtsextremen Nationalisten zur politischen Bühne verhindern kann. Andernfalls wäre der Traum von Europa und einem demokratischen Polen endgültig beendet.

Das Gender-Thema – nicht nur die reproduktiven Rechte von Frauen, sondern auch häusliche Gewalt, Sexualerziehung und die Rechte sexueller Minderheiten – wurde seit vielen Jahren unter der Decke gehalten, um die Kirche nicht zu verärgern.

Man glaubte, dass ohne die Kirche alles zusammenbrechen würde. So war es in den Tagen der Regierungen der Freiheitsunion (UW), dann der Allianz der Demokratischen Linken (SLD) und sogar der ersten PiS-Regierung. Acht Jahre Regierungen der Bürgerplattform (PO) waren acht Jahre Ausweichmanöver und Zugeständnisse.

Heute wissen wir, dass diese Berechnungen falsch waren. Es hat nicht funktioniert, gerade weil sie der Kirche zu sehr vertrauten.

Die PiS gewann die Wahlen mit Unterstützung der Kirche. Die Errungenschaften der Dritten Republik wurden mit ihrer vollen Zustimmung zerstört. War es möglich, dies in den frühen neunziger Jahren vorherzusagen, als die Grundlagen für den Großen Kompromiss geschaffen wurden? Wahrscheinlich nicht ganz. Die Kirche hat sich allmählich nach rechts bewegt. Tadeusz Rydzyk brauchte einige Zeit, um sein Medienimperium aufzubauen.

In der Zwischenzeit haben sich, nur von wenigen Menschen bemerkt, mächtige ultra-konservative internationale Bewegungen entwickelt. Ihre lokalen Ableger sind Ordo Iuris, Kaja Godek und viele Organisationen, die sich für „Familienwerte“ und de facto gegen die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen.<sup>10</sup> Sie sind eng mit internationalen Netzwerken verbunden: dem „World Congress of Families“ (Weltkongress der Familien), „Tradition, Family and Property“ (Tradition, Familie und Eigentum) und „CitizenGo“ – keines davon existierte, als der Kompromiss in Polen geschaffen wurde.

All diese Veränderungen haben den Großen Kompromiss vor unseren Augen beendet, da seine gewalttätige Natur für alle offensichtlich geworden ist.

### Wer erinnert sich an den Schwarzen Montag?

Der gegenwärtige Umbruch ist nicht das Produkt von Julia Przyłębska, sondern das der Schwarzen Proteste der Jahre 2016–2018.<sup>11</sup> Die Koordinator\*innen sind teilweise dieselben: Marta Lempart und der Nationale Streik der Frauen, die lokalen Streikgruppen und „Dziewuchy dziewuchoms“.<sup>12</sup>

Die Emotionen sind auch weitgehend eine Fortsetzung der damaligen Rebellion, aber die Sprache hat sich sehr verändert. Vor vier Jahren entdeckten wir die wahren Absichten der religiösen Fundamentalisten von Ordo Iuris, die Rücksichtslosigkeit des Episkopats und der Regierung und – was vielleicht am wichtigsten ist – unsere eigene Stärke und Wut.

Wer erinnert sich an den Schwarzen Montag? Am 3. Oktober 2016 fanden in 200 Städten Proteste statt, Tausende von Frauen gingen in schwarzer Kleidung zur Arbeit. Im Regen, unter Regenschirmen, zu Tausenden auf dem Zamkowy-Platz (Schlossplatz in Warschau) und auf anderen Plätzen polnischer Städte bildete sich eine neue politische Einheit: wütende Frauen.

Viele Frauen, die heute auf der Straße schreien: „Verpissst Euch sonstwohin“ und „Dies ist Krieg“, haben ihre Rebellion 2016 begonnen. Damals waren sie als Mädchen und sehr junge Mädchen mit ihren Müttern, Großmüttern

und älteren Schwestern dort. Jetzt sind sie mit viel Begleitung und viel radikaleren Parolen zurück.

Es gibt keine Bezüge mehr auf die Tradition von Solidarność, es gibt nicht mehr die Symbolik der Umwandlung des Warschauer Aufstands in ein feministisches Gebet – es gibt Blasphemie, Ironie und schwarzen Humor. „Mama hat mir erlaubt, heute schmutzige Worte zu sagen“ – dieses Plakat in den Händen eines jungen Mädchens sagt viel über die Atmosphäre dieser Ereignisse und die generationenübergreifenden weiblichen Verbindungen aus, aus denen sie sich speist.<sup>13</sup>

Der Große Kompromiss ist unwiderrufflich beendet. Es zerfiel Stück für Stück. Vor ungefähr zehn Jahren hat die Kirche selbst ihre Rolle als Verbündete von Demokratie und Modernisierung aufgegeben (oder sie hat einfach aufgehört, den Anschein zu erwecken), und dann haben die Frauen sich geweigert zu gehorchen – 2016 wird als Geburtsstunde der Massenfrauenbewegung in Polen in die Geschichte eingehen.

Vor einem Monat legte Kaczyński seine Karten auf den Tisch, um Ziobro<sup>14</sup> zu überbieten und die Aufmerksamkeit von der Unfähigkeit der Regierung, mit der Pandemie fertig zu werden, abzulenken – das war die Entscheidung des Pseudo-Gerichts. Und ein neuer kompromissloser Spieler erschien: die Generation Z, geboren nach 1995.

- Zwanzigjährige verhalten sich so, als hätten sie noch nie von dem Großen Kompromiss gehört.
- Sie betrachten Europa nicht als Zivilisation des Todes.
- Sie haben nicht den Reflex, beim Vorbeigehen eines Priesters „Gott sei gepriesen“ zu sagen.
- Für sie ist Johannes Paul II. eine historische Person, kein Heiliger.

Und diese jungen Leute betrachten die Symbole von Solidarność als Anregung für Internet-Memes.

Dies ist die Rebellion der Smartphone-Generation: Individualismus, Netzwerk und ein spezifischer Sinn für Humor stehen an erster Stelle. Sie alle drücken sich persönlich und auf ihre eigene Weise aus. Gemeinsam schreiben sie Geschichte und sind sich dessen bewusst.

Wahrscheinlich wird bald jemand die Fälle von Apostasie (öffentliche Loslösung von der katholischen Religion) zählen und feststellen, dass sie in die Tausende gehen. Der Schlüssel zu einem mächtigen kulturellen Wandel liegt jedoch in den Bildern – Memes, Videos, Fotos, Clips.

- Eine Gruppe junger Mädchen in Szczecinek umzingelt einen Priester, schreit und zwingt ihn, in die Kirche zu gehen.

■ Zehn Personen stehen unter den Fenstern von Erzbischof Jędraszewski mit einem großen Plakat: „Das Haus des Satans“.

■ Oberschülerinnen aus Warschau posieren wie potenzielle Opfer eines Papstes, der vor dem Nationalmuseum einen Stein in einen Teich wirft.<sup>15</sup>

Es gibt auch Veränderungen in der Landschaft und Fotos dieser Veränderungen: Blitze (der rote Blitz ist eines der Symbole der Rebellion) an den Wänden, Inschriften wie „Ihr habt Blut an Euren Händen“, Poster an Kirchengzäunen. Diese Bilder sind vergänglich, aber zusammen bilden sie einen neuen Schritt im kollektiven Gedächtnis dieser Gesellschaft. Und dies wird zweifellos in die Geschichtsbücher eingehen.

Die Rechte behauptet, dass die Bösen, die Unruhestifter, die Barbaren auf die Straße gegangen seien. Kaczyński hat sie als Kinder bezeichnet, die von Erwachsenen manipuliert würden. Tatsächlich haben wir es mit jungen Menschen zu tun, die sich geweigert haben, an einem Spiel teilzunehmen, das Erwachsene ihnen aufzwingen wollen.

Sie sind eine kollektive Einheit, die sich ihrer selbst bewusst ist und heute Geschichte schreibt und den Generationen der Transformation sagt: „Ich prüfe dich“. Sie entsteht vor unseren Augen und stellt die Grundlagen des Gesellschaftsvertrags in Frage, die sie vorgefunden hat. Abtreibung war der Auslöser, und der Slogan „Fuck the PiS“ verpflichtet uns, die Frage nach der Zukunft der Regierungspartei zu stellen.

Auf lange Sicht ist es eine viel komplexere Frage als die nach dem Abtreibungsgesetz und der Karriere von Präsident Kaczyński: Junge Menschen haben die kulturelle Hegemonie der Kirche in Polen abgelehnt. Es ist amüsant festzustellen, dass die Schlussfolgerungen früherer Generationen in dieser Frage von den jungen Leuten abgelehnt wurden, die manchmal als Generation „JP2“<sup>16</sup> bezeichnet werden, jungen Leuten, die in der Schule mehr Religions- als Informatikunterricht hatten.

■ *Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens*

Quelle: <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article6935>

■ **Agnieszka Graff** ist Schriftstellerin, Publizistin, Wissenschaftlerin und feministische Aktivistin. Sie ist Professorin am American Studies Center der Universität Warschau, ihre Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem bei Feminismen und Gender-Studies. [nach Wikipedia]

1 „Podmiot nie zgadza się z orzeczeniem“ ist ein Wortspiel mit schillernder grammatischer und juristischer Deutung: Der Begriff „orzeczenie“ bedeutet in der Grammatik „Prädikat“ bzw. „Satzaussage“ und im juristischen Sprachgebrauch „Urteilsspruch“, also „der (Satz-)Gegenstand verträgt sich nicht mit der Satzaussage“ oder „Das Urteil geht an der Sache vorbei“ oder so ähnlich [Anm. d. Red.].

2 Anspielung auf das 2019 erschienene Buch *About the Civilization of Death: How to stop the anti-culture of totalitarian minorities* (Polnisch: O cywilizacji śmierci. Jak zatrzymać antykulturę totalitarnych mniejszości) des Historikers Marek Jan Chodakiewicz, in dem dieser zu einem Kulturkampf gegen Homosexuelle aufruft. [nach Wikipedia, Anm. d. Üb.]

3 Radio Maryja, ein konservativer katholischer Radiosender, wurde 1991 gegründet und sendete zuerst in Toruń und Bydgoszcz, bevor er 1994 die nationale Genehmigung erhielt. Sein Gründer und Direktor bis heute ist Tadeusz Rydzyk, ein redemptoristischer Priester, der bekannt ist für seine Verteidigung kreationistischer Thesen, seinen Kampf gegen die Freimaurerei, seinen Nationalismus und seine antisemitischen Äußerungen. Dieser Sender, der auch über Satellit in Europa und Nordamerika ausgestrahlt wird, ist, zusammen mit der rechtsextremen Tageszeitung *Nasz Dziennik*, dem Fernsehsender Trwam, der Hochschule für Sozial- und Medienkultur von Toruń sowie der Lux-Veritas-Stiftung, Teil eines Medienimperiums der katholischen Rechten.

4 Diese Dokumentarfilme sind auf YouTube verfügbar: „Versteckspiel“ (Zabawa w chowanego, 2020) und „Sag es niemandem“ (Tylko nie mów nikomu)

5 Michnik, Adam: *Kościół, lewica, dialog*, Paryż: Biblioteka Kultury, 1977, (Biblioteka Kultury, Bd. 277). – 172 S. Michnik, Adam: *Die Kirche und die polnische Linke*. Von der Konfrontation zum Dialog, aus dem Französischen übersetzt von Kuno Füssel, mit einem Nachwort von Hans Hermann Huecking u. Tadeusz Marek Swiecicki, München: Kaiser, 1980. – 240 S.

6 Auszüge aus dem Urteil des Verfassungsgerichts vom 28. Mai 1997: Dem Beschwerdeführer zufolge lag auch ein Verstoß gegen Artikel 79-1 der Verfassungsbestimmungen zum Mutterschutz vor. Mutterschaft sollte von Natur aus eine Beziehung zwischen Mutter und Kind sein. Gesetzliche Bestimmungen können weder darauf abzielen, diese Beziehung zu brechen, noch einen solchen Bruch zu stimulieren (...). Aufgrund der oben genannten Funktion der Mutterschaft erfolgt der verfassungsmäßige Schutz dieses Wertes nicht im alleinigen Interesse der Mutter. Der Fötus und seine gute Entwicklung müssen gleichermaßen Gegenstand dieses Schutzes sein. Dies beinhaltet eindeutig den Schutz der Gesundheit des gezeugten Kindes und das Verbot, dem Fötus gesundheitliche Probleme zuzufügen oder ihn zu schädigen.

7 Graff, Agnieszka: *Świat bez kobiet*. Pleć w polskim życiu publicznym, Warszawa: Wydawn. W.A.B., 2001. – 282, [4] S. [Welt ohne Frauen. Geschlecht im polnischen öffentlichen Leben].

8 „Manifa“ Allgemeine Abk. f. manifestacja, also „Demo“, oft speziell auf Demos mit feministischem, antiklerikalem Inhalt bezogen. [Anm. d. Üb.]

9 Der Frauenverband lud die „Women on Waves“ (Frauen auf Wellen) nach Polen ein. Ihr Schiff, die Langenort, kam in Władysławowo an der polnischen Küste an, um dort zwei

Wochen zu bleiben. Sie organisierten zusammen mit polnischen Aktivist\*innen Aktionen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Anti-Abtreibungsgesetz zu wecken, und führten Abtreibungen in extraterritorialen Gewässern durch. Diese Aktionen wurden von rechtsextremen Gruppen wie der Allpolnischen Jugend und dem Bund der polnischen Familien heftig angegriffen, die Frauen massiv einschüchterten, um sie am Einsteigen zu hindern.

**10** „Ordo Iuris“ ist eine rechtsextreme katholische fundamentalistische NGO, die Lobbyarbeit für „traditionelle Werte“ finanziert. Sie war Urheberin des Gesetzentwurfs, der auf ein absolutes Abtreibungsverbot abzielt und 2016 vom Landtag unter dem Druck der Mobilisierung von Frauen abgelehnt wurde. Diese NGO ist mit der rechtsextremen brasilianischen NGO „Tradition, Familie und Eigentum“ (TFP) verbunden, die vom Bischof von Campos in Brasilien als ketzerische Sekte angesehen wird. Kaja Godek ist eine Anti-Abtreibungs- und homophobe Aktivistin, die die Pro-Stiftung leitet. Sie kandidierte bei den Europawahlen 2019 für die Koalition rechtsextremer Organisationen.

**11** Julia Przyłębska wurde 2015 auf Initiative der PiS zur Präsidentin des Verfassungsgerichts gewählt. Dieses Gericht entschied, dass die beabsichtigt eingeleitete Beendigung einer Schwangerschaft (Abtreibung) für Frauen, die mit Föten schwanger sind, die an Missbildungen, auch „schwerwiegenden und irreversiblen“, leiden, verfassungswidrig sei.

**12** Dzieluchy dziewczuchom (die Bewegung von „jungen Mädchen für Mädchen“) ist eine feministische Bewegung, die etwa fünfzig lokale Gruppen zusammenbringt. Sie wurde am 1. April 2016 durch die Einrichtung einer Facebook-Seite gegen den Entwurf des Anti-Abtreibungsgesetzes initiiert: <https://www.facebook.com/dzieluchydziewuchom>, <https://dziewuchydziewuchom.pl>

**13** Die Bewegung ist geprägt durch Parolen in einer ausgesucht vulgären Sprache. [Anm. d. Üb.]

**14** Zbigniew Ziobro, ursprünglich Mitglied der PiS, gründete 2012 eine noch konservativere Partei unter dem Namen „Solidarna Polska“ (Solidarisches Polen), die zusammen mit der PiS Teil der „Zjednoczona Prawica“ (Vereinigte Rechte) ist. Seit 2015 ist er Justizminister.

**15** Diese Skulptur mit dem Namen „Vergiftete Quelle“ zeigt Papst Johannes Paul II., wie er einen großen Stein in einen roten Teich wirft. Sie ist Antwort auf eine Installation auf der Biennale 1999, die den Papst zeigt, der von einem großen Meteor getroffen wird. Siehe: <https://www.theguardian.com/world/2020/sep/24/poland-unveils-superhuman-john-paul-ii-statue-in-warsaw> [Anm. d. Üb.]

**16** Abkürzung für Papst Johannes Paul II.

## Neu bei ISP



**Paul B. Kleiser**  
**Der Heimathorst**  
**oder**  
**Bayern ohne Lederhosen**

**Eine kritische Geschichte**

188 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

**Neuer ISP Verlag GmbH**

☎ (0721) 3 11 83

[neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

[www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# DER BEGINN EINER KULTURREVOLUTION IN POLEN

Erklärung des Büros der IV. Internationale

Frauen und junge Menschen haben eine wahre Kulturrevolution in Polen in Gang gesetzt.

## 1. Erneut „Schwarzer Protest“ gegen die Unterdrückung der Frauen

Der „Schwarze Protest“ der Frauen in mehr als 100 Städten und der Frauenstreik am „Schwarzen Montag“ des 3. Oktober 2016 hatten damals dazu geführt, dass das katholisch-fundamentalistische rechte Regime der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ihren Gesetzesentwurf zum vollständigen Abtreibungsverbot und zur Kriminalisierung der Frauen, die abtreiben lassen, zurückgezogen hat. Nun – inmitten eines katastrophalen Zustands des Gesundheitswesens und des Lockdowns, wo Versammlungen von mehr als fünf Personen verboten sind – hat die PiS einen erneuten Anlauf unternommen, in der Hoffnung, sowohl den Aufschwung der noch extremeren Rechten in den Umfragen zu bremsen und die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten notdürftig zu flicken als auch die katholischen Fundamentalisten bei der Stange zu halten, indem sie den Skandal um den Kindesmissbrauch, der auf dem Klerus lastet, aus den Schlagzeilen nimmt. Wieder einmal soll gezeigt werden, dass in der Dritten Polnischen Republik die Frauen den Männern zu gehorchen haben. Am 22. Oktober 2020 verkündete der von der PiS ernannte Präsident des Verfassungsgerichts, dass Schwangerschaftsabbruch verfassungswidrig sei, „auch wenn die pränatale Diagnostik oder andere medizinische Sachverhalte eine hohe Wahrscheinlichkeit einer schweren und irreversiblen Schädigung des Embryos oder einer unheilbaren lebensbedrohlichen Krankheit nahelegen“.

Am Abend des 22. Oktober begannen die Mobilisierungen in einem seit 1989 nicht mehr da gewesenen Ausmaß. Frauen und die jüngere Generation – Schüler\*innen

und Studierende zwischen 14 und 25 Jahren – besetzten die Straßen, unterbrachen die Sonntagsmessen am 25. Oktober durch laute Parolen und blockierten zwei Wochen lang den Verkehr. In den folgenden Wochen setzten sich die Massendemonstrationen in mehr als 410 Städten und Dörfern fort. Am 28. Oktober gab es einen Frauenstreik und am 30. Oktober demonstrierten mehr als eine Million Menschen trotz des exponentiellen Anstiegs der Krankenhauseinweisungen und der Todesfälle aufgrund von Covid-19. Die zentrale Forderung an die Adresse der politischen, kirchlichen und intellektuellen Eliten, die den Frauen die Menschenrechte verweigern wollen, lautete: „Verpisst Euch woanders hin!“.

Allen Umfragen zufolge wird diese Massenbewegung von zwei Dritteln bis zu drei Vierteln der Bevölkerung unterstützt.

Die Regierung der Vereinigten Rechten hat es bisher nicht gewagt, das Urteil ihres Verfassungsgerichts im Staatsanzeiger zu veröffentlichen, wodurch es rechtlich nicht bindend ist. Sie hofft, dass ein noch strengerer Lockdown und die Repression der Proteste das Ausmaß der Bewegung eindämmen werden. Aber selbst wenn die gegenwärtigen Mobilisierungen abebben sollten, werden die Frauen Polens diesen Aufstand nicht vergessen. Den meisten von ihnen ist bewusst geworden, dass sie selbst für ihre Würde und für eine andere Welt, nämlich ihre Welt, kämpfen müssen. Eine regelrechte Kulturrevolution hat somit begonnen.

## 2. Die Frauen als die ersten Opfer der kapitalistischen Restauration

Seit 1993 gibt es in dieser Frage einen „Kompromiss“ zwischen der Regierung und der katholischen Kirche, der darauf abzielte, die Unterstützung dieser mächtigen Ins-

titution angesichts der damaligen Mobilisierungen gegen die sozialen Folgen der kapitalistischen Restauration und für den Beitritt zur Europäischen Union zu erhalten.

Die katholische Kirche hat immer die Auffassung vertreten, dass Frauen keine rechtlich vollwertigen Menschen sind. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober lieferte der polnische Staat eine erneute Bestätigung: Frauen sollen gewissermaßen bloß als Inkubator fungieren, mit weiteren verpflichtenden Optionen, nämlich Putzen, Kochen und Kinderbetreuung. Die Tortur, die Frauen erleiden, die tote oder irreversibel geschädigte Föten in sich tragen, ist dadurch legalisiert worden.

„In diesem Land fühle ich mich wie ein Sklave“, „Mein Körper ist meine Sache“, „Ich möchte kein Sarg sein“, „Mein Uterus ist keine Kapelle“, „Willst du keine Abtreibung, dann lass es doch einfach“, „Lasst uns für das Recht auf Abtreibung beten“, „Abtreibung ist keine Sünde“, „Die Revolution ist weiblich“ – mit solchen Transparenten (und vielen anderen) demonstrierten Hunderttausende von Frauen in den Straßen und Kirchen Polens gegen dieses patriarchalische System, das sie unterdrückt, ihrer Freiheit beraubt und ihnen ihre Würde verweigert. „Es ist Krieg!“ verkünden sie, während sie dafür kämpfen, dass ihnen niemand mehr die Selbstbestimmung abnimmt, sie endlich als vollwertige Menschen anerkannt werden und die Grenzen der sozialen Akzeptanz weiter gefasst werden – kurzum für ein besseres Leben in ihrer Welt.

### 3. Aufstand der jüngeren Generation

Es waren vor allem junge Menschen – männlich wie weiblich –, die zum ersten Mal seit Jahren wieder sehr zahlreich demonstrierten. Sie waren es, die gegen diese „alten Herren“ [welchen Alters auch immer, eben ‚dziadersi‘] aufstanden – Männer mit einer archaischen Vorstellung von der Rolle der Frauen, die gefälligst schweigen sollen, Männer, die von ihrer eigenen Überlegenheit und absoluten Unfehlbarkeit überzeugt sind, in der Regel ältere Männer in führenden Funktionen – mit anderen Worten: die Politiker, Fachleute, kirchlichen Würdenträger – und ihnen nahelegten, „sich woanders hin zu verpissen“.

Genauso unverblümt, wie Greta Thunberg vor den Vereinten Nationen 2019 den Mächtigen entgegen rief: „Wie können Sie es wagen!“, kritisierten die Jugendlichen, die vom Regime in den Schulen zum Religionsunterricht verdonnert werden, die kulturelle Hegemonie der katholischen Kirche. Sie sagen Nein zu einer Gesellschaft, die ihnen Angst, Klimawandel, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, eine verlogene Regierung und eine allgegenwärtige

kirchliche Hierarchie mit ihren national-katholischen Werten und Symbolen beschert. „Keine Angst vor dem Ficken“ ist eine der Parolen, die bei vielen Demonstrationen zu hören sind. Die aufgezwungenen Schulreformen sollen nicht mehr hingenommen und keine „Kompromisse“ mehr akzeptiert werden. Die Jugendlichen wollen selbst über ihr Schicksal entscheiden, statt die Entscheidung darüber denen zu überlassen, die das Land beherrschen und alles „besser wissen“ und dabei nicht einmal die Sprache der Jugend verstehen.

Der Minister für Erziehung und Wissenschaft, der von den Lehrern verlangte, ihren Schülern „beizubringen“, nicht zu demonstrieren, bekam ein einhelliges „Verpiss Dich!“ zur Antwort. Die Proteste der Jugend richten sich nicht nur gegen das Abtreibungsverbot, sondern es geht um viel mehr: nämlich das Recht jedes Einzelnen, über seinen Körper, seine Identität, die Zukunft der Gesellschaft zu entscheiden, und um das Recht der Jugend auf Solidarität, Würde und Freiheit.

Mittlerweile haben die Frauen und jungen Menschen die bescheidenen, aber kämpferischen und spontanen Klimastreiks und Demonstrationen zur Verteidigung von LGBT+ in den vergangenen Jahren in Protestaktionen mit Hunderttausenden von Demonstrant\*innen verwandelt.

### 4. Eine institutionelle Krise

Trotz der grassierenden Covid-19-Pandemie setzte die PiS-Regierung den Schwerpunkt auf einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen (die zunächst während des Lockdowns auf den 10. Mai terminiert und dann auf den 28. Juni 2020 verschoben wurde) und nicht auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Anstatt den Schulunterricht an die Erfordernisse der Pandemie anzupassen, konzentrierte sie sich lieber auf die Vermittlung ihrer homophoben Weltansicht. Dem Gesundheitspersonal warf sie vor, nicht ausreichend zu arbeiten, und orderte zugleich bei einem Waffenhändler Beatmungsgerätegeräte – die nicht funktionieren. Schließlich nahm sie die Frauen ins Visier und brachte damit das Fass zum Überlaufen, was eine große politische Krise zur Folge hatte.

Die Krise ist inzwischen sogar im Zentrum der Macht angekommen. Die Regierungspartei und der Premierminister haben an Unterstützung verloren. Innerhalb der Regierung kam es zu Differenzen darüber, wie die Krise überwunden werden kann, wobei sich der Präsident Duda den Anschein geben wollte, die Forderungen „verstanden zu haben“, während der PiS-Vorsitzende Repressionen befürwortete.

Der Polizeikommandant wies seine Truppen indessen an, „in ausgewogener und umsichtiger Weise“ vorzugehen. Darüber hinaus äußerten mehr als 200 pensionierte Generäle und Admirale in einem beispiellosen Schritt ihre Befürchtung, dass „eine Situation [entstehen könne], in der die Anwendung von Gewalt in den Straßen polnischer Städte erneut zu unnötigen Opfern führen könnte“ und forderten dazu auf, „den Willen der Mehrheit der Gesellschaft zu respektieren und die unannehmbaren Entscheidungen abzuändern“.

Der systemische Kompromiss zwischen allen an der Macht befindlichen politischen Parteien und der Kirche, der die Grundlage der Dritten Polnischen Republik bildete, steht auf dem Prüfstein. Diese Republik sollte die Bastion des Christentums in einem säkularisierten Europa sein. Aber es gibt keine Fortsetzung des Status quo mehr: Die Kirche, ihre Straffreiheit und ihre kulturelle Hegemonie sind kein Tabu mehr.

## 5. Ruf nach Demokratie

Der Volksaufstand zur Verteidigung der Rechte der Frauen – aber auch der LGBT+ und ganz allgemein der Grundrechte – war im Wesentlichen spontan. Kleine (ansonsten untereinander gespaltene) feministische Vereinigungen und ihre Aktivistinnen fungierten als Multiplikatoren in den Medien und neue Netzwerke entstanden, in denen aber nicht die jüngere Generation – nicht einmal symbolisch – vertreten ist. Vor allem aber entstanden – entgegen der Tradition der polnischen Arbeiterrevolutionen von 1956 oder 1980/81 – keine massenhaften autonomen Organisationsstrukturen. Die oppositionellen politischen Parteien, die eher Wahlvereine als kämpferische Organisationen sind, blieben außen vor, auch wenn einige ihrer gewählten Vertreter an der Bewegung beteiligt waren. Das Gleiche gilt für die Gewerkschaften, von denen lediglich die kleineren ihre Unterstützung für die Bewegung signalisiert haben. Es besteht also eine große Kluft zwischen der traditionellen politischen Landschaft Polens und dieser Massenrevolte.

Die Vereinigung „Allpolnischer Frauenstreik“ präsentierte ihre Forderungen, „die man auf den Transparenten lesen könne“: „Wir wollen ein echtes Verfassungsgericht, einen komplett fairen Obersten Gerichtshof, einen echten Verteidiger der Bürgerrechte. Wir wollen einen neuen Staatshaushalt mit einem Gesundheitsfonds und Hilfsfonds für die Lohnabhängigen und Kulturschaffenden sowie echte Unterstützung für Behinderte. Wir wollen volle Rechte für Frauen, legalen Schwangerschaftsabbruch,

Sexualerziehung und Verhütung; Wir wollen alle Menschenrechte. Wir wollen einen säkularen Staat, ohne die Finanzierung der Kirche aus dem Staatshaushalt und ohne dass sich die Religion in den Schulen einmischt. Wir wollen, dass die Regierung zurücktritt.“

Auf der Pressekonferenz des Beirats wurden zusätzliche Forderungen vorgestellt: „10 % des Staatshaushalts für das Gesundheitswesen; Rücktritt des Ministers für Erziehung und Wissenschaft; sofortiges Ende der staatlichen Finanzierung der Kirche und eine richtige Trennung zwischen Kirche und Staat; Recht für Kinder ab 13 Jahren zu entscheiden, ob sie am Religionsunterricht teilnehmen wollen; Streichung der Gewissensklausel [wonach Ärzte keine mit ihrem Gewissen unvereinbaren Gesundheitsleistungen erbringen müssen, AdÜ]; Ende des Konkordats; Entfälschung des öffentlichen Lebens; Abschaffung ungeschützter Arbeitsverträge, Kampf gegen Mobbing und Ausbeutung; Kampf gegen die Klimakrise; Ein besseres Polen für LGBT+; Öffentliche Medien, die tatsächliches Wissen und Informationen vermitteln.“

Dies ist ein Forderungskatalog, der nicht über eine formale säkulare Demokratie hinausgeht. Er geht damit auch nicht über die „Kulturrevolution“ hinaus, die im Oktober und November 2020 in Polen die Straßen erobert hat, und hat somit (noch?) nicht den Weg für eine dauerhaft autonome Organisation der Gesellschaft oder gar für den Aufbau einer neuen politischen Vertretung der aufständischen Kräfte geebnet.

## 6. Der Kampf ist international

Am 22. Oktober 2020, dem Tag des Urteils des polnischen Verfassungsgerichts, hielten die Regierungen Brasiliens, Ägyptens, Ungarns, Indonesiens, Ugandas und der USA eine internationale Online-Zeremonie ab, die von Washington aus ausgestrahlt wurde, um zusammen mit 27 anderen Ländern<sup>1</sup> – darunter Polen – eine Erklärung gegen das Recht auf Abtreibung „zum Schutz des Rechts einer Frau, Mutter zu sein“, wie es die ungarische Familienministerin formulierte, virtuell zu unterzeichnen. Dieses Bündnis von Ländern, die von Fundamentalist\*innen verschiedener Religionen regiert werden, ist ein Bekenntnis zum Staatspatriarchat gegen die Menschenrechte und eine Erklärung, dass menschliche Körper – weiblich, kindlich, homosexuell, trans und nicht-binär – staatlich dominierte Territorien sind.

Gegen das Recht auf Abtreibung und ganz allgemein gegen alle Frauenrechte sowie gegen die Rechte von LGBT+ macht ein regelrechtes internationales ultrakon-

servatives Netzwerk mit Unterstützung der staatlichen Behörden mobil und profitiert davon, dass der in die Krise geratene Neoliberalismus immer autoritärere Formen annimmt. Dieses Netzwerk hat die Aktivitäten der polnischen extremen Rechten, wie z. B. „Ordo Iuris“ oder die „Stiftung Leben und Familie“, gegen das Recht auf Abtreibung weitgehend finanziert. Ebenso die Berufung der offen abtreibungsfeindlichen Richterin Amy Coney Barrett an den Obersten Gerichtshof der USA durch D. Trump begrüßt. Dieselbe Strömung verwahrt sich auch gegen Abtreibungen bei jungen Mädchen in Brasilien und Argentinien, die Opfer von Vergewaltigungen und Inzest geworden sind.

Angesichts dieser Offensive stehen die Organisationen der Arbeiterbewegung und der Feministinnen in allen Ländern in der Verantwortung, sich solidarisch mit der Frauenrevolte in Polen zu zeigen. Die mächtigen feministischen Bewegungen, die seit 2017 vor allem in Lateinamerika und Europa unter der Losung des Frauenstreiks entstanden sind, werden immer wichtiger, um Frauenrechte zu erlangen, bereits erworbene zu sichern und auf der ganzen Welt zu verbreiten.

19.11.2020

■ *Übersetzung: MiWe*

1 Hier ist die Liste der Länder, die die Erklärung des so genannten „Genfer Konsens“ unterzeichnet haben (dies sollte eigentlich im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung stattfinden, die jedoch wegen der Gesundheitskrise verschoben wurde): Ägypten, Bahrain, Benin, Brasilien, Burkina Faso, Dschibuti, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Eswatini (Swasiland), Gambia, Georgien, Haiti, Indonesien, Irak, Kamerun, Kenia, Kamerun, Kongo, Kuwait, Libyen, Nauru, Niger, Oman, Pakistan, Polen, Saudi-Arabien, Senegal, Sudan, Uganda, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Staaten von Amerika, Ungarn, Sambia, Weißrussland.



## Ernest Mandel bei ISP



Ernest Mandel

### Marxistische Wirtschaftstheorie

*Schriften 1*

818 Seiten, Hardcover, 49,80 Euro  
2007, ISBN 978-3-89900-115-0

Ernest Mandel

### Macht und Geld

*Eine marxistische Theorie der Bürokratie*

318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro  
2000, ISBN 978-3-929008-73-9

Ernest Mandel

### Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes

191 Seiten, 17,80 Euro  
2018, ISBN 978-3-89900-152-5

Ernest Mandel

### Einführung in den Marxismus

*isp-pocket 4*  
239 Seiten, 12,00 Euro  
8. Auflage 2008, ISBN 978-3-89900-004-7

Ernest Mandel

### Die langen Wellen im Kapitalismus

*Eine marxistische Erklärung*  
130 Seiten, 8,50 Euro  
2. Auflage 1987, nur direkt ab Verlag lieferbar

Ernest Mandel

### Oktober 1917

*Staatsstreich oder soziale Revolution?  
Zur Verteidigung der Oktoberrevolution*  
167 Seiten, 12,50 Euro  
1992, ISBN 978-3-929008-36-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

# ÖKOLOGISCHER LENINISMUS IN ZEITEN VON CORONA

In seinem neuesten Werk *Klima/x* liefert der schwedische Marxist und Geograph eine Aktualisierung seiner ökosozialistischen Analysen im Lichte der Corona-Pandemie und eine Anklageschrift gegen die Folgen der kapitalistischen Umweltzerstörung, gepaart mit strategischen Überlegungen und Vorschlägen.<sup>1</sup>

■ **Julien Salingue**

Entwaldung, Handel mit Wildtieren und immer kürzere Transportwege für Waren und Menschen – für Andreas Malm trägt die Entstehung und Verbreitung der Covid-19-Pandemie das Siegel des globalisierten Kapitalismus. So berichtet der Autor von den Auswirkungen der Abholzung, die zu einer brutalen Verdrängung von Tierarten führt und somit die Orte vervielfacht, an denen es zum – eigentlich unwahrscheinlichen – „Zusammen-treffen“ von Arten kommt, die ihrerseits Herde für die Bildung und Verbreitung neuer Viren sind. Viren, die immer mehr und schneller die Menschen erreichen, weil diese immer häufiger in Gebiete eindringen, wo sie Kontakt mit „wilden“ Arten haben, aber auch durch den lukrativen Handel mit so genannten „Buschtieren“.

Alles in allem erleben wir im Gegensatz zu dem, was uns die Apologeten vom „Ende der Geschichte“ und des kontinuierlichen Fortschritts, den der Kapitalismus mit sich bringen würde, glauben machen wollen, nämlich ein Wiederaufleben der Epidemien. „Dass seltsame neue Krankheiten aus der freien Natur hervortreten, ist in gewisser Hinsicht logisch: Jenseits des menschlichen Herrschaftsgebietes lauern unbekannt Pathogene. Doch könnte dieses Gebiet auch weitgehend in Ruhe gelassen

werden. Ohne die von Menschen betriebene Wirtschaft, die konstant auf die Wildnis einstürmt, sich auf sie stürzt, in sie eingreift, sie zerstückelt und mit einem Eifer zerstört, der an Ausrottungslust grenzt, würden diese Dinge nicht geschehen. Die Krankheitserreger würden nicht auf den Gedanken kommen, auf uns überzuspringen, sie wären bei ihren natürlichen Wirten sicher.“ Covid-19 hat den Sprung gewagt.

## Der tödliche Irrtum der Pragmatiker\*innen

Andreas Malm hinterfragt auch die Strategien, mit denen die Regierungen versuchen, die Ausbreitung der Covid-Pandemie einzudämmen. Sein Urteil ist auch hier unerbittlich, nämlich dass die weltweite Aufregung dadurch erklärbar ist, dass es die reichsten kapitalistischen Länder waren, die schnell zum Epizentrum der Pandemie wurden. Die drakonischen Maßnahmen (Ausgangssperren, Lockdown etc.), die aufgrund des maroden Zustands des Gesundheitswesens verhängt wurden, wertet der Autor als Entscheidungen, die darauf abzielen, veritable Gesundheitsskandale zu vermeiden (überfüllte Krankenhäuser am Rande ihrer Kapazität, Hunderttausende von Todesfällen), aber auch als Zeichen des Egoismus der reichen Länder, die

nur dann zu radikalen Maßnahmen fähig sind, wenn es um „ihre eigene“ Bevölkerung geht.

Malm zieht eine anregende Parallele zum Kampf gegen den Klimawandel und zeigt auf, dass die Maßnahmen, die im Frühjahr 2020 bis hin zur faktischen Unterbrechung des Wirtschaftslebens ergriffen wurden, ernsthaften Präzedenzfall darstellen. Seit Jahren wird denjenigen, die gegen den Klimawandel kämpfen, gesagt, ihre Forderungen ließen jedweden „Pragmatismus“ vermissen und sie hätten wirtschaftliche Einbußen zur Folge, von denen sich die Welt niemals erholen könnte. Und doch hat „kein einziger vor(geschlagen), den Weltkapitalismus über Nacht anzuhalten, um das Klima zu retten. Kein einziger empfahl, die Emissionen innerhalb von dreißig Tagen um ein Viertel zu senken – selbst die Forderung nach fünf oder zehn Prozent pro Jahr

wurde als völlig inakzeptabler Extremismus abgetan. Kein einziger behauptete, dass eine Ausgangssperre über der Menschheit verhängt werden sollte. (...) Und dennoch wird uns immer und immer wieder gesagt, wir seien unrealistisch, unpragmatisch, Träumer\*innen oder Panikmacher\*innen.“

### Ökoleninismus

Im letzten Teil des Buches kommt Andreas Malm auf die Haltung der russischen Revolutionär\*innen, insbesondere von Lenin, angesichts der „drohenden Katastrophe“ im Gefolge des Ersten Weltkrieges zu sprechen: „Der Krieg hat eine so unermessliche Krise hervorgerufen, hat die materiellen und moralischen Kräfte des Volkes so angespannt, hat der ganzen modernen Gesellschaftsorganisation solche Schläge versetzt, daß sich die Menschheit vor die Wahl

---

## FÜHREN NUR GEWALTFREIE AKTIONEN ZUM ZIEL?

---

In seinem ebenfalls kürzlich auf Deutsch erschienenem Buch *Wie man eine Pipeline in die Luft jagt* hinterfragt der schwedische Geograph und Klimaaktivist die Grenzen der jüngsten Mobilisierungen der Klimabewegung: Wie kommt es, dass trotz zunehmender Ausdehnung der Bewegungen und der – in Anbetracht der schweren Rückschläge – recht überschaubaren Erfolge sie immer noch ehern an dem Prinzip der Gewaltlosigkeit festhalten? Wie ist zu erklären, dass „über die Zyklen [der Klimagerechtigkeitsbewegung] hinweg sich das Bekenntnis zur absoluten Gewaltlosigkeit sogar verhärtet, die Internalisierung seines Ethos universalisiert und die Disziplinierung zum augenfälligen Kriterium entwickelt zu haben (scheint)“?

Diese Frage zieht sich durch das gesamte Buch, und Malm geht auf die Debatten ein, die die Gewaltlosigkeit innerhalb der – zumindest westlichen – Klimabewegungen zu einem zentralen Prinzip erhoben haben. Er bezweifelt zwar nicht, dass diese Gewaltlosigkeit gewisse Vorzüge hat, konfrontiert jedoch die Klimaaktivist\*innen mit der Frage, ob dies wirklich die einzige Methode ist. Ist es nicht an der Zeit, auf andere Praktiken zurückzugreifen, wenn keine Erfolge erzielt werden, obwohl die Bewegungen immer größer werden?

Bevor er auf diese Fragen eingeht, macht Malm einen Exkurs zu den ideologischen Einflüssen, die erklären, warum die Gewaltlosigkeit innerhalb der Bewegung dominiert, und verwahrt sich dabei gegen die einseitige, mitunter gar verfälschende Darstellung der Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts

durch die Verfechter\*innen des Prinzips der Gewaltlosigkeit. Über diese dankenswerten historischen Exkurse hinaus kritisiert Malm die Art und Weise, wie die Gewaltlosigkeit in weiten Teilen der Klimabewegung fetischisiert worden ist und daher jedwede taktischen und strategischen Erwägungen blockiert – eine „Mischung aus Einfalt und Fälschung“.

Eine Auffassung einer „bereinigten“ Geschichte, „ohne realistische Einschätzung dessen, was tatsächlich vorgefallen“, lässt die Kräfteverhältnisse und die obwaltenden Interessen außer Acht und verstellt den Klimaaktivist\*innen den Blick darauf, mit welchen Kräften sie sich auseinandersetzen müssen. Malm geht es nicht darum, ein gewisses Maß an politischer Gewalt zu rechtfertigen, sondern er plädiert dafür, über Gewaltanwendung nachzudenken, wenn Bündnisse zwischen verschiedenartigen sozialen Bewegungen geschmiedet werden sollen. Er argumentiert dabei, dass mit dem zunehmenden Fortschreiten der Klimakatastrophe „Aufgeschlossenheit“ gegenüber Gewalt „tendenziell zunimmt“: „Bei sechs Grad plus wäre es wahrscheinlich schon dem ganzen verbliebenen Rest der Menschheit ein Bedürfnis, Pipelines in die Luft zu jagen.“

Vincent Gay

Entnommen aus der Zeitschrift *l'école émancipée*, Nr. 86, von November/Dezember 2020

---

gestellt sieht: entweder untergehen oder ihr Schicksal der revolutionärsten Klasse anvertrauen, um auf dem schnellsten und radikalsten Wege zu einer höheren Produktionsweise überzugehen.“<sup>2</sup>

Nach Meinung des Autors müssten die antikapitalistischen Umweltaktivist\*innen eine solche Herangehensweise auf den heutigen Stand bringen und einen Ökoleninismus ausprobieren, der als „Prinzipienleitlinie“ verstanden wird und so radikal und ultimativ auftritt, wie es die unmittelbar drohende Auslöschung der Menschheit erfordert. Auch soll er einen Klassenstandpunkt und entsprechende Mobilisierungsbereitschaft einnehmen und aufzeigen, dass die ökologischen Forderungen ernsthafte Konflikte hervorrufen werden und dass es unmöglich ist, Kompromisse mit den Kapitalist\*innen zu schließen.

■ *Übersetzung aus l'Anticapitaliste la revue vom November 2020: MiWe*

1 Andreas Malm, *Klima|x*, aus dem Englischen übersetzt von David Frühauf, Berlin: Matthes & Seitz, 2020, 263 S., ISBN 978-3-7518-0307-6, 15,00 €.

2 W. I. Lenin, „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, in: *Werke*, Bd. 25, S. 327f.



Andreas Malm  
**Wie man eine Pipeline in die Luft jagt**  
Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen

211 Seiten

Originaltitel: How to Blow Up a Pipeline  
Übersetzung: David Frühauf

Erschienen: 2020  
ISBN: 978-3-75180-305-2  
Preis: 18,00 €

**Matthes & Seitz Berlin**  
www.matthes-seitz-berlin.de  
info@matthes-seitz-berlin.de



Andreas Malm  
**Klima|x**

Reihe: punctum Bd. 017  
263 Seiten

Originaltitel: Corona, Climate, Chronic Emergency: War Communism in the Twenty-First Century  
Übersetzung: David Frühauf

Erschienen: 2020  
ISBN: 978-3-75180-307-6  
Preis: 15,00 €

**Matthes & Seitz Berlin**  
www.matthes-seitz-berlin.de  
info@matthes-seitz-berlin.de

# Baba Jan endlich in Freiheit!

*Baba Jans Freilassung war eines jener „gemeinsamen Anliegen“, bei denen alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenstehen konnten. Wir freuen uns.*

## ■ Pierre Rousset

Neun Jahre nach seiner Inhaftierung wurden Baba Jan und die letzten drei seiner ebenfalls inhaftierten Genossen freigelassen. Neun Jahre, in denen wir mehr als einmal um sein Leben gebangt haben, neun Jahre, die durch juristische Kämpfe und umfassende Mobilisierungen in Pakistan sowie durch zahlreiche internationale Solidaritätskampagnen<sup>1</sup> geprägt waren. [Gilgit Baltistan wird von Pakistan besetzt und verwaltet, gehört aber zum zwischen China, Indien und Pakistan umstrittenen Kaschmir]. Nachdem bereits elf seiner Mitgefangenen zuvor aus der Haft entlassen worden waren, sind nunmehr alle verurteilten Aktivisten aus dem Hunza-Tal in Gilgit Baltistan, einem halbautonomen Himalaya-Territorium unter pakistanischer Kontrolle, frei.

Die strafrechtliche Verfolgung von Baba Jan war politisch motiviert. Er war zu populär und zu radikal für die Herrschenden. Diese Popularität wurde auch bei Wahlen eindrucksvoll bestätigt: 2015 wurde er trotz seiner Inhaftierung bei den Parlamentswahlen in seinem Wahlkreis Zweiter, weit vor dem dritten Kandidaten. Er bedrohte die Hegemonie der Regierungspartei und wurde kurzerhand in einem regelrechten Scheinprozess verurteilt, um ihm das passive Wahlrecht zu entziehen.

Baba Jan wurde inhaftiert, weil er Dorfbewohner unterstützt hatte, die 2010 durch den Aufstau des Flusses Hunza infolge einer Naturkatastrophe und der nachfolgenden Überschwemmung der Region in ihrer Existenz bedroht waren. Dafür wurde er 2014 zunächst zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, dann ein zweites Mal, weil er einen Streik der Gefangenen über Konfessionszugehörigkeiten hinweg organisiert hatte, um die Einhaltung ihrer gesetzlichen Rechte (angemessene Ernährung, Zugang zu medizinischer Versorgung etc.) zu erzwingen.

Während seiner Inhaftierung wurde Baba Jan gefoltert. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich gefährlich und eine Zeit lang wurden ihm notwendige medizinische Un-

tersuchungen verweigert. Nachdem er sehr kurzzeitig auf Bewährung entlassen worden war, wurde ihm mit Entführung gedroht. Die pakistanischen Machthaber gingen davon aus, dass das, was in dem „abgelegenen“ Gebiet Gilgit-Baltistan passiert, jenseits der Grenzen ignoriert werden würde, und sie waren regelrecht schockiert, als das Schicksal von Baba Jan in einer Resolution des Europäischen Parlaments Beachtung fand!

Eine Solidaritätsbewegung auf verschiedensten Ebenen hat Baba Jan wahrscheinlich das Leben gerettet. Sie endet heute mit seiner Freilassung und der seiner Genossen. Seine Familie, Freunde und Genossen sind stets an seiner Seite geblieben. Prominente pakistanische Anwälte haben sich dazu bereit erklärt, ohne Honorar seine Verteidigung zu übernehmen. Die Menschenrechtskommission hat gegen seine Verurteilung protestiert. Ein breites Spektrum fortschrittlicher Kräfte, das in erster Linie von seinem Freund Farooq Tariq zusammengetrommelt worden war, übte ständigen politischen Druck auf die Regierung aus. Sowohl in Pakistan als auch in Gilgit Baltistan kam es fortlaufend zu Protestdemonstrationen. Zahlreiche regionale (in Südasien) und globale Netzwerke führten Kampagnen durch, von der ökosozialistischen Bewegung (Baba Jan ist Klimaaktivist) bis hin zur Vierten Internationale (seiner politischen Heimat). In 45 Ländern wurden zahlreiche Unterschriften gesammelt, darunter von vielen Abgeordneten, Bürgermeister\*innen und anderen Amtsträger\*innen; Intellektuellen und Wissenschaftler\*innen; Funktionär\*innen aus Gewerkschafts-, feministischen und sozialen Bewegungen und Initiativen; Menschenrechtsorganisationen, Bürger\*innen usw.

Baba Jans Freilassung war eines jener „gemeinsamen Anliegen“, bei denen alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenstehen konnten. Wir freuen uns ganz außerordentlich.

28. November 2020; Quelle: <https://fourth.international/asia/268>

## ■ Übersetzung MiWe

<sup>1</sup> Drei dieser Berichte und Aufrufe zur Solidarität sind bei uns in der *inprekorr* Nr. 4/2015, 5/2016 und in *die internationale* Nr. 5/2017 nachzulesen. [Anm. d. Red.]

